

Wahl und Nichtwahl

Politikeinstellungen und Politik-Hoffnungen
in Göttinger Stadtvierteln

Maximilian Blaeser, Felix Butzlaff, Matthias Micus,
Robert Pausch, Giannina Scalabrino



GUTACHTEN

EMPIRISCHE
SOZIALFORSCHUNG

5





Wahl und Nichtwahl

Politikeinstellungen und Politik-Hoffnungen
in Göttinger Stadtvierteln

Ergebnisse einer Studie des Göttinger Instituts
für Demokratieforschung, Mai 2016
in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung



Impressum

ISBN 978-3-95861-494-9

Herausgegeben vom

Forum Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Verfasser

Maximilian Blaeser
Felix Butzlaff
Matthias Micus
Robert Pausch
Giannina Scalabrino

Durchführende der zugrundeliegenden Studie

Göttinger Institut für Demokratieforschung
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen

Redaktion

Dr. Dietmar Molthagen
Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung

Gestaltung

Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Fotos

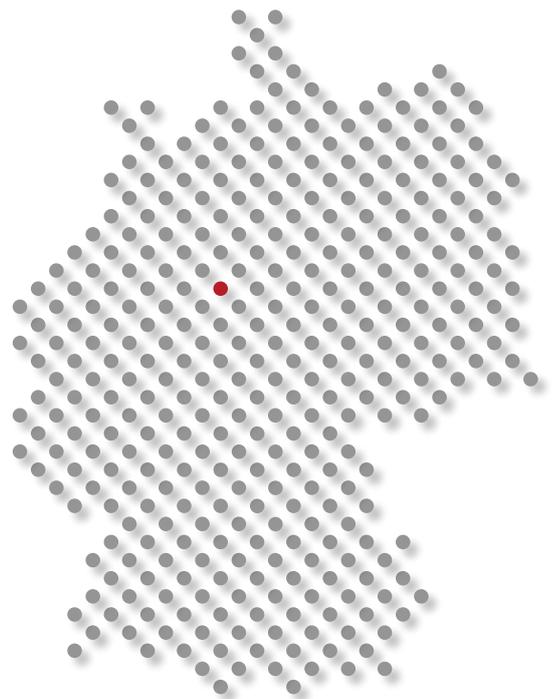
Fahne: christophe BOISSON/fotolia.com
Karte: mucft/fotolia.com;
U1: kotina/iStockPhoto.com; Instantly/fotolia.com
U4: daskleineatelier/fotolia.com
Reichstag: pellens.de

Druck

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2016

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.



Inhalt

Kurzzusammenfassung	4
1. Nichtwähler_innen in der Politikwissenschaft	6
2. Ein Vergleich der Göttinger Stadtviertel Ostviertel, Leineberg Holtenser Berg und Grone-Süd	13
3. Übersicht über die Gesprächsteilnehmer_innen	21
4. Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensumfeld. Die Viertel Leineberg, Holtenser Berg und Grone-Süd aus Sicht ihrer Bewohner_innen	24
5. Migrant_innen und ethnische Diversität in den Vierteln	32
6. Gesellschaftliches Engagement – schillernde Farben statt klarer Konturen	40
7. Wähler_innen und Nichtwähler_innen im Vergleich	46
8. Zusammenfassung und Ausblick	54
Abbildungsverzeichnis	58
Literaturverzeichnis	59
Die Autor_innen	60

Kurzzusammenfassung

- Ein großer Teil der zurückgehenden Wahlbeteiligung bei Abstimmungen in Deutschland seit den frühen 1980er Jahren rührt daher, dass besonders Bewohner_innen von Stadtvierteln, die als soziale schwache oder Problemviertel gelten, nicht mehr zur Wahl gehen. Mit welcher Perspektive und Erwartungen die Bevölkerung dieser Stadtteile auf Politik, Politiker, Demokratie und ihren Alltag blicken, und was dabei Wähler_innen und Nichtwähler_innen unterscheidet, wurde in dieser Studie am Beispiel von drei Göttinger Stadtvierteln untersucht.
- Auffällig war, dass nicht nur gesellschaftlich-soziale Trennlinien die drei Viertel vom Rest der Stadt scheiden, sondern auch innerhalb der jeweiligen Viertel – und durchaus analog zur Einteilung in Wähler_innen und Nichtwähler_innen – Spaltungen existieren, die sich in unterschiedlichen Einstellungen, Sichtweisen, Hoffnungen und Sorgen artikulieren.
- Grundsätzlich blicken die Wähler_innen, auch dieser Befund war in den Gruppendiskussionen eindrücklich, selbstbewusst und gelassen auf die eigene Lebensperspektive. Wähler_innen etwa begegnen Einschränkungen der persönlichen Sicherheit im Stadtviertel oder auch der Stigmatisierung der Viertelbewohner mit einer selbstbewussten Souveränität und Distanz. Demgegenüber fühlten sich die Nichtwähler_innen sehr viel stärker persönlich betroffen. Die Probleme des eigenen Viertels werden von ihnen als wesentlich unmittlbarer und unlösbar beschrieben, während diejenigen, die noch zur Wahl gehen, das deutliche Gefühl artikulierten, trotz der latenten Bedrohung weiterhin „alles im Griff“ zu haben. Die Probleme betreffen „die Anderen“ viel stärker.
- Nichtwähler_innen empfinden es als problematisch, dass sich innerhalb der Viertel nur wenig Menschen engagieren. Die Wähler_innen hingegen wissen über die Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten besser Bescheid, äußern sich positiver über die soziale Infrastruktur der Stadtteile und geben an, die Partizipationsangebote selbst regelmäßiger zu nutzen. Dass sich allgemein wenig engagiert werde, beklagten auch sie, nur galt dieses Urteil vorwiegend für „die Anderen“, die Passiven und Inaktiven.
- Zuständigkeiten und Handlungsoptionen der Politik werden von den Wähler_innen wahrgenommen und für die eigenen Anliegen nutzbar gemacht. Dieses Selbstbewusstsein war bei den Nichtwähler_innen deutlich schwächer ausgeprägt.
- Dass man selbst Objekt und Adressat politischen Handelns sein könne, scheint für einen großen Teil der Nichtwähler_innen eine kaum nachvollziehbare Vorstellung. Dass Politik für die eigene Lebenswirklichkeit positive Veränderungen initiieren könne, glaubten die meisten nicht.
- Klischeehafte Negativbilder von Politiker_innen waren in den Gesprächen sowohl bei Nichtwähler_innen als auch bei Wähler_innen omnipräsent. Positive oder auch nur relativierende Gegendarstellungen wurden allenfalls in Halbsätzen artikuliert.
- Es deutet viel darauf hin, dass es jeweils nur eine bestimmte Gruppe innerhalb der Viertel ist, für welche die Partizipationsmöglichkeiten eine selbstverständliche Gelegenheit bieten, sich einzubringen. Dass den Nichtwähler_innen in der Tendenz diese Möglichkeiten zum Engagement und zur Hilfe viel weniger bekannt sind und sie diese auch für ein eigenes Engagement viel weniger in Betracht ziehen, macht deutlich, wie wenig intensivierte Partizipationsangebote allein an dieser Spaltung innerhalb der Gesellschaft und innerhalb der Stadtviertel selbst rütteln können. Partizipationsangebote wie Stadtteilrunden, Bürgerforen, Nachbarschaftszentren können so eine bestehende Spaltung innerhalb der Stadtviertel sogar noch vertiefen.

- Die Lokalpolitik und lokale Präsenz von Demokratie und deren Repräsentant_innen sind die Grundlage der Anerkennung positiver politischer Gestaltungsfähigkeiten. Landes-, Bundes- oder Europapolitik werden als entkoppelt, abgehoben und unbeeinflussbar empfunden.
- Vertrauenswürdige Multiplikatoren vor Ort erscheinen als eine Möglichkeit, deutlich zu machen, welche Gestaltungs- oder Verbesserungsmöglichkeiten ein politisches Engagement auch mit sich bringen kann. Denn das Verschwinden von politischen Ansprechpartner_innen aus den Stadtvierteln selbst ist eine Beobachtung, die an vielen Stellen beklagt wurde.
- Parteien und politische Akteure müssten folglich in einem Vertrauen bildenden Prozess auf langfristig angelegte Kontakte abzielen, um den Menschen deutlich zu machen, dass ihre Motive nicht rein wahltaktischer Natur sind. Dazu zählen
 - die Präsenz und Ansprechbarkeit vor Ort vor allem auch zwischen den Wahlen, um zu unterstreichen, dass man sich mit den Alltagsproblemen auskennt und sich für sie interessiert.
 - unpolitische Hilfen und Angebote, um den Verdacht auszuräumen, für politische Ziele nur instrumentalisiert zu werden.
 - Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, welche die Voraussetzungsunterschiede zwischen Wähler_innen und Nichtwähler_innen mit einbeziehen und aktiv Nichtwähler_innen ansprechen, um die Kluft der Interessenvertretung innerhalb der Stadtviertel nicht noch zu vergrößern. Diese Kluft kann andernfalls durch eine unbedachte Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten noch vertieft werden.
 - Sensibel eine Abbildung der Stadtviertel aus ihnen selbst heraus in die Stadtpolitik organisieren – gegebenenfalls durch aktive Rekrutierung Viertelbewohner_innen als Vertrauens- und Ansprechpartner_innen fördern.
 - Aktiv der materiellen sowie psychologischen Stigmatisierung der Stadtviertel im Gesamtstadt-Zusammenhang entgegen zu arbeiten, um diese Art Randstellung der Viertel und Quartiere abzumildern.

1. Nichtwähler_innen in der Politikwissenschaft

Die (jüngere) Geschichte der Nichtwählerforschung in der Bundesrepublik zeichnet sich durch zyklische Ausschläge, alternierende Grundannahmen und kontroverse Interpretationsmuster aus. Obwohl Wahlen allgemein als „das entscheidende Partizipationsinstrument und der zentrale Mechanismus zur Herstellung von demokratischer Legitimität“¹ gelten, erhielten Prägungen, Motive und sozialdemografische Indikatoren von Nichtwähler_innen im geteilten Deutschland zunächst wenig Aufmerksamkeit, nicht zuletzt aufgrund der hohen und bis in die 1970er Jahre hinein sogar steigenden Beteiligungsquoten bei Wahlen. Erst im Gefolge der ersten gesamtdeutschen Wahlen flammte parallel zur nun spürbar werdenden und scheinbar unaufhaltsam steigenden Wahlenthaltung das wissenschaftliche Interesse an dieser Gruppe auf. Seither ist eine Vielzahl von Studien erschienen.

Mittlerweile sind die Nichtwähler_innen selbst in den Medien und öffentlichen Debatten präsent, zumeist im Vorfeld von Wahlen und mit der Intention, zur Wahlteilnahme aufzurufen. 2009 war vor diesem Hintergrund ein besonderes Jahr: Erstmals bekannten sich etliche Publizist_innen, Literat_innen und Intellektuelle über diverse Kanäle in einer konzertiert anmutenden Aktion selbstbewusst und lautstark zu ihrer Absicht, der bevorstehenden Bundestagswahl fernzubleiben. Auch danach und bis heute haben insbesondere die zahlreichen Publikationen von Armin Schäfer² – nennen lässt sich an dieser Stelle desgleichen die 2013 von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte Studie „Nichtwähler in Deutschland“³ – das Thema der Wahlverweigerung im Fokus des gesellschaftlichen und akademischen Diskurses gehalten.

In der Tat ist auch im internationalen Vergleich der Rückgang der Wahlbeteiligung in Deutschland seit den 1980er Jahren alarmierend. Und die Verlustsymptome scheinen sich zuletzt beschleunigt verdichtet zu haben. Noch 2005 konnten Fachwissenschaftler_innen die Niedergangssorgen beschwichtigen, indem sie die Bundestagswahl 1998 zur Trendumkehr erklärten und die Ähnlichkeiten der deutschen Entwicklung mit jener in Dänemark und Schweden hervorhoben.⁴ Vor dem Hintergrund der letzten beiden Bundestagswahlen verdüstert sich das Bild jedoch merklich. 2009 betrug die Wahlbeteiligung nur noch 70,8 %, 2013 nur unwesentlich höhere 71,5 %. Beide Werte sind die mit Abstand niedrigsten Beteiligungsquoten in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Dementsprechend folgerte Manfred Güllner 2013, noch vor der Bundestagswahl in demselben Jahr, dass seit 1983 die Beteiligungswerte bei Wahlen für die nationalen Parlamente in Schweden um 5,3 Prozentpunkte zurückgingen, in Dänemark mit minus 0,7 Prozentpunkten annähernd stabil blieben – in Deutschland aber mit 18,3 Prozentpunkten regelrecht einbrachen.⁵

Anknüpfend an die Problematik der über Jahre gesunkenen Wahlbeteiligung hat auch das Ergebnis der Bundestagswahl 2013 in Göttingen einige Auffälligkeiten bereitgestellt – besonders in denjenigen Vierteln, die früher als Hochburgen der Arbeiterbewegung gelten konnten. Gerade hier, in den wahlweise als sozial schwach, problembelastet oder gar segregiert bezeichneten Stadtteilen liegt die Wahlbeteiligung deutlich unter dem Durchschnitt der Stadt. Doch wieso ist das so? Wenn es im besonderen Maße die Bewohner_innen der sozial schwächeren, sogenannten „Problemviertel“ sind, die heute das Gros der Nichtwähler_innen stellen, was verursacht dann diese

1 Evelyn Bytzek, Sigrid Roßteutscher: Moderne Mythen und Fakten über das Wahlverhalten in Deutschland, in: dies. (Hrsg.): Der unbekannteste Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt a.M. 2011, S. 7–22, hier: S. 7.

2 Zuletzt Armin Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a.M. 2015.

3 Vgl. Manfred Güllner: Nichtwähler in Deutschland, Berlin 2013.

4 Vgl. Kees Aarts, Bernhard Weßels: Wahlbeteiligung in Deutschland und bei europäischen Nachbarn, in: Jürgen W. Falter/u. a. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden 2005, S. 595–618.

5 Vgl. Manfred Güllner: Nichtwähler in Deutschland, a.a.O., S. 12.

überproportionale Wahlabstinenz? Welche Bedürfnisse, Interessen, Einstellungen kommen in der Wahlverweigerung zum Ausdruck? Und liegt ein Schlüssel, um die Nichtwahl zu erklären, im Stadtteil selbst? Wie sehen die Bewohner_innen ihr Viertel, was verbinden sie mit Politik, was auch erwarten sie von den Parteien und ihren Repräsentant_innen? Dominieren Enttäuschungen, Frustrationen, Verlustserfahrungen angesichts wachsender sozialer Spaltungen und politischer Heimatlosigkeit – oder überwiegt eine gleichgültige Zufriedenheit darüber, in einem der freiheitlichsten und wohlhabendsten Länder der Erde zu leben? Und schließlich: Lassen sie sich zurückgewinnen für die Parteien – und wenn ja, wie? Diese Fragen sollen im Folgenden am Beispiel dreier Göttinger Stadtteile, dem „Holtenser Berg“, dem „Leineberg“ und „Grone Süd“ beantwortet werden. Alle drei Viertel wiesen bei der Bundestagswahl 2013 eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung auf. Sie sind geprägt durch eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und geringe Haushaltseinkommen sowie einen hohen Migrant_innenanteil. Und gemeinsam ist ihnen auch, dass sie in der Vergangenheit fest in der Hand der Sozialdemokraten waren.

Forschungsstand

Die seit den 1990er Jahren kursierenden Deutungsangebote variieren beträchtlich. Grundsätzlich lassen sich zunächst systemische von akteurszentrierten Analysemodellen unterscheiden. Während erstere die Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Modernisierungsprozesse in den Blick nehmen, konzentrieren sich letztere auf eine Untersuchung individueller Merkmale, Interessen, Kompetenzen. Unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten wird die Nichtwahl zum einen als ein bedrohliches Symptom entweder für die Abkehr von Teilen der Bevölkerung vom bestehenden politischen System samt seinen Repräsentant_innen gesehen, mithin: als Zeichen

der Politik- oder gar Demokratieverdrossenheit⁶; oder als Gefährdung demokratischer Legitimität aufgrund der Aushebelung des Gleichheitsprinzips „one person, one vote“.⁷ Ein alternativer Untersuchungsansatz konzipiert den Rückgang der Wahlbeteiligung zum anderen als Ausweis demokratischer „Normalisierung“.⁸ Im Zuge der Verinnerlichung demokratischer Werte beruhige sich der politische Feind verwandele sich in den nur temporär konkurrierenden Rivalen, Streitfragen würden entschärft und die Gemüter abgekühlt. Mit der Abrüstung der politischen Konflikte falle die Notwendigkeit fort, die eigenen Interessen gegen den gesellschaftlichen Gegner geschlossen zu verteidigen oder durchzusetzen, und damit auch die Pflicht zur Wahlteilnahme. Die Angleichung der über lange Jahre vergleichsweise hohen deutschen Wahlbeteiligung an das Niveau des westeuropäisch-nordamerikanischen Durchschnitts ist demzufolge unproblematisch – zumal sich auch die historisch stabilen Musterdemokratien der Schweiz und der USA durch eine relativ geringe Teilnahme an Wahlen auszeichnen. Wieder andere Autor_innen schließlich vertreten die auf Joseph Schumpeter zurückgehende Ansicht, dass die Qualität von Wahlscheidungen sogar steige, wenn sich nicht annähernd alle, sondern nur die Informierten und Interessierten, also die Fähigsten, beteiligten.⁹

Zu den Erklärungsansätzen, die eine politisch-systemische Perspektive einnehmen, gehören auch die modernisierungstheoretisch argumentierenden Untersuchungsdesigns. Diesen zufolge haben sich mit der Erosion der sozialmoralischen Milieus, die den Einzelnen in eine engumschlossene politisch-kulturelle Gemeinschaft eingliederten, auch die Parteibindungen gelockert. Darunter habe auch die Selbstverständlichkeit, eine bestimmte Partei zu wählen, ja überhaupt wählen zu gehen, gelitten. Die Prozesse der gesellschaftlichen Pluralisierung und Differenzierung hätten die Geltung bestimmter kollektiver

6 Vgl. Ursula Feist: Niedrige Wahlbeteiligung: Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?, in: Karl Starzacher/u. a. (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?, Köln 1992, S. 40–57.

7 Vgl. Arend Lijphart: The Problem of Low and Unequal Voter Turnout. And What We Can Do about It, IHS Political Science Series No. 54, Wien 1998.

8 Dieter Roth: Sinkende Wahlbeteiligung. Eher Normalisierung als Krisensymptom, in: Karl Starzacher/u. a. (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer, a.a.O., S. 58–68.

9 Vgl. Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 1993.

Normen, unter ihnen auch die Wahlnorm, unterminiert. Und die partizipatorische Revolution der ausgehenden 1960er Jahre habe die Möglichkeiten politischer Beteiligung multipliziert und damit den Wahlakt seiner singulären Bedeutung beraubt.¹⁰

Im Kontrast dazu begründen die akteursbezogenen Analysemodelle die Wahlenthaltung entweder mit einem Bündel affektiver Faktoren, etwa geringem politischen Interesse, empfundener Überforderung, geistiger wie politischer Heimatlosigkeit, organisatorischer Verwaisung – und insofern mit Interessens-, Informations- und Kompetenzdefiziten beim Nichtwähler selbst. Oder sie führen die Lockerung der Wahlnorm entsprechend der These der „kognitiven Mobilisierung“ ganz im Gegenteil auf subjektive Bildungs- und Beurteilungsgewinne zurück. Demnach braucht der/die „mündige, wohlinformierte, delibrierende Staatsbürger_in, der/die primär nach Maßgabe der besten Argumente zu seinem politischen Urteil gelangt“, die Orientierungsleistungen der Parteien in einer komplexen Welt nicht mehr. Stattdessen kann er sich auf sich selbst verlassen und sich insofern eine weitgehende Unabhängigkeit leisten – Unabhängigkeit auch von der gesellschaftlichen Erwartung, an Wahlen teilzunehmen.¹¹

Der Analysefokus auf dem Individuum bei den akteursbezogenen Untersuchungsansätzen hat zur Widerlegung der Vorstellung eines einheitlichen Nichtwählerlagers geführt und differenzierte Typenbildungen hervorgebracht. So hat etwa Henning Nase mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 die Nichtwähler_innen kategorisiert.¹² Dabei unterscheidet er:

die technischen Nichtwähler_innen, also Menschen, die keine Wahlbenachrichtigung erhalten, nicht im Wählerverzeichnis geführt werden, ihre Briefwahlunterlagen nicht rechtzeitig verschicken oder auf Grund eines Umzugs nicht mehr wahlberechtigt und vornehmlich zwischen 20 und 35 Jahre alt sind;

die grundsätzlichen Nichtwähler_innen, zu denen er Personen zählt, deren Leben nicht oder nur im geringen Maße durch Politik tangiert wird, die nur über wenige Sozialkontakte verfügen und nur schlecht in die Gesellschaft integriert sowie geringqualifiziert oder arbeitslos sind;

die konjunkturellen Nichtwähler_innen, die grundsätzlich mit dem politischen System zufrieden, ihre Entscheidung zur Wahlenthaltung aufgrund fehlender Parteienbindung situativ mit Blick auf konkrete Personen und Sachthemen treffen und die aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke sowie ihrer Mobilisierbarkeit von den Parteien umworben werden;

die bekennenden Nichtwähler_innen, deren Wahlenthaltung eine Artikulation politischen Protestes ist, die dem politischen System kritisch gegenüberstehen und in der bewussten Wahlenthaltung eine Möglichkeit zur politischen Meinungsäußerung sehen.

Ganz ähnlich, aber differenziert nach dem Unterscheidungsmerkmal der Teilnahmehäufigkeit an den vier Bundestagswahlen zwischen 1998 und 2009 sowie der Ankündigung ihres Verhaltens bei der damals noch bevorstehenden Bundestagswahl 2013, unterteilt Manfred Güllner¹³ die von ihm Befragten in:

die Dauer-Nichtwähler_innen, die an keiner der letzten vier Bundestagswahlen teilgenommen haben;

die Wahlverweigerer, die an zwei bis drei der letzten vier Bundestagswahlen zu Hause blieben;

die sporadischen Nichtwähler_innen mit drei von vier möglichen Wahlteilnahmen;

die Erst-Nichtwähler_innen, die angeben, bei der Bundestagswahl 2013 erstmals die Stimmabgabe verweigern zu wollen.

10 Vgl. Wilhelm Bürklin: Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung, in: Karl Starzacher/u. a. (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer, a.a.O., S. 18–39.

11 Vgl. zu beidem Dieter Ohr/u. a.: Kognitive Mobilisierung oder nicht-kognitive De-Mobilisierung? Eine längsschnittliche Analyse der deutschen Wählerschaft für die Jahre 1976 bis 2005, in: Oscar W. Gabriel/u. a. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2009, S. 536–560.

12 Vgl. Henning Nase: Deutschland wählt. Analysen und Prognosen zur Bundestagswahl, Berlin 2013.

13 Vgl. Manfred Güllner: Nichtwähler in Deutschland, a.a.O.

Zuvor schon hatte sich Thomas Kleinhenz im Jahr 1995 der inneren Vielfalt der Stimmenverweigerer gewidmet.¹⁴ Seine Gruppenbezeichnungen lauteten:

der aktive Postmaterialist: In der Regel ist dieser Typ jünger als 35 Jahre, verfügt über ein sehr hohes Bildungsniveau, jeder zweite ist berufstätig, Beruf und Privatleben spielen gleichermaßen eine große Rolle. Er ist politisch sehr sensibilisiert, im Freundeskreis wird über Politik gesprochen, seine politische Heimat liegt in der Regel bei der SPD oder den Grünen. Hohe Erwartungen an die Politik verbinden sich mit einer grundsätzlichen Bereitschaft zur politischen Partizipation, die Wahlverweigerung wird begleitet von einem hohen Interesse für nicht-institutionalisierte Politikformen;

der gehobene Jung-Konservative: Im Hinblick auf sozialstrukturelle Merkmale dem Postmaterialisten ähnlich, bezüglich seiner Politikvorstellung sein Gegenpart. Zwar ist er für Politik interessiert, zeigt aber keine Bereitschaft zu politischer Partizipation, im Unterschied zu einem hohen Engagement in Vereinen. Politische Gespräche im Freundeskreis sind selten. Die Erwartungen an den Staat sind eher gering, politisch ist er unabhängig bis liberal, es dominiert, politisch wie privat, der Leistungsgedanke;

der isolierte Randständige: Er vereint nahezu alle Merkmale sozialer Randgruppen, verbunden mit einer extremen negativen bis ablehnenden Haltung gegenüber dem politischen System und gesellschaftlichen Institutionen. Die Randständigen verfügen über einen geringen Bildungsstand und geringes Einkommen, ein großer Teil ist erwerbslos. Politik spielt faktisch keine Rolle in ihrem Leben, ihr politisches Interesse ist gering. Ca. 80 % sind darüber hinaus nicht in Vereinen, der Kirche oder anderen Organisationen organisiert. Die große Distanz zur Politik mündet in einer hohen Zahl von Dauernichtwähler_innen;

der desinteressierte Passive: Von den Randständigen hebt sich diese Gruppe durch eine bessere Einkommenssituation ab. Die Politik wird nicht dezidiert abgelehnt, ihr

wird aber andererseits keine besondere Bedeutung beigemessen. Ruhe und Ordnung sind die wichtigsten politischen Ziele. Aktiv beteiligen möchte er sich nicht. Mit seinen konservativen bis rechtspopulistischen Meinungen ist der in der Parteienlandschaft gleichwohl der linken Mitte zuzuordnen. Der Anteil der konstanten Nichtwähler_innen beträgt in dieser Gruppe rund 60 %;

die saturierte Mittelschicht: Hoher Anteil an Verheirateten, überdurchschnittliche Haushaltsgröße und Kinderzahl, vielfache Kirchenmitgliedschaft. Sein Wahlverhalten entspricht dem Parteiproporz, extreme Positionen sind selten. Er bleibt Wahlen nicht grundsätzlich fern, nur jeder Vierte, der bei der letzten Bundestagswahl nicht gewählt hat, beabsichtigt dies wieder zu tun. Dementsprechend dürfte die Wahlenthaltung eher mit kurzfristigen Motiven erklärbar sein und eher eine wohlwollende bis gleichgültige Haltung widerspiegeln;

der junge Individualist: Diese Gruppe besteht, dem Namen gemäß, vornehmlich aus Jungen Menschen mit einem hohen Grad an Selbstentfaltungswerten. Sozialstrukturell ähnelt diese Gruppe den Passiven, im Privatleben sind ihr insbesondere die berufliche Karriere und eine ausgeprägte Freizeitgestaltung wichtig. Traditionelle Bindungen, etwa zur Kirche, sind irrelevant. Es besteht ein geringes Vertrauen zu politischen Institutionen und eine hohe Distanz zur Politik, staatsbürgerliche oder gesellschaftliche Pflichten werden abgelehnt. Der junge Individualist ist zwar nicht entkoppelt von der Politik, die aktive Mitsprache wird aber anderen überlassen, zugleich stellt er hohe Anforderungen an den politischen Output;

die enttäuschte Arbeiterschaft: Der Großteil dieser Gruppe, ca. 60 %, ist im produzierenden Gewerbe tätig, Männer sind deutlich überrepräsentiert. Der sozioökonomische Status ist vergleichbar mit den desinteressierten Passiven. Es herrscht eine hohe politische Unzufriedenheit in Verbindung mit einem hohen politischen Interesse sowie hohen Erwartungshaltungen an den Staat. Die politische Heimat ist in erster Linie die SPD, das Meinungsbild zu den Themen Verbrechen, Drogenkonsum und Homo-

14 Thomas Kleinhenz: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Wiesbaden 1995.

sexualität zeigt aber deutlich rechts-populistische Züge. Das hohe politische Interesse ist verbunden mit einer geringen subjektiven Kompetenz – man fühlt sich von der Politik allein gelassen, traut sich selbst eine aktive Einmischung aber nicht zu.

Zeitlich vergleichsweise früh ansetzend, postuliert ein Autorentrio schließlich drei phasenversetzt auftretende Mehrheits-Gestalten des Nichtwählers: auf den formal geringgebildeten, politisch desinteressierten Nichtwähler der frühen Bundesrepublik sei in den 1980er Jahren der politisch zufriedene Wahlabstinentzler mit privatistischer Grundhaltung gefolgt. Dieser sei schließlich abgelöst worden von dem heute noch dominierenden Verdrossenen, fundamental unzufrieden mit den Parteien ebenso wie mit dem politischen Personal und der praktizierten Demokratie insgesamt.¹⁵

Bei aller Pluralität divergierender Analysemodelle lässt sich doch vereinheitlichend festhalten, dass sich im Zeitverlauf, analog zur sukzessiven Ausweitung des Nichtwählerspektrums, eine Deutung von Nichtwahl als gravierendem Problem durchgesetzt hat. Zudem verweisen die verschiedenen Autoren auf die Heterogenität der Gruppe der Nichtwähler_innen, die sich eben nicht zu einer „Nichtwählerpartei“ zusammenfassen lassen, wie es im medialen Diskurs bisweilen irreführend geschieht.

Gefährdungspotenziale für die Demokratie durch die abnehmende Wahlbeteiligung identifiziert insbesondere Armin Schäfer, der gegenwärtig vermutlich profilierteste Nichtwahlforscher. Schäfer stellt parallel zu den seit den 1980er Jahren abnehmenden Beteiligungsquoten bei Wahlen eine wachsende soziale Spreizung der Wählerschaft fest. Während einkommensstarke Hochgebildete heute kaum weniger als früher ihre Stimme abgeben würden, wachse die Wahlenthaltung bei den Geringgebildeten aus den niederen Schichten seither deutlich. Schäfer weist zudem nach, dass sich Nichtwähler nicht nur sozial in den unteren Gesellschaftsschichten, sondern auch räumlich in jenen Wohnquartieren ballen, die sich durch

eine hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Durchschnittseinkommen und einen hohen Anteil an Bildungsverlierern auszeichnen. Für die Demokratie ist – dem Osnabrücker Politikprofessor zufolge – nun allerdings nicht allein die Tatsache des partiellen Selbstausschlusses und der daraus folgenden Exklusion von Teilen der Unterschicht aus der Gesellschaft bedrohlich. Verschärfend komme vielmehr noch die Eigendynamik dieses Prozesses hinzu. Soziale Segregation verstärke die Unterschiede in der Wahlteilnahme sozialer Gruppen, da Wahlbeteiligung nicht nur über individuelle Faktoren, sondern stark über Gruppenzugehörigkeit beeinflusst werde. Wer über ein Umfeld verfüge, in dem viele Menschen nicht wählen gehen, werde selber auch mit höherer Wahrscheinlichkeit die Wahlteilnahme verweigern, während Menschen mit einem persönlichen Umfeld aus vielen Wähler_innen auch eher an die Urne träten. Unabhängig von individuellen Merkmalen – v. a. Arbeitslosigkeit sowie Bildungs- und Einkommensungleichheiten – verändere auch die Qualität einer Wohnumgebung die Bereitschaft, wählen zu gehen. „Dies legt nahe, dass soziale Segregation nicht einfach die Nichtwähler_innen ungleich über eine Stadt verteilt, sondern Rückwirkungen auf die Partizipationsbereitschaft der in einem Viertel lebenden Bürger_innen ausübt.“¹⁶ Die gemessenen Kontexteffekte ließen eine Art „Ansteckungsgefahr der Nichtwahl“ vermuten – anders gesagt: Nichtwähler_innen produzieren weitere Nichtwähler_innen. So entsteht laut Schäfer eine Dynamik, die über die Jahre hinweg Stadtviertel zu immer stabileren Nichtwählerhochburgen macht.

Schäfer beschränkt sich aber nicht auf die bloße Feststellung der zunehmenden sozialen Spreizung bei der Wahrnehmung des Wahlrechts. Er behauptet auch verzerrende Folgeeffekte der ungleich sinkenden Wahlbeteiligung für Parteienstärken und Politikinhalt. Als Leidtragenden der Entwicklung macht er insbesondere die politische Linke aus. Da Linkspartei und SPD zusammengenommen bei höher Gebildeten und vor allem Statusschwachen unterrepräsentiert wären, diagnostiziert er, „dass die Parteien von einer sinkenden Wahlbeteiligung unterschiedlich be-

15 Vgl. Bettina Westle u. a.: Düstere Zukunft: Es gibt wieder Wahlen, aber niemand geht hin?, in: Bernhard Weßels/u. a. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013, S. 475–495.

16 Armin Schäfer: Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 53, H. 2/2012, S. 240–264.

troffen sind, da Unionsparteien, Liberale und Grüne mehr Anhänger unter jenen Gruppen haben, die mit höherer Wahrscheinlichkeit wählen“¹⁷.

Indes lässt sich die Richtigkeit dieser Annahme bezweifeln. So resümiert Gero Neugebauer in seinem Buch über „Politische Milieus in Deutschland“¹⁸ für die drei Milieus im – wie er es nennt – „unteren Drittel der Gesellschaft“, sie seien „insgesamt keine Domäne der Partei Die Linke, sondern der rechtsextremen Parteien“. Diese Milieus – in den Worten der Studie „Selbstgenügsame Traditionalisten“, „Autoritätsorientierte Geringqualifizierte“ und „Abgehängtes Prekariat“ – weisen auf der Einstellungsebene zahlreiche Gemeinsamkeiten mit den von Wahlenthaltung besonders betroffenen Gruppen bei Schäfer auf. Doch während in den ersten beiden Milieus die Union zuletzt höhere Zustimmungswerte erreicht als die SPD, sind die Sozialdemokraten – wie ebenfalls auch die Union – im Abgehängten Prekariat, in dem sich die Nichtwähler_innen in besonderem Maße konzentrieren, vollends marginalisiert. Kurzum: „Die SPD hat in keinem der Milieus des unteren Drittels eine Mehrheitsposition.“¹⁹ Hierzu passt in gewisser Weise, dass die SPD heute mitnichten mehr als Arbeiter- oder „Unterschichtenpartei“ gelten kann. Vielmehr hat sie in der Vergangenheit überproportional Wähler unter Arbeitern verloren, sodass in dieser Gruppe seit 2009 die Unionsparteien bei Bundestagswahlen die stärksten Parteien sind. Auch bei Gewerkschaftern und sogar unter gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter_innen, der sozialdemokratischen Kernklientel schlechthin, hat die CDU/CSU im letzten Jahrzehnt den Abstand zu den Sozialdemokraten bis auf wenige Prozentpunkte verringert.²⁰ Gleichwohl zeigen Neugebauers Analysen korrespondierend zu Schäfers Postulaten: Wenn es um langfristige Parteineigungen geht, schneidet die SPD, allen Sympathieverlust in diesen Milieus in der jüngeren Vergangenheit zum Trotz, im unteren Drittel der Gesellschaft unverändert stark ab.

Methodisches Vorgehen

Sämtliche Studien zu Nichtwähler_innen betonen die Schwierigkeit, Nichtwähler_innen auf der Grundlage von standardisierten Umfragen zu erforschen. Die Probleme beginnen schon bei der Ermittlung der Nichtwähler_innen an sich. Da es aus Datenschutzgründen in Deutschland nicht möglich ist, zu erfahren, wer gewählt hat und wer nicht, ist jede Forschung entweder auf Aggregatdaten der Stimmbezirke oder aber auf die Selbstaussagen von Nichtwähler_innen angewiesen. Letztere sind aber nicht unbedingt zuverlässig. So ist aus der Sozialforschung bekannt, dass Befragte zu sozial erwünschtem Antwortverhalten neigen. Da die Wahlteilnahme deutlich positiver bewertet wird als die Wahlenthaltung, ist von einer verfälschten Selbstaussage auszugehen.²¹ Aus dem gleichen Grund tendieren Nichtwähler_innen dazu, etwa ihre Demokratiezufriedenheit, ihr Interesse an Politik oder ihre Bereitschaft zu zukünftiger Wahlteilnahme zu übertreiben. Noch einmal: Mit Hilfe standardisierter Umfragen, erst recht auf der Basis amtlicher Wahlstatistiken, lässt sich diesem Dilemma nicht beikommen.

Wir versuchen dieses Defizit in unserer Analyse daher durch Fokusgruppengespräche aufzulösen. Während Einzelinterviews als Erhebungsmethode in diesem Rahmen den Vorzug haben, individuelle Motive und Einstellungen herausarbeiten zu können, hat sich im Kontext der Untersuchung sozialer Gruppen die Herangehensweise mittels Kreativgruppen und Gruppendiskussionen als ausgesprochen fruchtbar herausgestellt. Denn wenn Menschen mit Gleichgesinnten aufeinander treffen, setzen sie bestimmte Umgangsformen voraus und haben bestimmte Erwartungswerte. Sie tasten sich in den Gruppenprozessen vor und testen aus, ob ihre Vorstellungen mit denen ihrer Mitstreiter übereinstimmen. Sie übernehmen dabei bestimmte Strukturmuster oder versuchen, diese zu verändern. Anders ausgedrückt: „Die Meinungsstruktur eines Indivi-

17 Armin Schäfer: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: Evelyn Bytzek, Sigrud Roßteutscher (Hrsg.): Der unbekannte Wähler, a.a.O., S. 133–156, hier: S. 150.

18 Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007.

19 Sämtliche Zit. in Gero Neugebauer: Die Unterschicht und die Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 33–34/2008.

20 Vgl. Matthias Jung/u.a.: Wählerverhalten und Wahlergebnis: Angela Merkels Sieg in der Mitte, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2015, S. 35–54.

21 Vgl. dazu Volker Stocké: Entstehungsbedingungen von Antwortverzerrungen durch soziale Erwünschtheit, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 33 (2004) H. 4, S. 303–320.

duums [...] ist ein soziales Produkt von Interaktionen“²². Diese Interaktionen und Aushandlungen lassen sich in Gruppendiskussionen wie unter einem Brennglas verfolgen. Sie haben den Vorteil, dass sie im besten Falle eine Diskussion zwischen den Gesprächspartner_innen erzeugen, die in ihrer Struktur den alltäglichen Meinungsbildungsprozess nachbildet und in der die Teilnehmer_innen zumindest zeitweilig ohne Eingriffe der Forscher_innen miteinander kommunizieren und dabei wie in einer Art diskursivem Vergleich Meinungen, Einstellungen aber eben auch Diskussionskulturen deutlich zu Tage treten lassen.

Diese Einblicke wiederum erlauben es, die nur indirekt zu erschließenden Politikeinstellungen und Erwartungen gegenüber der (Lokal-)Politik in diesen Vierteln heraus zu arbeiten. Und es ergibt sich die Gelegenheit zur Nachfrage: Warum sind Nichtwähler_innen nicht (mehr) zur Wahl gegangen? Was erhoffen sie sich noch von der Politik? Inwieweit unterscheiden sich diese Perspektiven auf Politik und Gesellschaft von den Wähler_innen innerhalb dieser Stadtviertel? Welche Ansprachen durch Politik und Politiker_innen wären möglicherweise geeignet, noch Gehör und Vertrauen zu finden?

22 Siegfried Lamnek: Gruppendiskussion. Theorie und Praxis, Weinheim 2005, S. 132.

2. Ein Vergleich der Göttinger Stadtviertel Ostviertel, Leineberg, Holtenser Berg und Grone-Süd

Als Universitätsstadt ist Göttingen geprägt von einer vergleichsweise jungen, gut ausgebildeten Bevölkerung. Rund 20 % der Einwohner_innen Göttingens studieren an der Georg-August-Universität, hinzu kommen Professor_innen, Mitarbeiter_innen und Verwaltungsangestellte.²³ Das Ostviertel, das sich entlang des Hainbergs erstreckt, gilt seit dem 19. Jahrhundert als Zentrum der Bürgerlichkeit und exklusive Heimat der gut- und besser-situierten Göttinger. Ärzt_innen, Professor_innen und Anwalt_innen bewohnen repräsentative Jugendstil- und Gründerzeitvillen; das Viertel ist geprägt von ausladenden Gärten und zahlreichen öffentlichen Grünanlagen. Der Göttinger Osten bildet damit das architektonische und sozialstrukturelle Gegenstück und die Kontrastfolie zu den als „Problemviertel“ firmierenden Stadtteilen im Südwesten und Norden der Stadt, die in der vorliegenden Studie untersucht wurden. Als Reaktion auf den seit den 1950er Jahren chronischen Wohnungsmangel wurden diese Stadtteile auf dem Reißbrett geplant und nach der

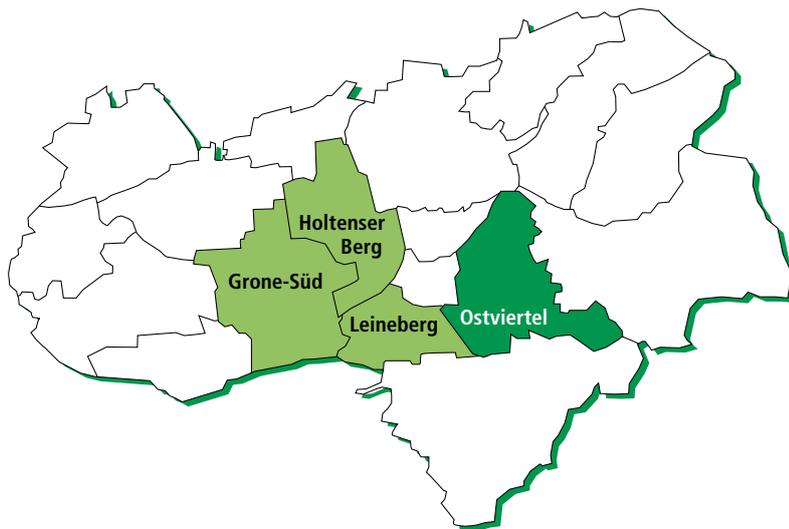
Erschließung des Baulandes in der damaligen Göttinger Peripherie neu errichtet.

Die Göttinger Stadtviertel Leineberg, Holtenser Berg, Grone Süd

Vor der Erschließung des Baulands durch den Städtischen Wohnungsbau 1961 war der **Leineberg** vor allem durch die seit 1866 betriebene Nervenklinik bekannt. Heute sind mit der Asklepiosklinik und der offenen Jugendvollzugsanstalt weiterhin medizinische und pädagogische Einrichtungen auf dem Leineberg vertreten.

Der Stadtteil war das erste Bauprojekt in Göttingen, um dem Wohnungsmangel der 1960er Jahre entgegenzutreten. Als Bauherr fungierte die Städtische Wohnungsbau GmbH, die auch heute noch die meisten Wohnungen auf dem Leineberg besitzt.

Abbildung 1: Die Göttinger Stadtviertel Grone, Holtenser Berg, Leineberg, Ostviertel



²³ Alle folgenden Daten über die Stadt Göttingen und deren Stadtteile sind entnommen aus den Profildaten für die Statistischen Bezirke 2014, GÖSIS – Göttinger Statistisches Informationssystem, Referat Statistik und Wahlen (Stand 06.2015).

Man plante

„eine Stadtrandsiedlung aus einer Mischung von Punkthochhaus (bis 8 Geschosse) und umgebenden 3 – 4 geschossigen Wohnblocks und weiter nach außen stark verdichtete[n] Einfamilienhäuser[n] als Reihen-, Ketten- und Gartenhofhäuser für 3 – 5.000 Einwohner. Dazu gehört ein kleines Ladenzentrum und öffentliche Infrastruktur in Form von Kindergarten, Grundschule, Spielplatz und Stadtbibliotheks-Zweitstelle.“²⁴

Umgesetzt wurde jene Idee im klassisch funktionalen Stil der 1960er Jahre, der auch heute noch in den erst kürzlich renovierten Häusern zu erkennen ist. Besonders in der Allerstraße, die nicht weit vom ehemaligen Pflegerdorf der Nervenheilanstalt in der Ernst-Schultze-Straße entfernt ist, erkennt man die unterschiedlichen Häusertypen. Eine breite Straße, in der Mitte durch einen langen Parkstreifen getrennt und an dessen Spitze ein Punkthaus steht, ist auf beiden Seiten vornehmlich von mehrgeschossigen Wohnhäusern geprägt. In der Straße befindet sich auch das für die Art der Bebauung typische Ladenzentrum, in dem sich Supermarkt, Bäcker, Frisör, eine Bar sowie eine Apotheke befinden. Obwohl nicht alle Ladenflächen besetzt sind, dient das Ladenzentrum einigen Anwohner_innen des Leinebergs als regelmäßiger Treffpunkt und Aufenthaltsort. Unweit des Ladenzentrums befinden sich mit dem Stadtteilbüro, der Thomaskirchen-Gemeinde und der dazugehörigen Kindertagesstätte weitere Treffpunkte der Anwohner_innen.

Im Stadtviertel formierte sich 2013 eine Bürgerinitiative namens LeineBürger gegen den Ausbau der Jugendvollzugsanstalt²⁵ im Leinepark. Die Initiative war dabei jedoch nicht gegen die Erweiterung als solches gerichtet, sondern nur gegen dessen Standort mitten in einem von den Leinebergen viel genutzten Park. Nachfolgend engagierte sich die Bürgerinitiative auch für andere Projekte rund um den Leineberg; sie hat jedoch mittlerweile an Präsenz und Mobilisierungskraft im Viertel verloren. Zudem fehlt es innerhalb des Viertels an kommunalpolitischen Beteiligungsmöglichkeiten. Schon seit längerem wird von enga-

gierten Leinebergern gefordert, einen Ortsrat einzurichten, wie er in anderen Stadtvierteln Göttingens vorhanden ist. Bisher blieb diese Initiative jedoch erfolglos.

Auch der **Holtenser Berg**, die Planstadt im Norden Göttingens, ist von der funktionalen Architektur der 1960er Jahre geprägt. Ähnlich wie auf dem Leineberg dominieren auch auf dem Holtenser Berg die mehrgeschossigen Wohnhäuser, doch ist die Bebauung hier deutlich dichter. Langgezogene Hochhausreihen säumen die breite Europaallee und ihre Nebenstraßen. Auf rund 40 Hektar wurden so etappenweise rund 1.600 Wohnungen geschaffen. In den 1960er Jahren galt der Holtenser Berg dabei als Modellprojekt städteplanerischen Fortschritts. Denn unmittelbar neben den Hochhaussiedlungen wurde eine Siedlung von Einfamilien-Bungalows mit kleinen Atriumgärten und Terrassen errichtet. Ziel war es, eine neue Form des Zusammenlebens zu etablieren. „Einfache Leute“, Arbeiter_innen und kleine Angestellte, die auf dem Holtenser Berg die Hochhäuser bewohnten, sollten gleichsam Tür an Tür mit den gutsituierten Eigenheimbesitzer_innen leben. Soziale Segregationsprozesse sollten durch die räumliche Nähe durchbrochen und eine Verständigung über Schichtgrenzen hinaus ermöglicht werden. Auch auf dem Holtenser Berg befindet sich ein Ladenzentrum, das ähnlich wie auf dem Leineberg eine grundlegende Versorgung der Bewohner sicher stellen soll. Die anfängliche Euphorie, ob des visionären Projekts, wich jedoch bereits in den 1970er Jahren einer zunehmenden Ernüchterung. Die Interaktion zwischen den Hochhaus- und Eigenheim-Bewohnern hatte sich als Wunschtraum erwiesen. Stattdessen entwickelten sich auf dem Holtenser Berg zwei relativ unabhängig voneinander bestehende Lebensräume, deren Bewohner_innen es möglichst vermieden, mit den jeweils anderen in Berührung zu kommen.²⁶ Durch Leerstand und eine steigende Jugendkriminalität entwickelte sich der Holtenser Berg seit den 1980er Jahren innerhalb Göttingens zunehmend zum „Problemviertel“. Auch der Holtenser Berg ist bis heute nicht durch einen eigenen Ortsrat lokalpolitisch repräsentiert.

24 Duwe/u. a.: Göttingen ohne Gänseliesel. Texte und Bilder zur Stadtgeschichte, Gudensberg-Gleichen 1988, S. 28.

25 Das geplante Haus dient als Neubau des stark in die Jahre gekommenen Maßregelvollzugshauses der Jugendvollzugsanstalt auf dem Leineberg.

26 Katharina Rahlf: Vom „Demonstrativbauvorhaben“ zum „Prügelhügel“. Eine (subjektive) Geschichte des Holtenser Bergs, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, H. 2 – 2015, S. 80 – 90.

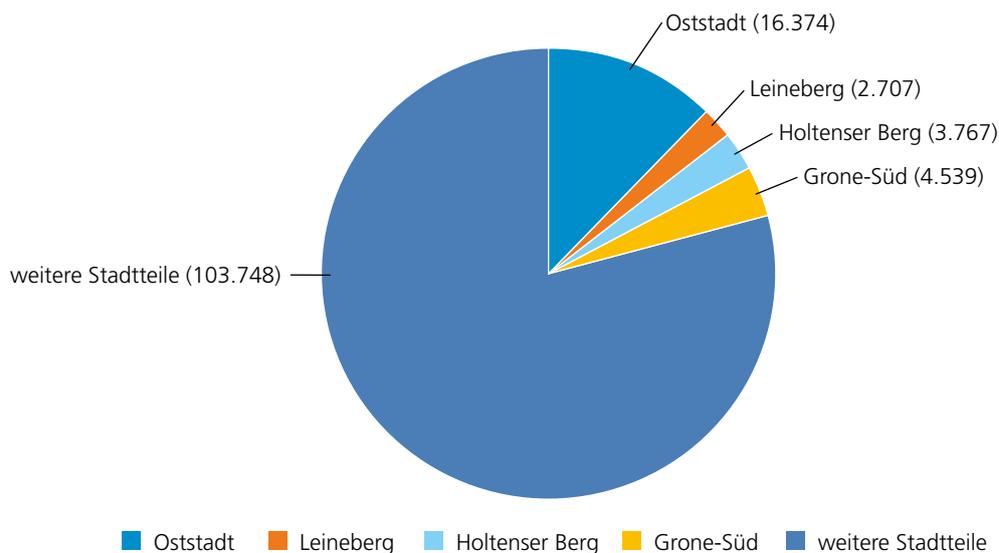
Die Neubausiedlung **Grone-Süd** wurde in den 1960er und 1970er Jahren von der Wohnungsbaugenossenschaft „Neue Heimat“ errichtet. Vom Altdorf-Grone, dem 1954 eingemeindeten Ortskern Grones, wird der Grone-Süd durch die mehrspurige Kasseler Landstraße getrennt. Auch hier dominiert der architektonische Funktionalismus: Glatte Fassaden, flache Dächer und bis zu 14 Stockwerke hohe Wohnblöcke. Auch in Grone-Süd finden sich, an den Rändern des Stadtteils, vereinzelt Ein- und Mehrfamilienhäuser. Das Zentrum von Grone-Süd bildet der Jona-Platz mit der angrenzenden Kirchengemeinde, dem Nachbarschaftszentrum und einigen Geschäften. Im Jahr 1999 wurde das Viertel in das bundesweite Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ aufgenommen. Mit einem Fördervolumen von circa acht Millionen Euro wurden verschiedenen Maßnahmen gegen den mittlerweile einsetzenden Verfall des Viertels initiiert. Zwischen 1999 und 2008 wurden so auffällige Wohnungen saniert, neue Grünflächen und Spielplätze geschaffen und das Nachbarschaftszentrum errichtet. Ebenso wurde ein Quartiersmanagement etabliert. Im Unterschied zu den Wohnungsbaugenossenschaften auf dem Leineberg und Holtenser Berg sind große Teile der Wohnungen in Grone-Süd mittlerweile

Eigentum privater Gesellschaften, die in der Vergangenheit auch gewechselt haben und diese als Immobilien-gesellschaft vermieten. Grone-Süd ist ebenfalls nicht mit einem eigenen Ortsrat innerhalb der Stadt institutionell repräsentiert, sondern in den Verantwortungsbereich des Orsrates Grone mit einem Unterausschuss integriert.

Vergleich anhand der städtischen Zahlen

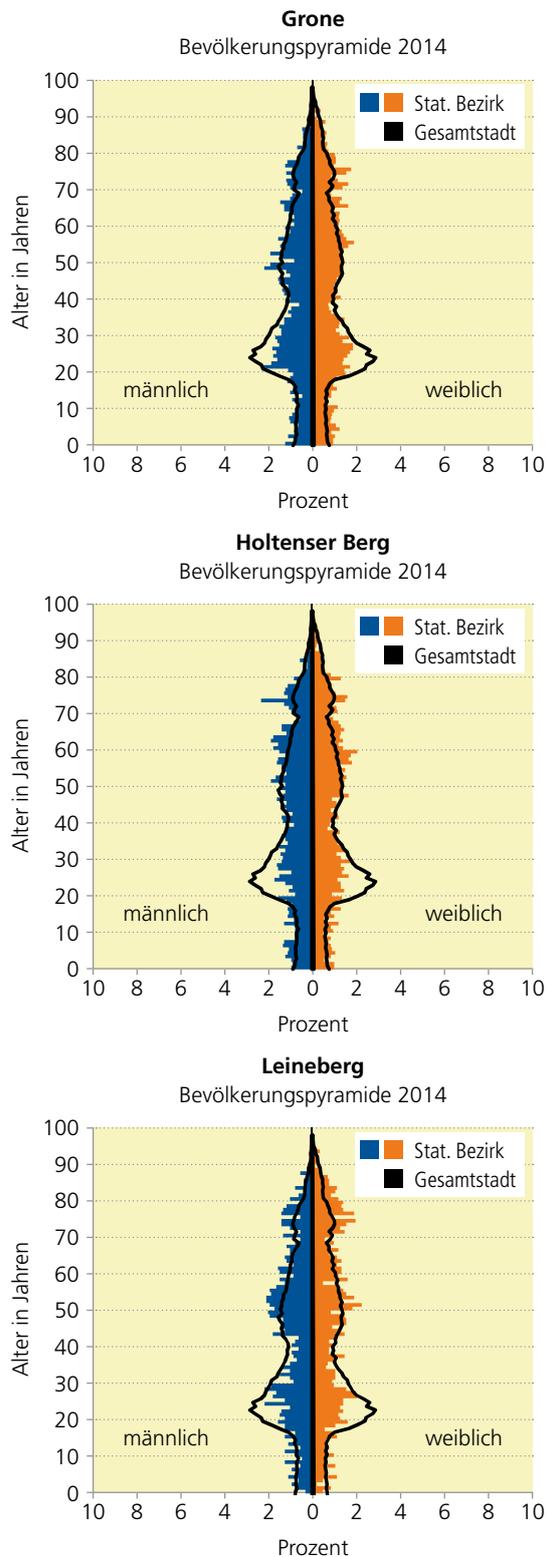
Mit rund 131.000 Einwohner_innen zählt Göttingen zu den deutschen Großstädten. Die Einwohnerzahlen der untersuchten Stadtteilen verteilen sich dabei wie folgt: In Grone Süd (4.539 Einwohner_innen) wohnten 2014 3,5 % der Göttinger Bevölkerung, gefolgt vom Holtenser Berg mit 2,9 % (mit 3.767 Einwohner_innen) und dem Leineberg mit 2,1 % (2.707 Einwohner_innen). Im Ostviertel wohnt dagegen mit 12,5 % ein deutlich größerer Teil der Göttinger Gesamtbevölkerung (16.374 Einwohner_innen). Das Durchschnittsalter in Göttingen liegt bei 40,9 Jahren. Betrachtet man Leineberg wie Holtenser Berg, gestaltet sich der Altersdurchschnitt ähnlich. Der Leineberg ist jedoch mit 45,4 Jahren der älteste Stadtteil Göttingens.²⁷

Abbildung 2: **Einwohnerverteilung in Göttingen**



²⁷ Das Durchschnittsalter im Ostviertel liegt bei 43,7 Jahren.

Abbildung 3: Altersstruktur der Stadtteile



Aus der Alterszusammensetzung der Stadtviertel ist ersichtlich, dass alle drei keine typischen Studentenviertel sind. Ihnen fehlt die charakteristische „Beule“ der 20- bis 30-Jährigen, welche für die Gesamtstadt deutlich sichtbar ist. Zudem gibt es hier – auch das ist typisch für nicht-studentische Wohnumfelder – mehr Kinder: Zusammen wohnen 11 % der Göttinger Kinder in den drei hier im Zentrum stehenden Vierteln (Leineberg 2 %, Holtenser Berg 4 % und Grono-Süd 5 %), bei insgesamt nur 8,5 % der Einwohner_innen. Waren in der Gesamtstadt im Jahr 2015 12,6 % aller Göttinger unter 18 Jahre alt, liegt der Anteil der Kinder in den drei untersuchten Stadtvierteln höher: zwischen 14,11 % (Grono-Süd) und 16,89 % (Holtenser Berg).

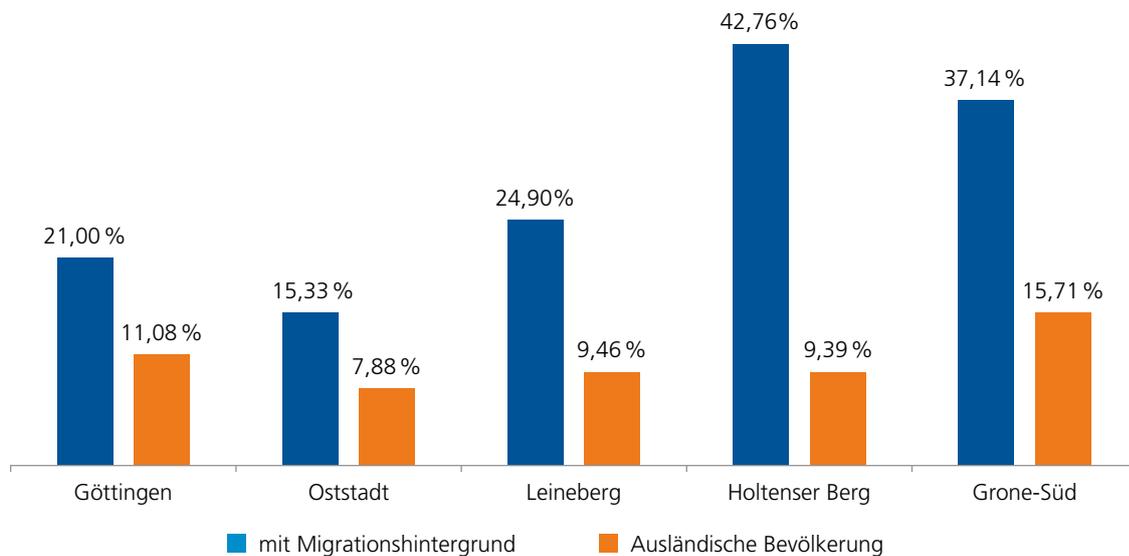
Sozial schwache Stadtteile zeichnen sich häufig durch eine vergleichsweise homogene Bevölkerungsstruktur aus, da sie als Ergebnis von räumlichen Segregations- und Entmischungsprozessen Menschen mit ähnlichem sozialem Status in entsprechenden Wohnquartieren zusammen führen.²⁸ Sie lassen sich durch eine hohe Zahl von Empfänger_innen staatlicher Transferleistungen sowie einen hohen Migrant_innenanteil, im Schnitt niedrigere Bildungsabschlüsse und relativ höhere Arbeitslosenquoten kennzeichnen.²⁹

Betrachtet man Göttingen und die drei zu untersuchenden Stadtviertel im Hinblick auf die Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund beziehungsweise den ausländischen Bevölkerungsanteil, lassen sich zwischen den Vierteln deutliche Unterschiede, aber auch zentrale Gemeinsamkeiten erkennen.

Die Stadt Göttingen gibt unter der Rubrik „Bevölkerung mit Migrationshintergrund und ausländische Bevölkerung“ in ihrer amtlichen Statistik für die Gesamtstadt rund 21% Menschen mit Migrationshintergrund an. Während der Leineberg mit 24,9% seiner Stadtteilbevölkerung noch relativ nah am städtischen Durchschnitt liegt, weisen Grono-Süd mit 37,14% und besonders der Holtenser Berg mit 42,76% einen verhältnismäßig hohen Anteil an Bewohner_innen mit Migrationshintergrund

28 Vgl. Jost Bartkowiak: Rettet das Quartier! Von der Wohnungseigentumsanlage zum benachteiligten Stadtquartier – Arbeitshilfe zu Strategien der kommunalen Planungspraxis, Friedrich Ebert Stiftung, KommunalAkademie, Bonn 2008, S. 36.

29 Vgl. ebenda.



auf. 11,08 % der Göttinger haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Da der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Universitätsstadt Göttingen zu einem guten Teil aus Gaststudent_innen und ausländischen Wissenschaftler_innen besteht, kann er nicht als eindeutiger Indikator für sozial schwache Stadtteile herangezogen werden. Zudem weichen hier die drei betrachteten Stadtteile nur wenig vom Stadtdurchschnitt ab.

Insgesamt nahmen 9,7 % der Göttinger im Jahr 2014 staatliche Transferleistungen in Anspruch, wobei in der vorliegenden Studie Empfänger_innen der Grundsicherung im Alter, der HLU (Hilfe zum Lebensunterhalt), des ALG II sowie Asylbewerberleistungen und Wohngeldempfänger_innen zusammengefasst werden. Den größten Teil der Sozialleistungen macht dabei das Arbeitslosengeld (ALG II) aus. Von den aufgeführten 9,7 % der Transferleistungsempfänger_innen entfallen insgesamt 7,7 % auf das ALG II.

Im Vergleich mit der Gesamtstadt weisen alle drei Stadtviertel einen deutlich höheren Bevölkerungsteil auf, der staatliche Transferleistungen erhält: Auf dem Leineberg

erhielten 2014 14,7 % der Bewohner_innen Transferleistungen, auf dem Holtenser Berg 24,3 % und in Grone-Süd 26,6 %.

Abgesehen von den Transferleistungsempfänger_innen zeichnen sich die drei Stadtteile durch eine verhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit (im Sinne von SGB II und III) aus. In Göttingen liegt die Arbeitslosigkeit bei 3,5 %. Auf dem Leineberg waren demgegenüber 2014 11,6 % als arbeitslos registriert (30,7 % der Kinder unter 12 wohnen in Haushalten, die ALG II bezogen), auf dem Holtenser Berg 20,3 % (39,9 % der Kinder unter 12) und in Grone-Süd 22 % (sowie 48,7 % der Kinder unter 12).³⁰

Mit 2.535 Sozialwohnungen ist Göttingen im Städtevergleich gut ausgestattet, 3,9 % aller Wohnungen in Göttingen gelten als Sozialwohnungen. Analog zur bundesweiten Entwicklung, sozialen Wohnraum zu reduzieren, hat sich jedoch auch in Göttingen in den letzten vier Jahren die Zahl der Sozialwohnungen um circa 700 verringert.³¹ Diese sind heute deutlich überdurchschnittlich im Stadtviertel Holtenser Berg konzentriert, über die Hälfte der städtischen Sozialwohnungen sind dort zu fin-

30 Im Ostviertel sind im Vergleich 3,5 % (360 Personen) der Stadtteilbevölkerung arbeitslos.

31 vgl. Jost Bartkowiak: Rettet das Quartier!, 2008, S. 24.

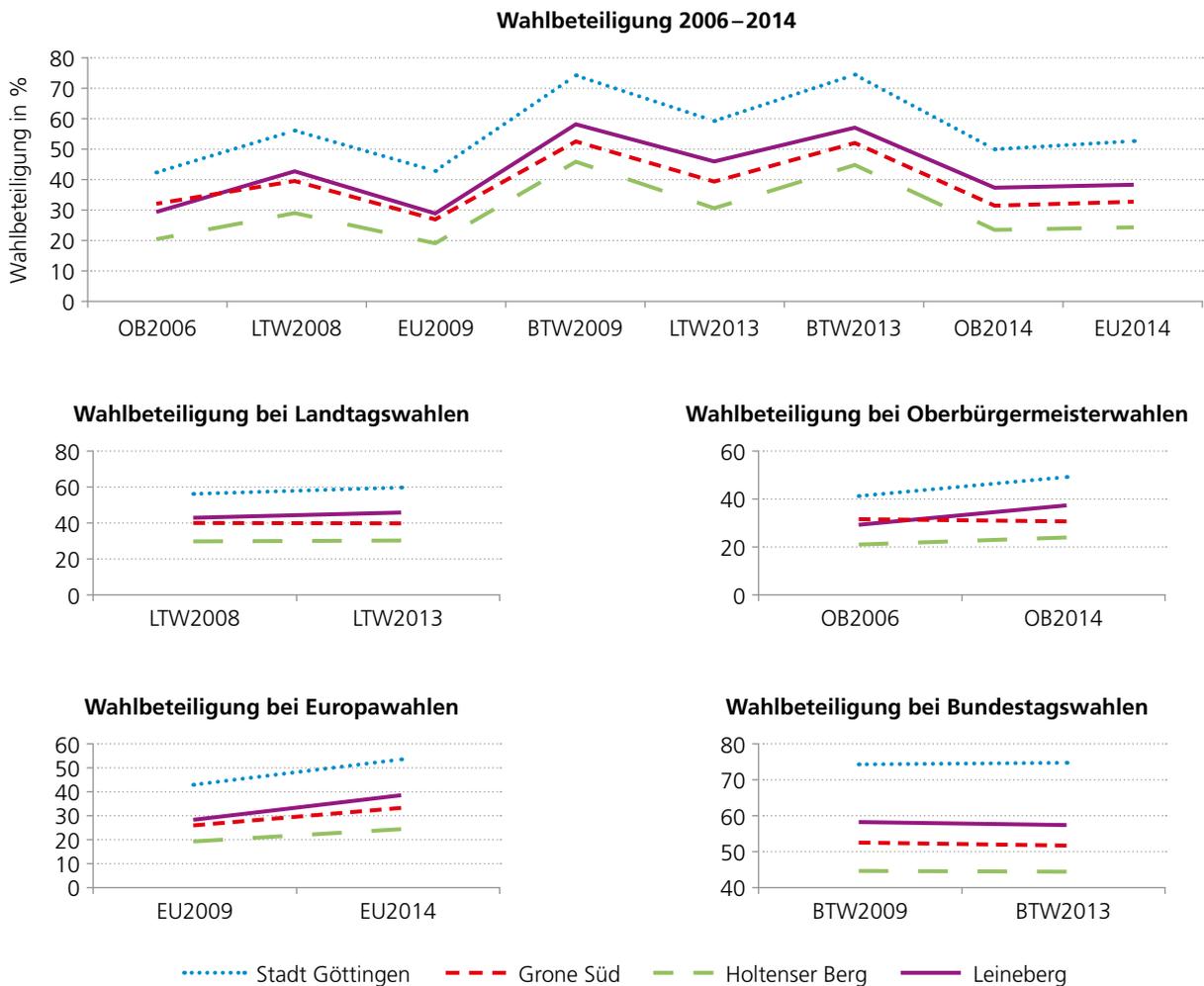
den, während im Leineberg und in Grone-Süd kaum Sozialwohnungen ausgewiesen sind.

Die deutlich unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung in den den drei untersuchten Stadtteilen bildet den Ausgangspunkt für unsere vorliegende Untersuchung. Innerhalb Göttingens sind der Holtenser Berg, Leineberg und Grone-Süd die drei Bezirke, in denen die Wahlbeteiligung mit Abstand am niedrigsten lag. Dieser Befund gilt übergreifend für Wahlen auf allen politischen Ebenen und seit mehreren Jahren. Dabei lässt sich für die drei Stadtteile feststellen, dass der Leineberg die relativ höchste Wahlbeteiligung aufweist, während auf dem Holtenser Berg die wenigsten Einwohner_innen den Weg an die Wahlurnen finden. Bei Oberbürgermeister- und Europawahlen

gehen auf dem Holtenser Berg kaum mehr 20 % der Einwohner_innen zur Wahl und selbst bei den Bundestagswahlen lag der Wert 2013 lediglich bei knapp 45 %. Überdies zeigt sich, dass sich auch eine allgemein steigende Wahlbeteiligung in Göttingen nur schwach auf den Holtenser Berg und Leineberg sowie Grone-Süd niederschlägt. Während bei der Bundestagswahl 2013 der Gesamttrend leicht nach oben wies, die Wahlbeteiligung also stieg, sank sie in den drei untersuchten Vierteln sogar weiter.

Damit liegen diese drei Viertel auch im Kern dessen, was als Nichtwählerhochburgen soziologisch beschrieben worden ist. Die gesellschaftspolitische Frage hier bleibt aber, was die tiefer liegenden Ursachen für die Wahlenthaltung sind, welche Perspektiven auf die Politik vorliegen und

Abbildung 5: Wahlbeteiligung in Göttingen-Gesamt, Holtenser Berg, Leineberg und Grone-Süd



wie die Viertelbewohner_innen als Bürger und Wähler (wieder) angesprochen werden können.

Alle drei Stadtviertel gehören – nimmt man Sozialdaten, Arbeitslosen- und Transferempfängerquoten, Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund – zu den Bereichen der Stadt, die man soziologisch auch als „sozial schwächer“ bezeichnet. Das Vertrauen der Bewohner_innen in die Politik – so steht zu vermuten – ist über die letzten Jahrzehnte immer mehr erschüttert worden. Es sind über die Zeit Viertel geworden, in denen das Interesse an und für Politik und der Optimismus bezüglich der Gestaltungsmöglichkeiten für das eigene Leben oftmals verschwunden sind.

Politische Partizipation in den Stadtteilen

Betrachtet man die in den letzten Jahren geschaffenen politischen Partizipationsmöglichkeiten in den einzelnen Stadtteilen, die eine stärkere Einbindung der Bewohner_innen erreichen möchten, sticht besonders Grone Süd heraus. Das 1999 geschaffene Quartiersmanagement fungiert als Vermittlungsinstanz zwischen der städtischen Verwaltung und den Stadtteilakteuren. Außerdem verfügt Grone Süd über insofern über eine anders geartete Ortsratsanbindung, als dass der Ortsrat Grone für die anderen eingemeindeten Groner Stadtviertel mit zuständig ist. Diesem ist im Zuge des oben erwähnten Förderprogramms ein Unterausschuss vorangestellt worden, der aus 9 Vertreter_innen des Stadtrates und 9 Vertreter_innen des Ortsrates besteht, welche alle zwei Jahre gewählt werden. Der Unterausschuss soll sicherstellen, dass die Entscheidungen und Ideen für das Stadtviertel auch aus dem Viertel stammen und somit eine nähere Bindung zu den Anwohner_innen Grone Süds herstellen. Gleichzeitig sollen die Verwaltungshandlungen der Stadt durch dieses Organ an die Probleme des Viertels angepasst werden. Die Ergebnisse des Unterausschusses werden dann an die Fachgremien weitergeleitet.³² Doch bereits vor der

Aufnahme in das Förderprogramm gab es partizipatorische Initiativen innerhalb Grone Süds. Seit 1999 wurden ein Runder Tisch und ein Stadtteilforum institutionalisierte Diskussionsforen des Viertels, die die Einbindung und Nutzung des Wissens der Stadtteilbewohner_innen anstreben. Mit all diesen Initiativen ist in Grone Süd der Versuch unternommen worden, eine stärkere politische Beteiligung der Anwohner_innen zu ermöglichen. Die Frage, ob diese Beteiligungsmöglichkeiten von Seiten der Bevölkerung und wenn ja, von wem genau, genutzt werden, bleibt jedoch vorerst offen und war auch Teil der von uns durchgeführten Untersuchung

An jenen partizipatorischen und stadtteilpolitischen Institutionen fehlt es in den anderen beiden Stadtteilen weitgehend. Im Leineberg ist man schon seit längerem darum bemüht, einen Ortsrat einzurichten, der als Verbindungsorgan zwischen der Lokalpolitik und dem Stadtteil fungieren soll. Ähnlich verhält es sich am Holtenser Berg, wo ebenfalls eine solche Institution fehlt. Auch wenn „auf dem Berg“ Einrichtungen wie die Wohnungslosenhilfe, die Straßensozialarbeit und die Kirche mit ihrer Kinder- und Jugendarbeit grundlegende soziale Strukturen innerhalb des Viertels für die Bewohner_innen schaffen und auch ein Nachbarschaftszentrum in der Planung ist, fehlt eine institutionalisierte Verankerung im politischen Gefüge der Stadt. Was die im Viertelalltag präsenten Partizipationsmöglichkeiten anbelangt, so unterscheiden sich der Leineberg wie der Holtenser Berg deutlich von Grone-Süd.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren: Mit den bundesweit medial oft bemühten desintegrierten Vierteln in Köln Porz Finkenbergring oder Berlin Neukölln sind die Göttinger Stadtviertel Leineberg, Holtenser Berg und Grone Süd kaum gleichzusetzen. Dennoch – und das ist ein nicht unwesentlicher Aspekt – sind sie für Göttinger Verhältnisse definitiv benachteiligt und im Bewusstsein der Stadtbevölkerung tendenziell stigmatisierte Stadtviertel.

32 vgl. Kornhardt, Renate: Erfahrungen mit Lokalem Aktionsplan Göttingen-Grone, in: .EUNDC, 2003, URL: <http://eundc.de/pdf/62005.pdf#search=%27grone%27> [eingesehen am 03.03.2015], S. 51.

„Hier ist man auf dem Abstellgleis!“, verkündet ein Anwohner Grone-Süds bei einem unserer Besuche des Stadtteils lautstark. Nicht selten hört man in Gesprächen mit Anwohner_innen, dass sie sich vom Rest der Stadt in einer gewissen Form ausgeschlossen oder anders betrachtet fühlen. Dies kann auch auf die Lage der Stadtteile zurück geführt werden. Sie sind alle geographisch vom Stadtzentrum durch die Leine, eine Anhöhe oder

eine Bundesstraße getrennt. Die neuen Stadtviertel entstanden am Stadtrand, weil nur dort das freie Bauland vorhanden war und zudem die Verkehrsmobilität der zukünftigen Anwohner_innen durch die Viertelplaner vorausgesetzt wurde. Die daraus resultierende Abgeschlossenheit der Peripherieviertel führt heute zu Problemen der drei Viertel.

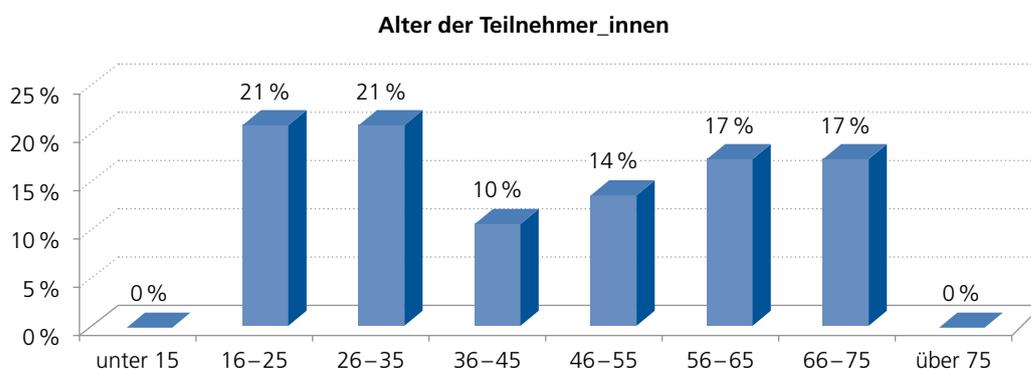
3. Übersicht über die Gesprächsteilnehmer_innen

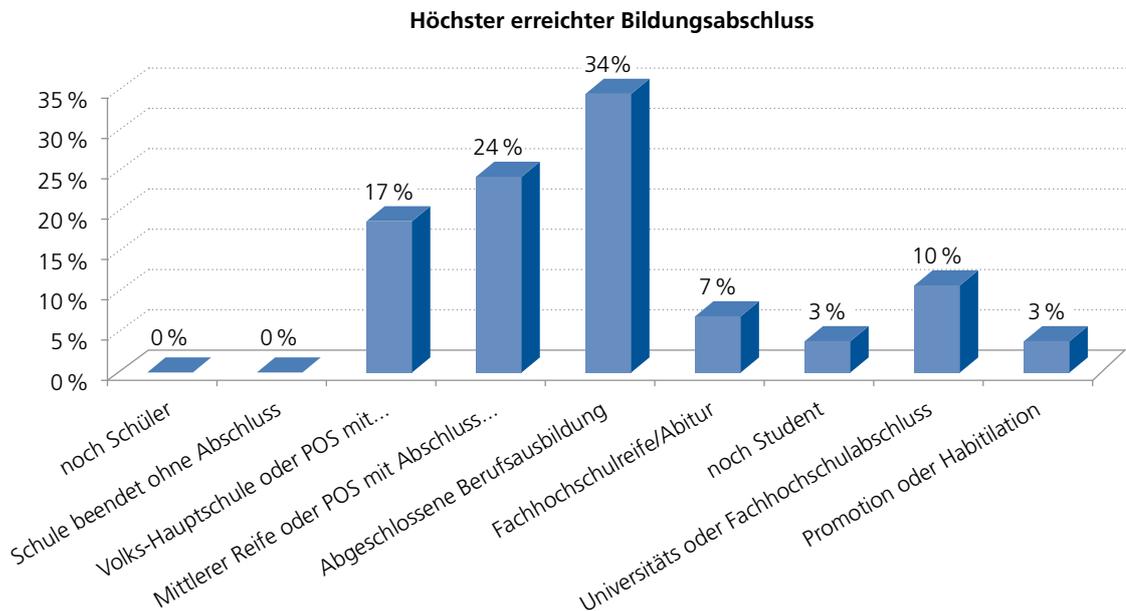
Wir haben im Sommer und Herbst 2015 insgesamt sechs Fokusgruppen durchgeführt, jeweils zwei in Leineberg, Holtenser Berg und Grone-Süd. Jeweils haben sechs bis acht Viertelbewohner_innen teilgenommen, so dass Gruppe in dieser Studie insgesamt 43 Menschen umfasste. Die sechs Fokusgruppen dauerten zwischen zwei und zweieinhalb Stunden und wurden alle nach dem gleichen Leitfaden durchgeführt, wenn auch – der Gesprächsdynamik folgend – durchaus unterschiedliche Schwerpunkte vertieft wurden. Die Rekrutierungen für die Gespräche wurden vor Ort in den Vierteln im persönlichen Gespräch durchgeführt. Auf diese Weise konnten die Forscher auch selbst Eindrücke sammeln, etwa wo sich soziale Zentren etc. befinden. Diese Vorgehensweise hat sich gegenüber der Fremdrekrutierung durch Marktforschungsinstitute als in bestimmten sozialen Bereichen verlässlicher herausgestellt. Ziel war es, Nichtwähler_innen und Wähler_innen zu gleichen Teilen zur Gesprächsteilnahme zu bewegen. Dies war nicht in allen Situationen einfach und die Abgrenzung nicht immer klar zu ziehen. Auch war manches Mal aus der Fokusgruppensituation eine etwas gewandelte Position ersichtlich als es im Rekrutierungsgespräch geäußert worden war. Letztlich haben insgesamt 18 Gesprächsteilnehmer_innen angegeben, nicht mehr wählen zu gehen. 25 haben angegeben, dies nach wie vor zu tun. Dabei haben wir in den Gesprächssitua-

tionen auf eine weitere Aufteilung des Nichtwählens verzichtet, etwa bei wie vielen Wahlen jemand nicht gewählt hatte. Ziel war es dabei, Hemmschwellen im Gruppengespräch zu vermeiden (die man empfinden mag, wenn es darum geht, zu erklären, wann man konkret wählen war oder nicht) und mehr auf die jeweiligen Motive zu schauen, danach zu fragen, warum sich jemand nicht mehr als Wähler empfindet und was ihn möglicherweise enttäuscht hat. Demzufolge sind die „Nichtwähler_innen“ in unserem Sample nicht weiter ausdifferenziert. Das hätte zudem auch aufgrund der kleinen Fallzahl wenig Sinn ergeben. Die qualitative Fragerichtung und Herangehensweise der Fokusgruppen versucht vielmehr herauszufinden, wie Bewohner_innen der Viertel, in denen die Wahlbeteiligung besonders niedrig ist, auf ihr Leben, auf Politik und Gesellschaft blicken – und was die Nichtwähler_innen dort möglicherweise in ihren Erfahrungen und Einstellungen von denjenigen unterscheidet, die noch den Gang zur Urne antreten.

Gut die Hälfte der Teilnehmenden waren Frauen (52 %). Der Altersschnitt zeigte dabei einen leichten Schwerpunkt bei den Jüngeren – 42 % der Teilnehmer_innen waren unter 35 Jahren. 48 % über 45 und bis 75 Jahre alt und lediglich 10 % waren zum Zeitpunkt der Gespräche zwischen 36 und 45.

Abbildung 6: Alter der Gesprächsteilnehmer_innen





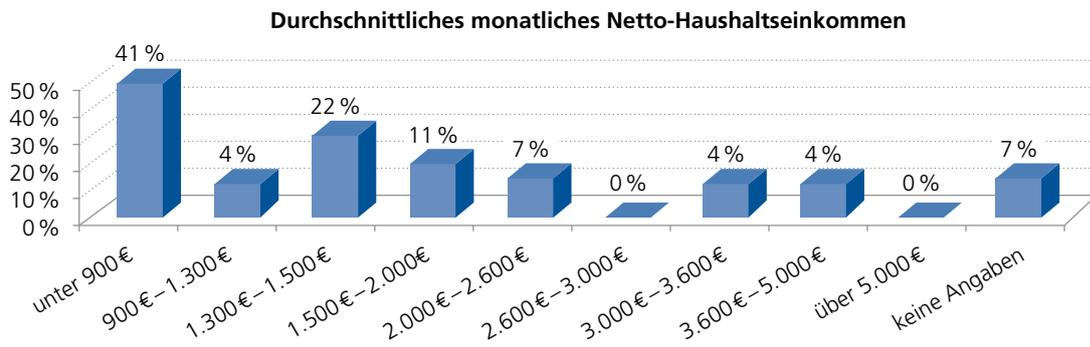
Der Bildungsstand der Gesprächsteilnehmer_innen unterstreicht, dass es sich bei den drei untersuchten Vierteln nicht um studentische oder durch das universitäre Milieu geprägte Stadtviertel innerhalb Göttingens handelt. Nur 13 % der Teilnehmer_innen gab einen Universitätsabschluss oder gar eine Promotion als höchsten erreichten Bildungsabschluss an, und nur 3 % waren zum Zeitpunkt der Fokusgruppen noch als Student_in eingeschrieben. Dafür gaben 17 % die Volks- oder Hauptschule, 24 % die Mittlere Reife und 34 % die abgeschlossene Berufsausbildung als höchsten erreichten Bildungsabschluss an.

Die überwiegende Mehrheit, 69 %, lebte 2015 verheiratet oder in einer Partnerschaft, 17 % waren Single, 10 % geschieden und 3 % verwitwet. Dies ist im Vergleich zu den Sozialdaten der Stadt Göttingen eine Überbetonung von in Ehe oder Partnerschaft lebenden Menschen: Fast 60 % der Haushalte in Göttingen waren 2014 Single-Haushalte, in den drei hier betrachteten Vierteln war diese Zahl allerdings ob der geringen Zahl an Studentenhaushalten niedriger. Die meisten der Gesprächsteilnehmer_innen allerdings leben nicht (mehr) mit Kindern unter 18 Jahren im gemeinsamen Haushalt, lediglich 33 % gaben an, mit einem oder mehreren Kindern zu-

sammen zu leben. Dafür aber lebte andererseits ein gutes Viertel, 28 %, 2015 allein.

Konfessionell waren 8 % der Teilnehmer_innen römisch-katholisch, 29 % evangelisch. Ebenfalls 8 % waren islamischen Glaubens und 54 % gaben an, keiner Religion anzugehören. Im Vergleich zum Durchschnitt Göttingens ist dies eine geringere Reichweite vor allem der christlichen Kirchen, die 2014 in Göttingen 40,6 % (evangelisch) und 15,4 % (katholisch) der Bevölkerung zu ihren Mitgliedern zählen.

Lediglich 39 % übten zum Zeitpunkt der Gespräche einen Beruf aus, entsprechend taten 61 % dies nicht. Das durchschnittliche Nettoeinkommen der Haushalte, in denen die Gesprächsteilnehmer_innen spiegelt dies wider: 41 % der Gesprächsteilnehmer_innen gaben an, in einem Haushalt mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von weniger als 900 € zu leben. 22 % nennen zwischen 1.300 und 1.500 € und elf zwischen 1.500 bis 2.000 €. Nur ein Teilnehmer (4 %) gab an, zwischen 3.000 und 3.600 € monatlich im Haushalt zur Verfügung zu haben, ein weiterer zwischen 3.600 und 5.000 €.



76 % gaben an, kein Mitglied in einer politischen Vereinigung zu sein. Lediglich zwei der Teilnehmer_innen gaben an, Mitglied der SPD zu sein, einer bei der CDU, zwei bei

einer Gewerkschaft und zwei weitere bei einer Nichtregierungsorganisation bzw. bei einer Organisation der Kategorie „andere“.

4. Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensumfeld. Die Viertel Leineberg, Holtenser Berg und Grone-Süd aus Sicht ihrer Bewohner_innen

Ja, es war so ein bisschen so ein sozialer Brennpunkt [...], Ich habe das nie hier so empfunden³³

In der akademischen Auseinandersetzung mit urbanen Lebenswelten sowie benachteiligten Stadtviertel und -quartieren richtet sich der Blick unweigerlich auf die Bewohner_innen dieser Viertel. Betrachtet man beispielsweise die 1979 beschlossene Definition sozialer Brennpunkte des Deutschen Städtetags, „Wohngebiete, in denen Faktoren die die Lebensbedingungen ihrer Bewohner und insbesondere die Entwicklungschancen, beziehungsweise Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen negativ bestimmen, gehäuft auftreten“³⁴, stellt sich die Frage, wie beispielsweise die Einschränkung von Lebensbedingungen operationalisiert werden können. Die Bezeichnung sozialer Brennpunkt wurde in der jüngeren Vergangenheit durch den Begriff benachteiligtes Quartier ersetzt, da dem Quartierbegriff eine effektivere, flexiblere Handhabung zugesprochen wird. Sie werden definiert als „in der Regel durch bestimmte sozioökonomische und wohnungswirtschaftliche Kenndaten charakterisiert. Hierzu gehören z. B. hohe Fluktuation, Wohnungsleerstand sowie die Konzentration von Problemhaushalten und von Transfereinkommensbezieher_innen. Die benachteiligten Quartiere zeichnen sich durch Ausstattungsdefizite im Bereich Wohnen, Wohnumfeld, Infrastruktur etc. aus. Einseitige Bevölkerungsstrukturen und Segregationstendenzen werden problematisiert und eine faktische Entmischung im Bestand an Wohnungen konstatiert.“³⁵

In Anlehnung an beide Definitionen sollen nun an dieser Stelle die in Fokusgruppen geführten Gespräche mit Bewohner_innen auf deren persönliche Wahrnehmung der Qualität des eigenen Wohnumfeldes überprüft werden.³⁶ Wie zufrieden sind sie mit dem Leben in ihrem Viertel, wie empfinden sie Image, Infrastruktur und ihnen offen stehenden gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten?

Innerhalb Göttingens haben der Holtenser Berg, der Leineberg und Grone-Süd seit den 1980er Jahren mit einem negativen Image zu kämpfen. Sie gelten – durchaus mit Binnendifferenzen, etwa zwischen dem noch eher kleinbürgerlichen Leineberg und dem stark verrufenen Grone-Süd – als „Problemviertel“. Von den Bewohner_innen der jeweiligen Viertel wird dieses schlechte Image als falsch, übertrieben oder gar ehrverletzend wahrgenommen und führt in den Gesprächen zu einer fast reflexhaften Verteidigungshaltung, wobei zunächst einmal vieles in sehr positives Licht gerückt wird.

Und allein ja „sozial“, Städtischer Wohnungsbau, ist dann so ein bisschen auch dann von vornherein, hat so'n ... so 'ne kleine Duftnote. Ja? Alles, was sozialer Wohnungsbau ist, da schielen wir mal ein bisschen so in diese untere, mehr nach unten geortete Schublade. [...] [W]as aber gar nicht der Fall ist. Das sind ist einfach nur gut. Gut, ist ja politisch eine hervorragende Leistung [...]. Es ist Wohnraum geschaffen worden für Leute, die sich dann hier auch eine gute Wohnung dann leisten konnten. [...]³⁷.

33 Manfred, Leineberg 1.

34 Hans-Jürgen Hohm: Urbane soziale Brennpunkte, Exklusion und soziale Hilfe. Opladen 2003, S. 38.

35 Jost Bartkowiak: Rettet das Quartier!, 2008, S. 36.

36 Wenn im Folgenden aus den Gruppendiskussionen zitiert wird, sind die angegebenen Belege anonymisiert. Die hier verwendeten Namen sind nicht die realen Namen der Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

37 Manfred, Leineberg 1.

[Es war] so ein bisschen [...]ein sozialer Brennpunkt [...]. Ich habe das nie hier so empfunden, dass hier irgendwo sowas auch nur in die Nähe eines ... dieser Begrifflichkeit kommen könnte. Das hat sich aber mir sozusagen aus der Rückperspektive ergeben, dass der Leineberg, so wie der Holtenser Berg, mal eine ganze Zeitlang in der Göttinger Bevölkerung ein Stückchen weit eben als [...] Ort verschrien war, wo die weniger Begüterten [...] gelebt haben. [...] Ich hab's eigentlich immer anders erlebt, ja? Also [...] ich hab hier nie irgendwo, selbst in 'nem Hochhaus, wo die Wohnverhältnisse [...] vielleicht nicht so besonders sind, wo Leute wohnen, ist auch Städtische Wohnungsbau, die finanziell nicht so gut ausgestattet sind. Da ist alles sauber, da ist alles in Ordnung. Die Leute, die man da trifft, sind alles picobello³⁸

Ähnliche Ansichten zum eigenen Wohnumfeld werden in allen drei Vierteln beschrieben. Mehrere Teilnehmer_innen wiesen etwa in den am Holtenser Berg geführten Gesprächen darauf hin, dass der negative Ruf des Viertels stark übertrieben sei und einzelne Vorfälle in der medialen Berichterstattung unnötig aufgebauscht würden, bloß um bestehende Klischees zu reproduzieren.

[...] ich kann mich bloß immer aufregen, wenn hier wirklich mal was passiert. Das wird immer so aufgebauscht! Als ob ... Und dann, ich sag mir immer: Leute, die so geballt zusammenwohnen, das ist nicht immer alles eitel Sonnenschein! Aber es regt mich immer auf, wenn es heißt „der Holtenser Berg“.³⁹

Also Holtenser Berg hat halt einen entsprechenden Ruf. Als ich hier hergezogen bin [...] da habe ich auch erst mal gehört so von Leuten, die hier zur Schule gegangen sind, dass das der „Prügelhügel“ ist.⁴⁰

Ich will mal so sagen: Diese Thematik hier Stadtteil – wenn hier was passiert, dann wird es namentlich benannt „Holtenser Berg“. Wir haben hier in Göttingen ganz andere Probleme.⁴¹

In Grone-Süd wird die Stigmatisierung des Viertels durch einen Teilnehmer auf den Punkt gebracht:

Ja, ja. Also Grone ist ... so [das] Image, [das] ist total im Arsch. So der Ruf. [...] [D]as ist einfach so.⁴²

Die drei Viertel aus Sicht der Bewohner_innen

Das schlechte Image ihrer Stadtteile empfinden zahlreiche Gesprächsteilnehmer_innen als persönliche Kränkung. Keinesfalls, so entgegneten viele, sei hier alles so schlecht, wie es gemeinhin gemacht werde. Stattdessen würden viele Dinge vor Ort sehr gut funktionieren. Das würde jedoch innerhalb Göttingens nicht wahrgenommen, da die Vorurteile gegenüber den Stadtvierteln mittlerweile über Jahrzehnte tradiert seien. Gelobt wird dabei in den Gesprächen zunächst oft die Infrastruktur des Ortsteils, die Einkaufsmöglichkeiten und Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Vielfach betonen die Gesprächsteilnehmer_innen, dass man den Weg in die Göttinger Innenstadt nicht zwingend antreten müsse, um alltägliche Besorgungen zu erledigen, Arzneimittel einzukaufen oder einen Arzt oder Ärztin aufzusuchen.

Und hier oben ist ja alles zu erreichen, was man so braucht. Und [Ich] habe auch ein Auto noch, dass ich noch ein bisschen mobil bin und kann auch außerhalb noch einkaufen. Es geht mir gut so mit dem ganzen Berg hier⁴³

Also man braucht nicht in die Stadt eigentlich. Man hat hier alles!⁴⁴

38 Manfred, Leineberg 1.

39 Jutta, Holtenser Berg 1.

40 Kai, Holtenser Berg 2.

41 Alexander, Holtenser Berg 1.

42 Cengiz, Grone 2.

43 Brunhilde, Holtenser Berg 1.

44 Jutta, Holtenser Berg 1.

Der allgemein positiven Einschätzung stehen indes auch vereinzelte kritische Stimmen gegenüber, die auf die Begrenztheit des infrastrukturellen Angebots innerhalb der Stadtteile hinweisen. Preisgünstigere Supermärkte seien nur schlecht zu erreichen und die Busanbindung keinesfalls so gut, wie es von anderen Gesprächsteilnehmer_innen dargestellt werde.

Eine vernünftige Busverbindung [fehlt]. Also ich merke das zum Beispiel, also ich wohne ja nun in der Sollingstraße, für mich ist das schon ein Akt bis zur Bushaltestelle gut hinzukommen. Dann muss ich mich noch in den Bus rein quälen. Also ich hab jetzt eine Wohnung, die behindertenfreundlich ist. Aber das Ding ist: Ich weiß ganz genau, es gibt einen Tag in der Woche, wo ich hier nicht wegkomme – und das ist der Sonntag. Da fährt hier kein Bus mehr! Der fährt hier vorne an der Deisterstraße, fährt der. Da komm ich nicht hin.⁴⁵

Neben der Ausstattung des Stadtteils wird von den Gesprächsteilnehmer_innen insbesondere die jeweilige Lage der Stadtteile am Stadtrand, aber doch in Zentrumsnähe positiv bewertet.

Ich sag mal so: Das ist sehr gut, 25 Minuten oder so zu Fuß, da ist man in der Innenstadt.⁴⁶

Es wurde ja auch immer besser mit der Ladenstraße, es kam nachher ein Arzt und ein Kaufmann wieder dahin und damals war auch eine Wäscherei, Post war da, Sparkasse. Wurde eigentlich immer besser. Die Spielplätze auch für die Kinder wurden immer besser. Ja, das war so im Großen und Ganzen was ich dazu erzählen kann im Moment⁴⁷

[...] [N]ormal bräuchte man kein Auto. Der Bus fährt hier alle halbe Stunde, alle zwanzig Minuten, glaube ich, ne?⁴⁸

Ogleich, einige Gesprächsteilnehmer_innen kritisieren, dass gerade für die Jüngeren das Angebot zur Freizeitgestaltung verbesserungsbedürftig sei, überwiegt doch auch hier das positive Bild. Innerhalb der Viertel könnten die Bewohner_innen zahlreiche Betätigungsmöglichkeiten vorfinden. Auch die Möglichkeiten der Kinderbetreuung werden zumeist positiv hervorgehoben. Insbesondere auf dem Holtenser Berg und dem Leineberg zeigen sich die Teilnehmer_innen zufrieden, mit den städtischen oder kirchlichen Kindertagesstätten in ihrer Nähe. Auch die Arbeit der Kirchengemeinden heben einige positiv hervor.

In Gespräch über die Einkaufsmöglichkeiten im Viertel wurde auch deutlich, dass einige Supermärkte die Möglichkeit des Anschreibens auf reiner Vertrauensbasis anbieten.⁴⁹ Seitens einer jüngeren Teilnehmerin wurde im weiteren Gesprächsverlauf lediglich das Fehlen eines Kleidungsgeschäfts im Ladenzentrum des Holtenser Bergs bemängelt:

Wenn wir einen Klamottenladen hier oben haben, müssen wir gar nicht mehr in die Stadt.⁵⁰

Die Arbeit von Kirchengemeinden und Stadtviertelprojekten wird zwar wahrgenommen und gelobt, doch fehle es an intakten Vereinsstrukturen und – so erklärten einige der Diskutanten – lokalpolitischen Partizipationsmöglichkeiten. Dies wird aber durchaus ganz unterschiedlich empfunden. Während einige Teilnehmer_innen für sich Möglichkeiten des Engagements gefunden und wahrgenommen haben, unterstreichen andere, wie sehr es genau daran mangle.

Aber: Ich muss mal sagen, jetzt sehe ich ... das muss man auch mal sehen, wenn man so einen Stadtteil sich anschaut, wir haben hier keinen einzigen Verein auf diesem Stadtgebiet.⁵¹

45 Maria, Grone 2.

46 Alexander, Holtenser Berg 1.

47 Wolfram, Holtenser Berg 1.

48 Jutta, Holtenser Berg 1.

49 Jupp; Irina, Holtenser Berg 2.

50 Marion, Holtenser Berg 1.

51 Lothar, Holtenser Berg 1.

Und da muss ich sagen, manche haben halt die Möglichkeit, ein bisschen Geld auszugeben. Können Sportvereine unterstützen, können Bänke kaufen und können andere Gelder ausgeben. Und da muss ich sagen, das ist auch so eine Sache, wenn so ein Stadtteil eben einen Ansprechpartner hätte, einen politischen Ansprechpartner hier vor Ort, der wo auch praktisch ein Mandat hat, würde es meiner Ansicht nach vielleicht ein bisschen helfen. Aber wie gesagt, das scheitert halt ... [...] das wird's in Göttingen auch nicht geben, dass der Holtenser Berg oder der Leineberg einen eigenen Ortsrat bekommen.⁵²

Diese Aussage lässt sich durch andere Gesprächsteilnehmer_innen vom Holtenser Berg unterstreichen, die das Fehlen eines Nachbarschaftszentrums oder Begegnungsorten bemängeln:

Ja. Besonderes, ich kann da dann zum Beispiel ich habe gewohnt in Grone. In Grone gibt es Nachbarschaftszentrum. Kennen Sie, ja? Nachbarschaftszentrum und verschiedene Vereine. In Holtensen da gibt es keine ... keine Nachbarschaftszentrum.

Ja, das finde ich zum Beispiel auch!

Gar keine Zentrum, wo die Kinder oder Erwachsenen können treffen und bei verschiedenen [Interessen], ja?⁵³

In Grone-Süd gibt es, wie bereits im vorangegangenen Kapitel beschrieben, ein Nachbarschaftszentrum, in welchem viele Veranstaltungen, Initiativen, Treffen etc. Platz und Ort finden. Die meisten Gesprächsteilnehmer_innen in Grone-Süd kennen es, nutzen es aber sehr unterschiedliche. Auf dem Leineberg gibt es kein Äquivalent, welches in ähnlichem Umfang aktiv ist. Auf dem Holtenser Berg ebenso wenig. Aktuell wird allerdings, folgt man der Er-

läuterung eines Teilnehmers, ein solches Zentrum im Zusammenarbeit mit der Stadt, der Kirche und am Holtenser Berg ansässiger Personen ein solches Zentrum geplant.⁵⁴

Nachdem in den Gesprächen zu Beginn die Rechtfertigungserzählungen und positiven Berichte über die Infrastruktur und das Leben im Viertel überwogen, die Gesprächsteilnehmer_innen einer gefühlten Stigmatisierung entgegen traten, folgten mit fortschreitendem Gesprächsverlauf zunehmend auch Widersprüchlichkeiten und Paradoxien, Kritik und auch Klagen. Obgleich man das eigene Viertel verteidigen möchte und das Umfeld zu Unrecht schlecht beleumundet und stigmatisiert sieht, konnten doch beinahe alle Gesprächsteilnehmer_innen von schlechten Erfahrungen, Widrigkeiten und Problem berichten.

Das Ladenzentrum am Leineberg etwa – zunächst als Einkaufsmöglichkeit gelobt – wurde im Gesprächsverlauf zunehmend als Treffpunkt von Alkoholikern, Obdachlosen und Krawallmachern beschrieben. Während einige Teilnehmer dies als ganz normal rechtfertigten – „Das hat man überall. Und es gibt Punkte, wo sich Jugendliche treffen. Hier ist das nun mal das Ladenzentrum“⁵⁵ –, beschreiben andere Anwohner_innen die Situation aus einer entgegengesetzten Perspektive.

Also ich habe voll die Action, weil ich in einem Hochhaus wohne und ich [kriege] alles mit, was im Ladenzentrum los ist. Deswegen sage ich ja, ich gehe auf jeden Fall weg. Man hat auch keine Möglichkeit, irgendwo anders ... man muss ja ständig da lang gehen.⁵⁶

Dies wird durch andere Aussagen ergänzt, die Einbrüche⁵⁷, Vandalismus oder Verschmutzung in der Ladenzeile thematisieren.

52 Lothar, Holtenser Berg 1.

53 Waldemar; Irina, Holtenser Berg 2.

54 Lothar, Holtenser Berg .

55 Georg, Leineberg 2.

56 Heike, Leineberg 2.

57 Manfred, Leineberg 2.

Der Spielplatz da vorne. Da ist der Sandkasten abgebaut worden. Und wenn ich dann mal auf dem Balkon eine rauche, wird morgens früh um halb zehn ... sitzen da welche mit ihren Bierflaschen. Oder wenn eine Pizza oder ein Döner gegessen wird, wird alles dahin geschmissen.⁵⁸

Ja, und dann muss man ja nur mal in der Zeitung meinetwegen mal lesen, [...] dass da mal wieder im Ladenzentrum was verwüstet worden ist.⁵⁹

Auch der Drogenkonsum wird von den Gesprächsteilnehmer_innen als weiteres Problem des Leineberg-Viertels beschrieben.

Und ansonsten gibt es aber auch Drogenprobleme...⁶⁰

Drogen ja. Drogenprobleme gibt's extrem.⁶¹

[...] Allerstraße 27 ist [...] der soziale Brennpunkt. Das große Haus, ja. Sozialer Brennpunkt, wo es im Prinzip alles gibt, was man bekommen kann.⁶²

Ähnliche Probleme werden auch am Holtenser Berg thematisiert. Auch hier scheint Vandalismus ein Problem zu sein⁶³. Ebenso erzeuge schlechte Straßenbeleuchtung in Teilen des Viertels für einige Bewohner_innen ein Gefühl der Unsicherheit.

Auch in Grone dominieren, je länger die Gespräche währen, die Negativdarstellungen, Probleme und Hindernisse des alltäglichen Lebens die Darstellungen der Gesprächsteilnehmer_innen. So werden – insbesondere von älteren Bewohner_innen – die hygienischen Zustände im Stadtviertel als Problem wahrgenommen. Es wird beschrieben, dass manche Bewohner_innen ihren Müll einfach auf den Boden werfen, Einkaufswagen im Hausflur abstellten und

so das gesamte Wohnhaus verkomme. Die Hausverwaltung würde sich indes nicht um solcherlei Probleme kümmern.

Die Hausmeister, die kommen gar nicht. Ich denke mal, wenn Hausmeister täte in einer Woche einmal kommen, dann wäre Ordnung. Aber so ...⁶⁴

Auch die Berichte der Groner Bewohner_innen über einen Drogenumschlagsplatz inmitten des Quartiers, Massenschlägereien oder gar Schusswechsel stehen in einem scharfen Kontrast zu den positiven Eingangserzählungen. Allgemein wird – zumindest von einem Teil der Bewohner_innen – ein deutlich eingeschränktes Sicherheitsgefühl konstatiert, das von anderen wenn auch nicht geteilt, doch nachvollzogen werden kann.

Ja, die ... fangen wir jetzt mit ... die Kriminalitätsrate hier. Also hier, um aufzuwachen für die ganzen Kinder und so, ist eigentlich total Scheiße, um ehrlich zu sein.⁶⁵

Gleichzeitig allerdings führen viele der Gesprächsteilnehmer_innen in allen drei Stadtvierteln an, dass in ihrem Stadtteil eine enorme nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft vorherrsche.

Also bei uns, vor zehn, fünfzehn Jahren, unsere Nachbarn waren sehr zugeknöpft, zurückhaltend. Mittlerweile tauschen wir uns so aus. Der eine kocht für den einen, der andere kocht für den anderen oder da backt der eine für den anderen. Also das ist, wo wir ... in dem Block, wo wir wohnen, in dem Eingang ist die Gemeinschaft sehr stark. Also gerade für die ersten zwei ... vier Mietparteien im untersten Bereich. Also es ist schon sehr positiv.⁶⁶

58 Wolfram, Leineberg 1.

59 Manfred, Leineberg 1.

60 Birgit, Leineberg 1.

61 Manfred, Leineberg 1.

62 Wolfram, Leineberg 1.

63 Marion; Thomas, Holtenser Berg 1.

64 Erika, Grone 1.

65 Helmut, Grone, 1.

66 Wolfram, Leineberg 1.

In allen Stadtteilen engagieren sich Teile der Bevölkerung für ihre Umgebung und fühlen sich für ihre Umgebung verantwortlich. Auf die Frage, wer das Quartierszentrum in Grone mit Leben fülle, antwortete eine Teilnehmerin entschieden: „Das sind wir, das sind Bürger.“⁶⁷ In anderen Stadtteilen zeigten sich insbesondere die engagierten Gesprächsteilnehmer_innen zwar häufig bereit, sich für ihren Stadtteil einzusetzen. Allerdings wird ebenso oft eine deutliche soziale Schieflage konstatiert. So beschreibt beispielsweise ein Gesprächsteilnehmer in Grone-Süd die Situation wie folgt:

Weil hier ist die Perspektive voll im Arsch. Hier werden keine Gelder [...] Irgendwo reingesteckt. Hier sind die alle kriminell und denen geht's hier auch um ehrlich zu sein richtig scheiße, wenn ich sehe, [...] wie die Leute das hier hinkriegen, das ist schon echt krass. Weil das sind meines Erachtens Lebenskünstler. [...] beispielsweise ich habe einen Freund, der wohnt hier, [...] er ist alleinerziehender Vater, muss aber halt arbeiten gehen. [...] Er kann jetzt beispielsweise seine Tochter eben niemandem geben, weil er [...] hier niemanden hat. Und hier in Grone zum Beispiel eine Kita zu finden, das ist unmöglich. Also keine Chance.⁶⁸

Grundsätzlich scheinen die Bewohner_innen in allen drei Vierteln nicht unzufrieden mit ihren Vierteln. Sie beschreiben sehr detailliert die verschiedenen Vorzüge des Lebens am Leineberg, am Holtenser Berg oder in Grone. Sie nehmen aber auch sehr genau die infrastrukturellen oder sozialen Problemlagen wahr, die ihre jeweiligen Viertel prägen.

Politikwahrnehmungen

In diesem Zusammenhang werden auch Bezüge zur Politik deutlich. Viele Teilnehmer_innen gaben zwar an, sich nicht mit Politik zu beschäftigen, Politiker_innen zu miss-

trauen⁶⁹, Politiker_innen als eigennützig anzusehen – „Und die Politiker: jeder denkt nur an sich und seine Täschen vollzumachen“⁷⁰ – oder in der Auseinandersetzung mit politischen Themen keinen Sinn zu sehen, da es für ihr Leben keinen Unterschied mache:

Bleibt doch eh alles gleich und wird nicht besser. Also weswegen?⁷¹

Jedoch wurden, im Kontext des Wohnumfeldes, auch dezidierte Forderungen und Wünsche an die Politik gerichtet. Ebenso wurden Politiker_innen auf dieser Grundlage einer strengen Wertung unterzogen. Auf die Frage, wie man Politik im Viertel überhaupt wahrnehme, äußerte sich beispielsweise ein Teilnehmer vom Holtenser Berg exemplarisch für viele im Gruppensample:

Das ist, wenn Wahlkampf ist, [...] dann sieht man irgendwo eventuell [...] den Oppermann Würstchen verkaufen. Irgend so eine Würstchenbude mit so einem Wahlstand, wo die großen Plakate hängen. Aber dann hängen da auch so Schilder, wer da kandidieren tut. Aber die Frage, die ich mir dabei stelle, ist: Wen soll man denn da überhaupt wählen? Weil man weiß doch gar nicht, wer das da ist auf dem Plakat. Weil man hat über diese Menschen noch nie was gehört!⁷²

Kaum ein Politikerbild wird so häufig verwendet wie jenes vom Wahlkämpfer, der sich nur alle vier Jahre kurz vor dem Urnengang für die Menschen interessiert, mit einem Stand, Luftballons und Bratwürsten im Viertel auftaucht und anschließend wieder in der Versenkung verschwindet. Trotz dieser zum Teil herben Kritik wird von den Teilnehmer_innen erwartet, dass Politiker_innen Einfluss auf Missstände im Viertel nehmen. Ein Teilnehmer führt hier ein Beispiel aus dem Bereich Mietsteigerung am Leineberg an:

67 Anastasia, Grone 1.

68 Helmut, Grone 1.

69 Regina, Leineberg 1.

70 Uwe, Leineberg 2.

71 Natascha, Leineberg 2.

72 Jupp, Holtenser Berg 2.

[...] Also politisch, ob da Politik Einfluss darauf haben könnte, was gerade in der Weserstraße 15–19 passiert, dass alle 24 Parteien ausziehen müssen und das die Mieten verdoppelt werden sollen, ja, da hätte ich schon ein bisschen mehr Einfluss von der Politik oder von der Stadtverwaltung [erwartet].⁷³

Dementsprechend werden Politiker_innen, die außerhalb von Wahlen und der Instrumentalisierung unverdächtig die Viertel besuchen und sich über Missstände oder Bedürfnisse informieren, durchaus als positive Beispiele wahrgenommen:

[...] [I]m Rahmen der Oberbürgermeisterwahl dann auch wieder Kontakte gegeben und der jetzige [OB] Köhler hat also dieser Bürgerinitiative, da kenne ich ganz viele von, deswegen weiß ich auch ein bisschen drüber, hat dann vorgeschlagen, mal einen Rundgang zu machen beispielsweise. Ja so findet dann hier also Politik statt. Aber ansonsten eigentlich von den Bürgern.⁷⁴

Gleichwohl ist auch an diesen Stellen oft ein grundsätzliches Misstrauen zu spüren, ob Politiker_innen überhaupt ein Interesse für die Lebenswirklichkeiten von Menschen aufbringen könne. Entsprechend überwiegen Vorsicht und Misstrauen, wenn es um Politik geht. Dem steht die freilich auch oft angesprochene Haltung gegenüber, dass Politik idealerweise von den Bürger_innen betrieben werde:

[Es ist die] einzige Möglichkeit – meiner Meinung nach – [...] [A]uf Landesebene oder so, kriege ich nichts mehr. Aber hier in so einem kleinen ... Rahmen kann man noch was machen [...]. Ich engagiere mich hier und das ist meine Politik [...] Und die werde ich weitermachen. Ich bin zwar interessiert, und wie gesagt, wenn da irgendwas ist, dann gehe ich auch mal zu einer Sitzung und höre mir das an oder sage da auch mal 'nen Ton[...].⁷⁵

Jeder Stadtteil offenbart in den Gruppengesprächen spezifische Problemlagen. Dennoch scheinen die Bewohner_innen nicht unzufrieden mit ihrem Viertel zu sein, benennen aber klare Probleme und wünschen sich Veränderungen sowie Unterstützung von Politiker_innen. Während einige Bewohner_innen Problemen eher gleichgültig gegenüberstehen – Ich sehen ganz normal. Ich hatte schlechte Leben gehabt. Und für mich ist alles normal. [...] Ich bin sehr zufrieden.⁷⁶ – sind andere Bewohner_innen willens, sich für ihre Umgebung einzubringen. Viele Teilnehmer_innen schienen sich in mit ihrem jeweiligen Stadtteil zu identifizieren und Bereitschaft zu zeigen, ihn gegen den negativen Ruf zu verteidigen.

Hierbei wurde ein an die politischen Repräsentant_innen attestierter Handlungsbedarf deutlich. Politik wird in den Vierteln allerdings oftmals als auf die Zeit des Wahlkampfes und der Wahl beschränkt wahrgenommen. Veränderungsabsichten der Politik werden auf diese Weise als zweifelhaft und opportunistisch empfunden. Die Bewohner_innen erwarten, dass sich ihre politischen Vertreter vor allem abseits der höheren Politikebenen auch mit den Widrigkeiten ihres alltäglichen Lebens auseinandersetzen und einen Betrag dazu leisten, das viertelindividuelle Leben zu bestärken. Besonders die städtischen Lokalpolitiker_innen werden an diesen Stellen in den Gruppendiskussionen in die Pflicht genommen und mit der Erwartung konfrontiert, vor Ort präsent zu sein und engeren Kontakt und Einsichten in die Lebenslagen vor Ort zu besitzen. Wenig wird dabei zwischen Politik und Verwaltung unterschieden und beide erscheinen in den Gesprächen als vor allem auf der Stadtebene auf das engste verwoben. Politiker_innen müssten daher Stadtviertel- und quartiere als politische Handlungsebene begreifen, ihre Handlungsmöglichkeiten und Spielräume und auch ihre Aufgaben in Abgrenzung zur Verwaltung deutlich machen und zudem ihr Engagement auch abseits des Wahlkampfes in benachteiligten Stadtvierteln und -quartieren intensivieren, um hier verloren gegangenes Ver-

73 Wolfram, Leineberg 1.

74 Manfred, Leineberg 1.

75 Helmut, Grone 2.

76 Roswitha, Grone 1.

trauen wieder zu gewinnen. Dies sind bisweilen altbekannte Forderungen an eine als abgehoben titulierte Politik und deren Protagonist_innen. In den Gesprächen wird aber an diesen Stellen sichtbar, dass die Wahrnehmung der unterschiedlichen Politikebenen – und besonders auch der Lokalpolitik – durchzogen ist von einem tiefen Misstrauen gegenüber den Motiven und Beweg-

gründen der Politiker_innen. Jeder Versuch, dem entgegen zu wirken, müsste folglich mit dem Versuch Vertrauen bildender Maßnahmen ansetzen, welche unterstreichen müssten, dass es nicht um eine durchsichtige Instrumentalisierung der Menschen zur Stimmabgabe geht, sondern um ein ernsthaftes Interesse an der Verbesserung ihrer Lebenssituation.

5. Migrant_innen und ethnische Diversität in den Vierteln

Unterschiedliche Perspektiven auf das Thema Migration

Das Thema der Migration und des Zusammenlebens in kulturell diversen Vierteln war in allen Gesprächsrunden präsent. Dies lag zum einen an der im Jahre 2015 medial nicht zu übersehenden Diskussion über ansteigende Flüchtlingszahlen in Deutschland, zum anderen bildete sich über dieses Thema die spezifische Lebenslage vieler Menschen und ihrer sozialen Nahräume der betrachteten Viertel ab. In den Fokusgruppen am Leineberg, wo der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung nur 24,9% beträgt, noch eher hintergründig, als ein Thema von vielen. Auf dem Holtenser Berg – geprägt von einer großen russischstämmigen Community – und insbesondere in Grone-Süd bestimmten die Themenkomplexe Integration, Zuwanderung und migrantische Selbstsicht dagegen größere Teile der Diskussionen. Dabei währten die Gesprächsrunden meist nur wenige Minuten, bis die Teilnehmer_innen auf die ethnische Heterogenität in den Stadtvierteln zu sprechen kamen. Analytisch ist hierbei das Sprechen über Migration als alltagsweltliches Phänomen von der Selbstsicht und Einstellung der Fokusgruppen-Teilnehmer_innen mit Migrationshintergrund zu trennen, obgleich diese Perspektiven in den Gesprächsrunden oft zusammenfielen und von den jeweiligen Sprechern unter wechselseitiger Bezugnahme artikuliert wurden. Für eine grobe Unterscheidung in Gesprächsteilnehmer_innen mit und ohne Migrationshintergrund spricht auch die selbst artikuliert Gruppenzugehörigkeit. Die eigene Gruppe wird von zahlreichen Gesprächsteilnehmer_innen über ethnische Merkmale definiert und so von „den anderen“ abgegrenzt. So ist in den Gesprächen oft von „den Deutschen“ und „den Ausländern“ die Rede. Dabei ist für die Gesprächsteilnehmer_innen mit Migrationshintergrund das

„Ausländersein“ innerhalb des Quartiers sowohl eine positive identitäre Kategorie wie jedoch gleichermaßen Grund für negative Stigmatisierungserfahrungen – sowohl die eigene Person wie auch das gesamte Viertel betreffend.

Das ist nämlich genau das, was mich so stört. Es gibt nämlich auch viele Vorurteile gegenüber Grone. Wenn man beispielsweise über Grone [...] bei Google eingibt, steht da „Problemviertel“ und hier würden ja so viele Ausländer leben und die erreichen alle nichts.⁷⁷

Migration und Zusammenhalt im Viertel

In den Diskussionen über den Themenkomplex Migration bildet stets das eigene Quartier als kollektiver Erfahrungsraum für die Gesprächsteilnehmer_innen die zentrale Bezugsgröße. Chancen und Herausforderungen ethnisch pluraler Gesellschaften werden vor dem Hintergrund unterschiedlicher Beispiele und Erfahrungen aus der Alltagswelt erörtert und bisweilen hitzig diskutiert. In allen drei untersuchten Stadtteilen wird dabei der Themenkomplex Migration allerdings vor dem Hintergrund des Zusammenhalts im Viertel diskutiert, welcher als übergreifender Deutungsrahmen fungiert.

Aber auf der anderen Seite, ja diese ... wie soll ich das ausdrücken? Dieses Gemeinschaftsgefühl, wie es das in anderen Stadtteilen gibt, gibt es hier nicht. Das heißt, hier gibt's mehr mit Zusammengehörigkeitsgefühl von Familien, [...]. Die halten alle zusammen. [...]Die verstehen sich. Nur das Zusammenleben mit anderen, das ist also sehr, sehr schwierig geworden.⁷⁸

77 Anastasia, Grone 1.

78 Jochen, Grone 1.

Für einen Großteil der Gesprächsteilnehmer_innen aus allen Altersstufen markiert der lokale Zusammenhalt innerhalb der Viertelstrukturen eine wichtige und zentrale soziale Norm, die sie jedoch in der Lebensrealität als brüchig und kaum noch ausgeprägt empfinden. Das Idealbild einer Gemeinschaft und kollektiven Viertelidentität wird in den Gesprächen einerseits lautstark verteidigt, andererseits aber durch die geschilderten alltagsweltlichen Erfahrungen immer wieder konterkariert. Vielstimmig kritisieren die Gesprächsteilnehmer_innen so ein immer stärkeres Aneinander-Vorbeileben verschiedener (ethnischer) Gruppen und verfestigte Parallelstrukturen.

Ich habe [...] das Gefühl, dass sich die Leute, die hier in diesem bestimmten Blocks und so weiter wohnen, die sind ja auch teilweise sehr stark aus einem Land oder Region, dass die sich ganz selten vermischen mit den Deutschen. Also die bleiben unter sich, ob das auf dem Fußballplatz ist, ob das im Supermarkt ist, überall. Ich habe das auch beobachtet, also es ist schwer, mit denen Kontakt aufzunehmen. Ich habe es mehrmals versucht und ich schätze mich auch selber ein, dass ich also offen auf Leute zugehe, ich bin sehr kommunikativ, aber die machen dicht.⁷⁹

Ich hab viele Nachbarn bei uns in den Häusern, also unmittelbar im Nachbarhaus, die sagen, ich will eigentlich mit allen gar nichts zu tun haben: Vom Sozialgefüge [hat das hier] schon sehr abgebaut. [...] Und [die fehlende Kommunikation] ist dann tatsächlich, glaube ich, der Grund dafür, dass die Leute sich zurückziehen, dass sie trinken, dass sie Grüppchen bilden und dass sie sich immer mehr einigeln. Und ich bin mit Sicherheit keiner, der von vornherein, wenn er jetzt einen ... neuen Russen-Deutschen kennenlernt, von vornherein mit einem Vorurteil behaftet ist. Es ist meine Momentaufnahme, meine Erfahrung und die Tendenz, die ich hier erlebe.⁸⁰

Diese Entkopplung zeige sich vor allem in alltäglichen Gesten: Auf der Straße und im Supermarkt grüße man sich nicht mehr, in den Hausfluren, huschten die Mieter_innen aneinander vorbei, möglichst ohne dabei ein Wort miteinander zu wechseln. Gerade die Zugezogenen empfinden den anonymen Umgang und die Wahrnehmung bestehender „Parallelgesellschaften“ als besonders frapierend. Deutlich artikulieren sie – insbesondere in Grone Süd – ein latentes Bedrohungsgefühl, das in ihrer Wahrnehmung auch aus dem sozial und räumlich fragmentierten Charakter des Stadtteils resultiere. Einzelne Straßenzüge, die als besondere „Brennpunkte“ gelten, traue man sich schon gar nicht mehr zu betreten und abends vermeide man nach Möglichkeit ganz, die eigene Wohnung zu verlassen.

Also abends jetzt um 22 [Uhr] gehe ich hier auch nicht mehr lang. Ne?⁸¹

Ja, machen wir auch nicht.⁸²

Wie gesagt, wir gehen bestimmten Gefahren ... potenziellen Gefahren aus dem Weg und wir halten uns ... ich sag mal ... zu Zeiten in der Stadt auf, wo wir keine Probleme sehen. Also ich sag mal bis 20 Uhr, 21 Uhr ... sehe ich keine Probleme.⁸³

Doch auch die entgegengesetzte Perspektive wird – wenn auch wesentlich weniger lautstark – von einigen Gesprächsteilnehmern artikuliert. Diese sind in der Tendenz ressourcenstärker, besser vernetzt und mit ihrer Lebenssituation im Viertel zufriedener.

Also ich weiß ja nicht, wie das bei Ihnen ist, aber ich habe hier oben sehr, sehr viele Freunde. Sehr, sehr viele soziale Kontakte auch. Und das fängt an: der eine ist ein Türke, der andere kommt aus Kasachstan, der kommt aus Russland, der nächste ist ein Libanese

79 Kalle, Grone 1.

80 Lothar, Holtenser Berg 1.

81 Dustin, Grone 1.

82 Hildegard, Grone 1.

83 Gerald, Grone 1.

[...] ich tue jeden akzeptieren, egal wer das ist. Viele Menschen müssten einfach mal hergehen und über ihren Schatten springen und sich einfach mal in der Gesellschaft und auf der Welt umgucken und dann vielleicht das Ganze mal überdenken.⁸⁴

Innerhalb dieses Spannungsverhältnisses zwischen Skepsis gegenüber und Befürwortung der multikulturellen Lebensweisen in den Stadtvierteln bewegen sich die Diskussionen um das Thema Migration in Grone-Süd und auf dem Holtenser Berg. Dabei wird die kritische Einschätzung eines zunehmend segmentierten Sozialgefüges und fehlender kultureller „Durchmischung“ in den Gesprächen auch von den Teilnehmer_innen mit Migrationshintergrund unterstrichen.

[I]ch würde sagen, [...] also 50/50 sollte es eigentlich immer sein. Weil ich finde hier beispielsweise von hundert Leuten wohnen zehn Deutsche hier [...] Ist so. Wenn nicht sogar weniger. Hier wohnen einfach zu viele Ausländer. Und das Gute ist, die ... Ausländer ... also ich rede jetzt mal so, wie ich es halt mitbekommen habe und so, die sind – na klar – alle warmherzig, die nehmen einen gerne auf und so. Aber trotzdem, das fehlt, diese Disziplin, diese Ordnung und auch diese Regeln, die man einfach hat.⁸⁵

[D]ie [das Sozialamt] sorgen auch dafür, dass sozusagen viele Ausländer zusammen gebündelt werden hier. Und dann kann ich auch natürlich nachvollziehen, dass die auch niemals lernen Deutsch zu sprechen. Ich meine, die sind dann unter ihren Leuten ... Das ist auch schwierig. [...] für uns war das auch schwierig ne? Wir sprechen natürlich gut Deutsch, aber das kommt nicht einfach aus Nichts. [...] Und haben auch viele soziale Sachen mitgemacht, auch hier über das Nachbarschaftszentrum. Wir mussten

auch vieles erarbeiten. Und das finde ich eigentlich schade, wenn das so gemacht wird von der Politik, sage ich mal.⁸⁶

Durchaus mit Nachdruck wird hier auf die Aufgabe „der Politik“ verwiesen, dem Auseinanderdriften der sozialen Gruppen entgegenzuwirken. Die Vereinzelung der Menschen auch innerhalb des eigenen Stadtviertels wird dabei zwar bisweilen auch im größeren Kontext umfassender Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse betrachtet und folglich durchaus verbittert als unumkehrbar empfunden. Doch insbesondere die Herausforderungen der Integration gelten unter den Gesprächsteilnehmer_innen als ein Themenfeld, auf dem „die Politik“ gefordert sei, institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein besseres Zusammenleben ermöglichen – und auf dem ihr ein maßgebliches Steuerungspotenzial bemessen wird. Gelungene Integrationsprojekte, wie das Nachbarschaftszentrum in Grone-Süd, dienen dabei über die Viertelgrenzen hinweg als Anschauungsmaterial:

In Grone gibt es Nachbarschaftszentrum. Kennen Sie, ja? [...] In Holtensen da gibt es keine ... keine Nachbarschaftszentrum. Schade.⁸⁸

Ja, das finde ich zum Beispiel auch!⁸⁹

Gar keine Zentrum, wo die Kinder oder Erwachsenen können treffen und bei verschiedenen [Interessen], ja?⁹⁰

Ja, guck doch mal. Am Dienstag gehen wir auf Frühstück, ja? Männerfrühstück und Frauenfrühstück. Das ist immer viel, sieht man Russen, Deutsche, Türken, Irak, Vietnam und ... [unverständlich, Frauen sprechen durcheinander] Und es ist immer so ... [Hier] sitzen die Russendeutsche, die Türkischen, die Deut-

84 Jupp, Holtenser Berg 2.

85 Cengiz, Grone 2.

86 Anastasia, Grone 1.

87 So verwiesen auch die Diskutant_innen auf dem Holtenser Berg und dem Leineberg auf das Nachbarschaftszentrum in Grone-Süd, um die Möglichkeiten erfolgreicher Integrationsarbeit zu illustrieren und aufzuzeigen, wie ein gelungeneres Zusammenleben in den jeweiligen Stadtvierteln ermöglicht werden kann.

88 Waldemar, Holtenser Berg 2.

89 Irina, Holtenser Berg 2.

90 Waldemar, Holtenser Berg 2.

*schen ... zwischen uns und sprechen wir [unverständlich], sprechen Deutsch. Aber jeder tut's auf seine Sprache [unverständlich]. So geht's. Aber es geht. Wir tun zusammen sprechen und tun wir essen und [...] spielen und tun tanzen, jeden Dienstag. Schön! So geht's.*⁹¹

Die Nachbarschafts- und Stadtteilzentren in Grone-Süd und auch auf dem Leineberg betrachten zahlreiche Gesprächsteilnehmer_innen als Beispiele dafür, wie das Zusammenleben funktionieren könne. Als Orte des Zusammentreffens und des Dialogs kommt ihnen in der Darstellung der Gesprächsteilnehmer eine starke – auch symbolische – Funktion zu: Hier bestünden Strukturen, ein institutionalisierter Rahmen, der den Austausch und gemeinsame Aktivitäten fördere und der allenthalben konstatierten Zergliederung, Vereinzelung und Anonymität innerhalb der Viertel entgegenwirke. Gleichwohl wird von einigen Diskutanten auf die begrenzte Reichweite institutionalisierter Treffpunkte hingewiesen. So sei es zwar richtig, dass die Angebote die Interaktion zwischen den Gruppen förderten, doch sei doch nur ein vergleichsweise geringer Teil der Viertel-Bewohner_innen innerhalb der Strukturen engagiert. Die überwiegende Mehrheit werde durch die Angebote nicht erreicht. Dies spiegelt sich in den Diskussionen wieder: Viele kennen die Zentren, die wenigsten allerdings die konkreten Möglichkeiten und Angebote, die sich mit ihnen verbinden.

Selbstsicht der Migrant_innen: Das Viertel als ambivalente Bezugsgröße

In den Diskussionsbeiträgen der Gesprächsteilnehmer_innen mit Migrationshintergrund stellt das eigene Viertel eine vieldeutige, bisweilen widersprüchliche Bezugsgröße dar. Auf der einen Seite markiert es als Heimat einen identitätsstiftenden Fixpunkt in den biographischen Erzählun-

gen. Gerade die jungen, erfolgreichen und aufstiegsorientierten Migrant_innen zeichnen dabei ein äußerst positives Bild ihrer eigenen Kindheit im Viertel.

*Wir sind wirklich seitdem wir klein sind hier in Grone-Süd. Laufen auch überall rum und haben gespielt [...]. Mit unseren ganzen Nachbarn, sei es jetzt wirklich Deutsche, Ausländer oder Migranten oder sonst jemand, also es war wirklich egal, wir haben wirklich in einem Sandkasten gespielt. Alle Kinder sind von überall gekommen.[...]. Ja, also wir wohnen da wirklich seitdem wir klein sind. Und wir haben mitbekommen, wie sich einfach auch Grone-Süd gestaltet hat. Und wie wir mitgestaltet haben.*⁹²

Die jungen Diskutant_innen verweisen auf den starken Zusammenhalt innerhalb ihrer Alterskohorte. Dass man den Widrigkeiten des Alltags gemeinsam getrotzt habe und – insbesondere in Grone-Süd – zusammen daran gearbeitet habe, das unmittelbare Umfeld grüner, sozialer, letztlich lebenswerter zu gestalten wird als prägende biographische Erfahrung empfunden. Dabei berichten die Teilnehmer_innen von zahlreichen positiven Erfahrungen, Anekdoten und Geschichten aus dem Viertel. Die Erfahrung der Wirksamkeit des eigenen Handelns sowie das Gefühl, Teil einer intakten Gemeinschaft zu sein, wirken als überaus eindrückliche biographische Erlebnisse dabei bis weit in die Gegenwart.⁹³

*Aber ich muss sagen, wenn ich abends hier irgendwo weg war und hier langgehe, fühle ich mich richtig sicher. Weil erstens kenne ich hier alle. Und wenn hier irgendwas passiert, ist gleich jemand da. Also ich kann mal ein Beispiel nennen. Hier ist mal ein Kind verschwunden. Und dann hat die Mutter laut geschrien: „Mein Kind ist weg!“ Und ganz Grone-Süd, also wirklich alle sind aufgestanden und haben dieses Kind gesucht. Und deshalb wurde das Kind auch gefunden.*⁹⁴

91 Siglinde, Grone 2.

92 Amina, Grone 1.

93 Das individuelle Gefühl, in ein Halt und Sicherheit stiftendes Sozialgefüge integriert zu sein, steht dabei durchaus in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den allgemein beschriebenen Segregationsprozessen innerhalb des Viertels. Diese werden zwar von den jungen Migrant_innen, wie beschrieben, ebenfalls wahrgenommen, auch durchaus als Problem beschrieben, welches eher „andere“ betrifft. Dies mag auch damit zu tun haben, dass es sich um zurück schauende Deutungen handelt, die von einer gefühlt erfolgreichen Lebensposition aus getätigt werden.

94 Anastasia, Grone 1.

[Besonders schön in Grone ist] der Zusammenhalt hier. Weil ... also ich spreche jetzt aus meiner Erfahrung. [...] So, also hier kann man auf jeden Fall auf die Jungs zählen so. [...] Ich meine einfach, wenn es dir emotional oder irgendwie dir fehlt gerade was und so, dann sind die Jungs da.⁹⁵

Auf der anderen Seite sind mit der Verwurzelung im Viertel auch schmerzhaft Erfahrungen der Zurückweisung und Ausgrenzung in anderen sozialen Kontexten verbunden. Das Urteil des „Problembezirks“, des „sozialen Brennpunkts“ wird als unfair und unzutreffend wahrgenommen. Sicher, auch hier gäbe es Probleme, Reibereien und Schwierigkeiten im alltäglichen Zusammenleben, doch rechtfertigt dies nicht die herablassende, vorverurteilende Haltung mit der in den gutsituierten Vierteln auf Grone-Süd oder den Holtenser Berg und seine Bewohner_innen geblickt werde. Die Stigmatisierung der Viertel – in allen Gesprächsrunden ein lautstark beklagtes Problem – wird insbesondere von den ressourcenstarken Migrant_innen als unbegründete Geringschätzung wahrgenommen. Amina aus Grone Süd etwa schildert mit Empörung in der Stimme, dass ihnen ihr Migrationshintergrund diese Stigmatisierung besonders stark vor Augen geführt wird, wenn sie auf Gleichaltrige außerhalb des eigenen Viertels treffe:

[I]m Sommer war ich bei einer Freundin hier auf dem Geburtstag. Sie hat Studenten der Göttinger Uni bei sich gehabt. Und irgendwann nachts habe ich gesagt: „Ich muss jetzt nach Hause“. Und dann haben die gefragt: „Wohin musst du denn?“ Und dann habe ich gesagt: „Ich muss noch nach Grone-Süd.“ Und dann gingen die Augen auf: „Grone-Süd? Da brennen doch die Mülltonnen“. Und so was. Und dann habe ich erst mal gesagt: „Nein, es ist nicht so und ich fühle mich wohl.“ Und ich habe das so oft erlebt, dass einfach dann im Kopf irgendwelche Vorurteile verankert sind, wo man dann sagt: Du gehst jetzt in ein Kriegsgebiet oder sonst was.⁹⁶

Wenn du sofort in Göttingen reinkommst und die ganzen Akademiker, die ganzen Studenten, die ich alle kenne und so, wenn die einmal so hören, ich wohne in Grone [...] weil also Grone grundsätzlich hat den Ruf „ey, Scheiße“. Aber Grone-Süd so ... ganz schlechter. Ja?⁹⁷

Die Stigmatisierung der Stadtviertel schlägt sich folglich auch auf die Lebensperspektiven der Bewohner_innen – mit und ohne Migrationshintergrund – nieder. So wird allgemein ein Widerspruch zwischen dem Aufstiegsversprechen moderner Gesellschaften und den tatsächlichen Chancen der Bewohner_innen sogenannter „Problemviertel“ konstatiert. Jede/r der jungen, im Viertel geborenen Migrant_innen kann auf vielfältige Anekdoten und einprägsame Kränkungerfahrungen verweisen, die die Hürden in der eigenen (Bildungs-)Biographie illustrieren. Der Weg, aus den festen Strukturen des Stadtteils ausbrechen, sich von dem Stigma zu lösen und als Teil der Mehrheitsgesellschaft auch in besseren Vierteln der Stadt anerkannt zu werden, wird dabei allenthalben als beschwerlich beschrieben.

[W]enn du hier erst mal drinne wohnst, hier rauszukommen ist schwer [...]. Die Leute werden einfach aussortiert. Und das ist das Problem. Glauben Sie mir, ich spreche aus Erfahrung. Ich weiß das.⁹⁸

Also wir leben hier schon alle gut zusammen. Nur ist es schwieriger für die Leute sozusagen rauszukommen oder was zu erreichen. [...] Ich hatte zum Beispiel nur Einsen auf dem Zeugnis auf der Grundschule. Mir wurde gesagt: „Ach du, ne, geh doch lieber auf eine Realschule, du schaffst doch das Gymnasium gar nicht“. Und das wurde nur gesagt, weil ich einen Hintergrund habe [...]. Und ich bin dann trotzdem aufs Gymnasium gegangen und hab auch als Abiturbeste abgeschlossen.⁹⁹

95 Cengiz, Grone 2.

96 Amina, Grone 1.

97 Cengiz, Grone 2.

98 Cengiz, Grone 2.

99 Anastasia, Grone 1.

Wenn die Hindernisse jedoch überwunden werden, wird dies – auch dieser Eindruck ist prägend – oft als Ergebnis der eigenen Zähigkeit, des Ehrgeizes und Aufstiegswillens gedeutet. Sozialstaatlichen Unterstützungen, Bafög, Kindergeld oder finanzielle Subventionen der Unterrichtsmaterialien, werden zwar in Anspruch genommen und durchaus auch goutiert. Ihr Einfluss auf die individuelle Erfolgsgeschichte wird jedoch eher als gering eingeschätzt.

Politikwahrnehmung der Gesprächsteilnehmer_innen mit Migrationshintergrund

Indes sind in dieser Frage auch Gegenstimmen vernehmbar. Von ihnen wird der bundesrepublikanische Wohlfahrtsstaat als wesentliche Errungenschaft empfunden. Man lobt – gerade auch mit Blick auf die eigenen Herkunftsländer bzw. die der Eltern – die Unterstützung des Staates für sozial schwache Familien und führt diese positiv empfundene staatliche Aktivität in den Gesprächsrunden gegen die Politikverachtung der Mitdiskutant_innen an.

Es wurde ja viel abgeschafft, aber ich sag mal so: Ich kriege das viel mit, dass der Staat auch viel für die Kinder da ist. Zum Beispiel dass mein Sohn gehen kann zur Schule wird auch vom Staat ein Teil finanziert [...]. Also so arm sind wir auch alle nicht dran, wie es behauptet wird, ne? Also ich finde, es ist nicht schlimm, wenn man einen Antrag ausfüllt, geht hin und dann bezahlen sie dir 300 Euro, dass dein Sohn oder Tochter für eine Woche [nach] Barcelona fliegen kann. Wo gibt's das? Sagen Sie mir mal.¹⁰⁰

Derart positive Bezugnahmen auf staatliches Handeln und politische Entscheidungen bilden in den Diskussionen jedoch die Ausnahme. Sowohl unter den älteren wie auch unter den jungen, aufstiegsorientierten Migrant_innen überwiegt bezüglich „der Politik“ eine skeptische, distan-

zierte Grundhaltung. Die Politik wird als elitär, abgehoben empfunden. Sie bewege sich in „irgendwelchen Sphären“¹⁰¹ und sei für die einfachen Bürger_innen weder erreichbar, noch könne man die Entscheidungen nachvollziehen. Politiker_innen seien unehrlich, unauthentisch und „wie die Versicherungsvertreter“¹⁰² hauptsächlich daran interessiert, sich selbst zu verkaufen und ihren eigenen Nutzen zu mehren – so die klischeehafte Kritik einiger, aber doch nicht aller migrantischen Gesprächsteilnehmer_innen. Dabei fiel auf, dass in der Mehrzahl der Gesprächsrunden durchaus ein recht differenziertes Bild davon besteht, was dem Bereich des „Politischen“ zuzurechnen sei. Zwar war die nationale Ebene in den Diskussionen oft die erste Assoziation, doch weisen insbesondere die jungen Gesprächsteilnehmer_innen mit Migrationshintergrund darauf hin, dass „Politik“ auch auf den unteren Ebenen, bis hinein in das eigene Quartier von Bedeutung seien. Gleichwohl: Auch die Lokalpolitik wird von ihnen als weitgehend unnahbar empfunden. Etablierte Partizipationsstrukturen und Kommunikationskanäle, denen sie vertrauen, die ihnen bekannt sind, würden fehlen und wenn man als Bürger_in einmal gefragt werde, sei doch davon auszugehen, dass die eingebrachten Vorschläge ohnehin kein Gehör fänden.

*Also zum Beispiel habe ich hier so einen Infokasten. Und da stand drin, es soll ein neuer Spielplatz gemacht werden. Welche Meinung haben Sie dazu? Oder es wurde auch ... war es über das Internet, wie die Buslinien ... Wir wurden auch zu den Buslinien jetzt gefragt, bevor die eingesetzt wurden. Wie finden Sie das? Was würden Sie verbessern? Was ist Ihnen wichtig, vor acht Uhr, wo Sie hinkommen sollen mit dem Bus oder so.¹⁰³
Aber geändert wurde nichts.¹⁰⁴*

Zudem geben etliche Gesprächsteilnehmer_innen mit Migrationshintergrund recht freimütig zu, dass ihnen auch das Wissen über Beteiligungsmöglichkeiten fehle bzw. sie

100 Irina, Holtenser Berg 2.

101 Maria, Grone 2.

102 Cengiz, Grone 2.

103 Anastasia, Grone 1.

104 Amina, Grone 1.

sich nicht kompetent dazu fühlen, ihre Meinung einzubringen. Das Selbstbewusstsein anderer Diskutant_innen, bei Problemen mit der Müllentsorgung „einfach mal dem Oberbürgermeister oder seinem Vorzimmer“¹⁰⁵ zu schreiben, fehlt ihnen oft. Auf positive Erfahrungen in der Interaktion mit Politik können nur die wenigsten zurückblicken.

*Zum Beispiel, das weiß ich auch gar nicht, hat Grone überhaupt einen Bürgermeister oder so? Das weiß ich nicht [...].Nee, ich weiß die Bundeskanzlerin, ich weiß Innenminister, Außenminister. Aber ich weiß nicht in Göttingen-Grone, wer Bürgermeister ist.*¹⁰⁶

Der kritischen Grundeinstellung gegenüber Politik und Parteien sowie der skeptisch eingeschätzten eigenen Beurteilungskompetenz steht indes – und dies markiert auch einen Unterschied zu einigen deutlich politikverdrosseneren deutschstämmigen Gesprächsteilnehmer_innen – eine gewisse Nachfrage nach diskursiven Räumen gegenüber. Es wird der deutliche Wunsch artikuliert, dass mehr über Politik gesprochen wird und man im Alltag mehr erfahre. Die Rolle der Massenmedien als Vermittlungsinstanz politischer Inhalte wird dabei von den Gesprächsteilnehmer_innen mit Migrationshintergrund sehr explizit in Frage gestellt: Vieles „wird nicht hier gezeigt“¹⁰⁷, beschönigt oder verschwiegen und man müsse, darauf achten „was nicht gesagt wird“.¹⁰⁸ Stattdessen wünscht man sich mehr direkte Formen der Kommunikation mit, aber auch über Politik:

*Bei mir ist das so, ich rede viel mit meinen Eltern. Ich rede mit meinem Mann [...] Wie schon ich versuche zu sagen: Man bringt das nicht an den Menschen. [...] Ich denke mal von Lebensjahr so 22 bis 30 sind diese komplett weg [...] [D]ie kennen wenig von deutsche Politik überhaupt allgemein, sehr wenig. [...] Ich glaube uns in Russland wurde mehr beigebracht. Wirklich! Und das geht verloren [wenn man nicht darüber spricht]. Ganz einfach.*¹⁰⁹

Insbesondere die osteuropäischen Migranten blicken vor dem Hintergrund der umfassenden Politisierung der Öffentlichkeit in ihren Herkunftsländern beinahe verwundert auf eine ihnen typisch erscheinende deutsche Politikferne. Dabei wünschen auch sie sich nicht in erster Linie eine stärkere Verhandlung weltanschaulicher Fragen oder politischer Großthematiken. Wie die in Deutschland geborenen Gesprächsteilnehmer denken die migrantischen Diskutanten Politik stark aus einer lokalen, an den unmittelbaren Bedürfnissen orientierten Perspektive. Über bundespolitische Themen wurde – obgleich etwa die Flüchtlingskrise während des Erhebungszeitraums die Debattenlage stark bestimmte – in den Diskussionsrunden kaum gesprochen. Vielmehr sind es lokale, quartiersbezogene Fragen, die die Gesprächsteilnehmer als drängend empfinden und von denen man sich wünscht, sie innerhalb des politischen Prozesses artikulieren zu können. Hierfür, so der Wunsch, sollten niedrigschwellige Angebote vor Ort geschaffen werden, da schon die Auseinandersetzung mit den bürokratischen Strukturen eine hohe Hürde bedeute.

*Wenn man generell Schwierigkeiten hat so Formblätter auszufüllen, ist das was ganz anderes. Und man darf nicht [zu den Ämtern] gehen und denken, die helfen einem. Die Hilfe musst du dir woanders holen.*¹¹⁰

Dabei bestehen zumindest in zwei von drei untersuchten Stadtteilen deutlich konturierte vopolitische Räume innerhalb der migrantischen Gemeinschaft, die den Parteien und der Politik als Adressat und Anschlussstelle dienen können. Mit dem Ost-West-Verein verfügen die osteuropäischen Migranten auf dem Holtenser Berg über einen eigenen organisatorischen Zusammenschluss, zudem sind einige der gut vernetzten Russlanddeutschen in der örtlichen Bethlehem-Gemeinde aktiv.¹¹¹ Auch in Grone-Süd bilden das Nachbarschaftszentrum und die Gesprächsrunden und Hobbygruppen, die sich in diesem Umfeld bilden, einen solchen Anknüpfungspunkt.

105 Kalle, Grone 1.

106 Cengiz, Grone 2.

107 Irina, Holtenser Berg 2.

108 Achim, Leineberg 1.

109 Irina, Holtenser Berg 2.

110 Kai, Holtenser Berg 2.

[A]ber dass einfach die Politik oder einfach die Politiker sich vielleicht auch noch die Institutionen als Anhaltspunkte dann sozusagen aussuchen oder einfach nehmen, um dann uns zu erreichen. Also das Nachbarschaftszentrum war ja ganz klein unten in der [Sollingstraße] 2c [...]. Da haben wir viel mit denen [der Politik] agiert und uns engagiert.¹¹²

Engagement und Beteiligung

Der Distanz und Ablehnung gegenüber der konventionellen, hergebrachten Politik, ihren Organisations- und Partizipationsformen, steht dabei eine grundsätzliche Bereitschaft gegenüber, informelle, flexible Formen zivilgesellschaftlicher Beteiligung zu erproben. Während feste Mitgliedschaften und regelmäßige Treffen auf die Teilnehmer_innen in der Tendenz eher abschreckend wirken, sind sie für eher spontane und unmittelbar am Quartier orientierte Formen der Beteiligung aufgeschlossener. Dies gilt vor allem für die jungen, aufstiegsorientierten Migrant_innen. Innerhalb der lokalen Zusammenhänge ist bei ihnen eine hohe Bereitschaft vorhanden, sich zu engagieren, Freizeit zu opfern und die eigenen Erfahrungen auf vielfältige Arten weiterzugeben.

Ich komme einfach her und sage: „Ich habe jetzt Semesterferien, ich habe Zeit, ich möchte gerne ehrenamtlich arbeiten, habt ihr gerade irgendwelche Ideen? Und da hat sie mich gefragt: "Was machst du momentan?" Hab ich gesagt: „Ja, ich studiere Zahnmedizin.“ Also habe ich dann einfach eine Power-Point-Präsentation vorbereitet und den Kindern erzählt, wie man die Zähne putzt hier. Also irgendwie

so, man kommt einfach auf so Ideen. Oder ich gebe halt Hausaufgabenbetreuung für Kinder, die sich keine Nachhilfe leisten können. Aber es kommt halt von mir aus dann zum Beispiel.¹¹³

Die eigene Identifikation mit dem Viertel, die lokale Verwurzelung und Verbundenheit sind dabei zentrale motivationale Ressourcen. Das persönliche Engagement ist mithin stark an den Wunsch gekoppelt, die Dinge vor Ort positiv zu gestalten und letztlich dem Stigma des „Problemviertels“ etwas entgegenzusetzen und positive Veränderungsprozesse in Gang zu bringen.

Ich bin ein Mensch, ich würde mich gerne organisieren für viele Dinge. Und wenn ich sowas sehe, was in meiner Hand ist [...] also ich bin da immer gerne dabei und mich stört es nicht.¹¹⁴

Um den Ehrgeiz zu entwickeln selbst anzupacken, bedarf es dabei durchaus einer gewissen Selbstsicherheit. Zurückliegende Positiverlebnisse und Selbstwirksamkeitserfahrungen sind dabei eine zentrale Bedingung zur Entfaltung und Verstetigung des Engagements. Ältere Gesprächsteilnehmer_innen mit Migrationshintergrund konnten hierauf oft nicht zurückgreifen. Für sie, die zudem noch oft unter Unsicherheiten, ob der mangelnden Deutschkenntnisse leiden, ist auch eine ungebundene, „moderne“ Form der Beteiligung bzw. allgemein die Idee, selbst etwas zu verändern, nur schwer vorstellbar. Politik im Allgemeinen wird hier mit einem gewissen Fatalismus betrachtet. „Ich kann das nicht ändern. Und das bleibt so“, lautet eine der apodiktischen Formulierungen. „Ich tue mich nicht darum kehren. [...] Die Politik, kehre ich mich nicht drum“¹¹⁶, eine andere.

111 Insbesondere in Experteninterviews mit Sozialarbeiter_innen und auf dem Holtenser Berg wurde auf die Rolle des Ost-West-Vereins und der Bethlehem-Gemeinde für die Organisation der migrantischen Community insistiert.

112 Amina, Grone 1.

113 Anastasia, Grone 1.

114 Irina, Holtenser Berg 2.

115 Roswitha, Grone 2.

116 Angelika, Grone 2.

6. Gesellschaftliches Engagement – schillernde Farben statt klarer Konturen

Im Hinblick auf gesellschaftliches Engagement entsprechen die Teilnehmer_innen der Fokusgruppengespräche zunächst unseren Erwartungen. In der Partizipationsforschung hat sich längst die Meinung durchgesetzt, dass die verschiedenen Beteiligungsformate keineswegs in einer Verdrängungskonkurrenz um knappe Aufmerksamkeitsressourcen gleichsam gegeneinanderstehen, sondern ganz im Gegenteil positiv aufeinander bezogen sind. Diejenigen, die sich engagiert der sogenannten alternativen und „unpolitischen“ Partizipationsinstrumente bedienen, die sich an Demonstrationen und Unterschriftensammlungen beteiligen, die Stadtteilstiftungen organisieren und Vereinsfunktionen übernehmen, sind oft dieselben, die auch überdurchschnittlich oft in Parteien aktiv sind und mithin wahrscheinlicher auch an Wahlen teilnehmen. Insofern nicht überraschend äußerten sich in den Fokusgruppen die selbsterklärten Wähler_innen erheblich häufiger, positiver sowie facettenreicher zu gesellschaftlichem Engagement als die bekennenden Nichtwähler_innen.

Auffällig war dabei: Orte für gemeinschaftsbezogenes Engagement sind in jedem der von uns untersuchten Stadtteile durchaus zahlreich vorhanden. Da sind zum einen Sportvereine und Kirchengemeinden. In Grone-Süd gibt es daneben etwa ein Nachbarschaftszentrum und einen Ortsrat; auf dem Leineberg organisiert ein Stadtteilbüro Hilfestellungen und Beteiligungsmöglichkeiten; und am Holtenser Berg veranstaltet die Wohnungsbaugesellschaft „Volksheimstätte“ einen Mietertreff, außerdem gibt es ein Bürgerforum und eine Stadtteiltrunde. Auch die Palette der dort gemachten Angebote ist mehr oder weniger vielfältig. Im Groner Nachbarschaftszentrum werden etwa Sprachkurse und eine Hausaufgabenbetreuung angeboten. Erwachsene können hier gemeinsam tanzen, kochen und singen, Kinder beispielsweise von (angehenden) Zahnärzten lernen, wie man die Zähne richtig putzt. Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen sind allerdings

beträchtlich – und werden von den Bewohner_innen auch wahrgenommen. Während das besagte Nachbarschaftszentrum in Grone-Süd allein 35 (!) Ehrenamtliche umfasst und von mehreren Befragten ebenso ausdrücklich wie ausführlich gelobt wurde, beklagten sich in den Fokusgruppen namentlich am Holtenser Berg einige über das im Vergleich geringere Angebot an Vereinen und Treffpunkten, wobei die Ursache dieses Mangels in dem Wohnstadt-Charakter des Viertels verortet wurde.

Bei den Engagierten handelt es sich dabei ausschließlich um ehrenamtlich Tätige. Es geht ihnen also nicht um Geld, die Gründe für den Dienst an der Gemeinschaft liegen vielmehr in ideellen Motiven. Genannt wird beispielsweise das Bedürfnis zu helfen. Auch der Aufbau von wechselseitigem Vertrauen wird als Engagementgrund erwähnt, welches wiederum die Grundlage für eine intakte Gemeinschaft und nachbarschaftlichen Zusammenhalt – vielfach hochgehaltene Ideale – sei. Insofern geht es den Aktiven zwar nicht um materielle Zuverdienste, gänzlich uneigennützig, bloß altruistisch sind ihre Tätigkeiten freilich nicht. Als außerordentlich wichtiger Antriebsimpuls erscheint die subjektive Bestätigung, die der Einzelne im und durch das Engagement erfährt. Der eine saugt seinen persönlichen Nektar aus seinem Beitrag zu den Erfolgen Dritter, etwa ein Nachhilfelehrer, der sich über die verbesserten Schulleistungen der von ihm unterrichteten Kinder freut. Die andere bezieht die als positiv wahrgenommenen Veränderungen des Viertels auf sich selbst, da sie sich eingebracht und insofern bei den Verbesserungen mitgetan habe.

Ja, also wir wohnen da wirklich seitdem wir klein sind. Und wir haben mitbekommen, wie sich einfach auch Grone-Süd gestaltet hat. Und wie wir mitgestaltet haben. Also dieser Weg oder dieses Nachbarschaftszentrum, hier war einfach nichts¹⁷.

Selbstbewusstsein wird nicht zuletzt aus der – eher unge-
wohnten – Rolle als Autoritätsperson, betraut mit Len-
kungsaufgaben, gezogen. Im Umgang mit öffentlichen
Einrichtungen und vor allem in den Augen der anderen,
der Göttinger aus den besseren Innenstadtquartieren,
wähnt man sich selbst etwas zugespitzt zumeist als hilfs-
bedürftiger Versorgungsfall, hier, im Ehrenamt, leitet man
dagegen selber Kurse, beantwortet Fragen, vermittelt
Stoff. Typisch für die Engagierten ist daher folgendes
Bekenntnis:

*Und so sehen meiner Meinung nach die anderen Leute, die hier ehrenamtlich tätig sind, auch. Die tun was für die Allgemeinheit und kriegen von der Allgemeinheit Lob, Anerkennung.*¹¹⁸

Eine wichtige Quelle von Stolz und Selbstvertrauen ist damit zusammenhängend, das Gefühl, sich gegen Widerstände durchgesetzt und auf widrigem Terrain bestanden zu haben. Diese Selbstwirksamkeitserfahrungen zählen überhaupt zu starken Beweggründen für ein gesellschaftliches oder politisches Engagement und ein Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit. Es wurde einem nicht leicht gemacht, ich habe mich dennoch behauptet und gebe einiges davon jetzt weiter an meine – schwächeren, weniger durchsetzungsfähigen – Viertelbewohner_innen:

*Ich hatte nur Einsen auf dem Zeugnis auf der Grundschule. Mir wurde gesagt: „Ach du, ne, geh doch lieber auf eine Realschule, du schaffst doch das Gymnasium gar nicht“. Und das wurde nur gesagt, weil ich einen Hintergrund habe, einen ausländischen Hintergrund. Und ich bin dann trotzdem aufs Gymnasium gegangen und hab auch als Abiturbeste abgeschlossen und studiere jetzt Zahnmedizin. Und hätte ich darauf gehört, wäre auch aus mir nichts geworden.*¹¹⁹

Das gemeinwohlorientierte Engagement ist insofern auch eine Form der Selbsthilfe, es zeigt einen Ausweg aus verschiedenen Aspekten sozialer Misere. Nicht zuletzt ist es eine Gelegenheit, die eigene Wohnung zu verlassen, der

außerhäusliche Ort des Engagements ist in gewisser Weise auch ein räumlicher Fluchtpunkt: heraus aus den beengten Wohnverhältnissen, die bisweilen weniger als trautes Heim empfunden werden, in denen sich vielmehr Langeweile, Depressionen, Frustrationen stauen.

Es entbehrt daher nicht jeder Grundlage, wenn die Inaktiven ihren Konterparts Eigennutz unterstellen. Die wollten, so lautet es dann, sich bloß in den Vordergrund spielen, nähmen sich selbst zu wichtig, träten arrogant auf. Oder, auch dieser Vorwurf wurde laut, ihre Mitarbeit liege darin begründet, sich bei den offiziellen Stellen „einzuschleimen“, bei der hauptamtlichen Leiterin des Mieterbüros auf dem Leineberg zum Beispiel, von der sich im Gegenzug eine Bevorzugung bei der Wohnungsvergabe erhofft werde.

Insofern sind die Wahrnehmungen von Engagierten und nicht-Engagierten polarisiert. Während letztere den ersten sinngemäß Selbstsucht und ein Übermaß an jener Zeit unterstellen, die sie als hart arbeitender Teil der Bevölkerung nicht haben, empfinden diese sich ihrerseits gleichermaßen als „die Guten“ und „die Dummen“. Den Passiven sei ihre Freizeit wichtiger, für sie selbst gelte das nicht, sagen die Aktiven. Sie selbst hätten Ideale und wollten etwas verändern, während die Passiven sich selbstzufrieden in ihren Verhältnissen einrichten und, das schwingt in diesen Vorwürfen mit, von den Leistungen der Aktiven selbstverständlich mitprofitieren würden.

*Dann muss ich mal sagen, ist, sag ich mal was vielleicht was provokatorisch, aber ich bin der Meinung, es ist eben halt so, dass die Mehrheit der auf dem Holtenser Berg wohnenden Leute sehr zufrieden sind. Und das hängt auch damit zusammen, was ich schon erwähnt habe, dass die eigentlich wohl behütet sind, sie haben praktisch im Grunde genommen bei Problemen die Ansprechpartner und müssen sich eigentlich gar nicht so um die Probleme selber kümmern. Die werden ihnen eigentlich abgenommen.*¹²⁰

118 Helmut, Grone 2.

119 Anastasia, Grone 1.

120 Lothar, Holtenser Berg 1.

Der Grat zwischen akzeptierter und wie gesehen durchaus befriedigender Hilfestellung und der ärgerlichen Empfindung, ausgenutzt zu werden, ist dabei schmal. Nicht ganz selten schwanken die Gefühle zwischen beiden Polen hin und her. Allen Engagierten ist jedoch wichtig, Lob, Anerkennung und Komplimente zu erhalten und auch wieder neu zum Engagement gebeten zu werden.

Als mein Sohn Fußball gespielt hat, da war es immer: Jutta die Blöde. Hier Jutta hat die Weihnachtsfeier vorbereitet, Jutta hat das gemacht, Jutta hat die Kinder mit dem Bus gefahren. Das waren immer die gleichen. Und ich kenne das. Entweder bin ich so eine Person, die sich alles anzieht, also jedenfalls war es immer: „Ach, meine Mama macht das schon“. Ich wurde gar nicht mehr gefragt.¹²¹

Die Verbindung der Aktiven mit Politik, mit „dem Politischen“ ist dabei ambivalent. Einerseits wird die ehrenamtliche Gemeinwohlarbeit als „Politik im Kleinen“ interpretiert. Von der großen, der medial vermittelten politischen Sphäre der Amtsträger_innen und Parteifunktionäre halte man sich fern. Lieber engagiere man sich in den Anlaufzentren des eigenen Stadtteils, entfalte hier seine Kraft, die im Übrigen auch politisch zu nennen sei, wenn auch – noch einmal – „in ganz kleinem Rahmen“. Andererseits wird das Eigenengagement der privaten Sphäre zugeschlagen, dies in Abgrenzung zur Öffentlichkeit und also zur Politik, die als Teil derselben angesehen wird. Einzelpersonen und ihre Initiative seien entscheidend, nicht die Parteien oder andere als abstrakt und viertelextern apostrophierte Organisationen.

Also es stand in der Zeitung zwar drin, dass praktisch eben die SPD und die Kirche das praktisch vorantreibt, aber eigentlich ist das praktisch im Grunde genommen schon mal von der Frau [XY] mal initiiert worden, muss man mal sagen.¹²²

Eine entsprechend große Bedeutung wird dem individuellen Handlungswillen, der Eigenmotivation zugeschrieben. Gutes entsteht nicht von alleine, sondern dadurch, dass man selber anpackt. Dadurch, durch die Tatkraft und den Einsatz des Einzelnen gedeihen die Dinge. Stadtteilzentren beginnen klein und wachsen nur aufgrund der ehrenamtlichen Arbeiten; Aktionen entfalten Wirkung, weil sich die Leute dafür interessieren; Hilfeleistungen und Freizeitprogramme müssen von Engagierten getragen und mit Substanz gefüllt werden.

Weil das Interesse von den Bürgern kam. Und die haben auch viel dazu beigetragen, dass es so geworden ist, wie es geworden ist.¹²³

Engagement geht weit über die Beteiligung am im engeren Sinne Politischen oder gar nur der Wahlteilnahme hinaus. Zur Stimmabgabe werde man nur alle vier Jahre einmal gebeten, heißt es da pauschal und etwas verkürzt, aber zu tun gebe es jeden Tag etwas, sich einbringen, etwas machen, aktiv sein könne man permanent. Und manche Befragten betonen auch, wieviel diesbezüglich gemacht werde:

Manchmal sagen die mir auch ab, weil die gerade zu viel haben. Das wundert mich auch manchmal. Es gibt viele ehrenamtliche Tätigkeiten hier.¹²⁴

Auch den Engagierten erscheint „die Politik“ zudem als weit entfernt. Angesichts der jeweils wechselnden Zuständigkeiten und Ansprechpartner_innen bei Problemen herrscht Ratlosigkeit. Wie kann man sich an einen Kommunalpolitiker wenden? Wer ist im Rathaus mit diesem oder jenem betraut? Auf welche Weise, auf welchem Weg und in welcher Form haben Eingaben zu erfolgen, können Kritik und Verbesserungsvorschläge geäußert werden. Immerhin scheint das Internet zumindest den virtuell Vernetzten die Intervention zu erleichtern:

121 Jutta, Holtenser Berg 1.

122 Lothar, Holtenser Berg 1.

123 Anastasia, Grone 1.

124 Anastasia, Grone 1.

*Da bin dann ... die Zeit nehme ich mir, schreibe eine Email in deren Forum. Und ansonsten weiß ich nicht, wo ich ansetzen soll, um jemand ... also einen Kommunalpolitiker hier vor Ort irgendwie zu greifen. Was soll ich tun? Ich surfe im Internet: Wer ist zuständig für diese 30-km/h-Zonen und so weiter. Habe ich auch gemacht. Das ist mein Forum, wo ich was machen kann.*¹²⁵

Überhaupt scheint Engagement Politik in den Augen der Beteiligten zumindest partiell zu ent-anonymisieren. Indem der Einzelne die Eingangshürden überwindet und sich letztlich erfolgreich an die entsprechenden Stellen wendet, stellt sich heraus, dass auf der anderen Seite auch ganz normale Menschen sitzen.

*(Da) kann ich da ja mich schon mal engagieren, wenn mir an den Bäumen gelegen ist. So: Warum sollen die jetzt eigentlich weg? Hat ja vielleicht Gründe. Ja? Da kann ich in dem Moment ... da kann ich mich ja an die entsprechenden Stellen wenden und schon bin ich in dem Bereich und habe Kontakt zur Politik. Das geht nämlich ganz schnell.*¹²⁶

Dennoch und trotz alledem bleibt „die Politik“ ebenso wie „die Verwaltung“ auch den Engagierten fremd. Und vielleicht ist das auch ein Problem der Bürgerforen und Stadtteilzentren, dass sie mit Politik zu stark verbunden werden, weshalb die – ob zutreffend oder fälschlicherweise, mindestens aber wahrgenommenen und insofern realen – Berührungsgänge hoch sind und größere Teile der ortsansässigen Bevölkerung sie meiden. Jedenfalls: Dass in diesen Einrichtungen Politik vielfach präsent ist, das wissen, erfahren oder erahnen die Viertelbewohner_innen sehr wohl.

Ja, ich finde auch, dass die Politik vielleicht nicht direkt bei uns in den Mündern ist oder vielleicht in Gedanken, aber dass einfach die Politik oder einfach die Politiker sich vielleicht auch noch die Institutionen als Anhaltspunkte dann sozusagen aussuchen oder einfach nehmen, um dann uns zu erreichen. Also das

*Nachbarschaftszentrum war ja ganz klein unten in der Sollingstraße 2c war das Stadtteilzentrum. Da haben wir viel mit denen agiert.*¹²⁷

Jenseits aller Differenzen gemeinsam ist Aktiven wie Passiven die Frustration im Falle zumal wiederholter Folgelosigkeit eigener Versuche sich einzubringen. Klagen darüber gibt es viele, oftmals, so scheint es, plane die verschiedenen Ämter der Stadtverwaltung zu Anfang einen partizipativen Prozess, in den sich breite Kreise der betroffenen Bevölkerung mit ihren Vorschlägen einbringen können sollen, der sich im weiteren Verlauf als zu kompliziert oder zeitraubend herausstellt oder später ergebnislos wieder aufgegeben wird. Jedenfalls monierten einige der Befragten, dass sie zwar gelegentlich um Stellungnahmen etwa zur Anlage und Gestaltung von Spielplätzen oder zum Verlauf ebenso wie zur Taktung von Buslinien aufgerufen werden, dass sie sich dann auch beteiligen und Vorstellungen formulieren, dass diese sich aber letztlich in dem Ergebnis überhaupt nicht niederschlagen würden.

Gar nicht zu hoch veranschlagt werden kann neben der unverändert fortbestehenden Funktion insbesondere der Sportvereine als Integrationsmotoren heterogener Bewohnerschaften die Rolle der Kirchen beziehungsweise der Kirchengemeinden in den von uns betrachteten Stadtteilen. Durch eine Vielzahl von Angeboten zeichnet sich insbesondere die evangelische Bethlehem-Gemeinde am Holtenser Berg aus. Sie ist mit ihren Aktivitäten und Einrichtungen im Viertel prägnant präsent und stellt einen herausragenden Aktivposten in den Bemühungen um Verbesserungen der Gemeinschaftsbildung ebenso wie Bewohnerzufriedenheit dar. Andererseits ziehen die Kirchen auch Kritik auf sich: es wird ihr vorgeworfen, als Anbieter ehrenamtlicher Leistungserbringung auch dem selbsterhaltungsfixierten Machttrieb dominanter Organisationen zu folgen. Zudem wird mangelnde Kooperationsbereitschaft kritisiert, die Kirche wittert Konkurrenten, wo sinnvolle Ergänzungsdienste angeboten werden könnten.

125 Kalle, Grone 1.

126 Manfred, Leineberg 2.

127 Amina, Grone 1.

Also die Kirche stand uns sogar schon im Weg, muss man sagen. Wir hatten als Kinder einen Bastelkurs gemacht für viele Kinder, weil die Eltern berufstätig waren oder keine Ahnung hatten, wo sie ihre Kinder lassen sollen. Da sind die zu uns gekommen und haben gebastelt. Und die Kirche hatte auch so einen Bastelkurs. Und dann haben die uns angeschrieben mit einem formalen Brief, dass wir bitte unseren Bastelkurs doch mal schließen sollten, denn wir nehmen denen die Kinder weg.¹²⁸

Neben mancher Beschwerde, die in solchen und ähnlichen Aussagen die Kirchen auf sich ziehen, betrifft einer der Hauptbeschwerdepunkte die öffentlichen Finanzen. In den Augen der Befragten scheitern Verbesserungen des zivilgesellschaftlichen Unterstützungs- und Leistungsangebotes trotz der Ehrenamtlichkeit der Engagierten elementar an Mittelkürzungen der öffentlichen Hand. Daraus wird gefolgert, es bestehe im Rathaus gar kein Interesse an der Förderung des Viertelzusammenhaltes. Gelder würden rigoros gestrichen, Ideen kaum mehr Resonanz erzielen. Auch hier taucht die Politik wieder als anonym und viertelexterner Gegenspieler auf – und ist als solcher wie selbstverständlich negativ konnotiert – von Seiten der Engagierten wohl gemerkt.

Allerdings ist mit Blick auf Minderheiten auffällig, zum einen wie ehrgeizig und leistungsbereit sowie gemeinschaftsbezogen, sozial integriert (wenn auch zumeist ethnisch separiert) und plural engagiert sich gerade die Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund in den untersuchten Vierteln zeigten. Zum anderen wurde deutlich, wie fordernd sie gegenüber anderen Migrant_innen auftraten, Forderungen, die sich nicht selten kaum kaschiert rassistisch gegen andere, kürzer erst in Deutschland lebende Zuwanderer richteten.

Im Winter, da nehme ich meine Kinder, gehe nach Grone, dort wo der Sportplatz ist mit so Kunstrasen. Habe ich da [drei] oder wie viele Türken getroffen, da waren sie auch. Schule nicht beendet – wozu? Da

muss man nur sehen, was ihre Meinung ist. Nicht? Die Perspektive. Man muss mal sagen, wir haben Arbeitslosigkeit, aber wenn du was ... die Perspektive hier, lern mal, versuch mal. Das heißt doch nicht ... okay, es gibt keine Chance. Gibt es minimale Chance, das wäre richtig. Wenn der Mensch die Hoffnung verliert, was ist es dann? Dann hat er sich aufgegeben. In der schwierigen Zeit, wo wir hier leben, keiner wahrscheinlich, viele von denen, die ich heute gesehen oder auch ... nicht Arbeit haben, möchten Arbeit haben. Deswegen soll man denen eine Perspektive ... auch zu deinen Kindern sagen: lern mal etwas. Klar das machen. Nicht der Vater Staat kann helfen. Und das wird mal schiefgehen. Und der Vater Staat – er muss mir aus der Tasche nehmen um handeln zu gehen.¹²⁹

Schließlich bestätigt sich in unserer Studie der vielfach schon konstatierte Mittelschichtsbias, d.h. die Überrepräsentation von vergleichsweise gutsituierten Angehörigen mittlerer Sozillagen unter den gesellschaftlich Engagierten. Bemerkenswerterweise und in Widerspruch zu anderslautenden Aussagen zu einem hohen Maß an Engagementbereitschaft werden die Aussagen zur Mittelschichtangehörigkeit der Träger_innen der Viertelarbeit in einem Atemzug mit Klagen über einen allgemein gering ausgeprägten und letztlich als beklagenswert erachteten Beteiligungswillen in der Stadtteilbewohnerschaft insgesamt getroffen.

Wobei ich sagen muss, es ist leider so, dass im Bürgerforum Holtenser Berg fast ausschließlich nur Eigentümer von Häusern oder Eigentum dabei sind, sag ich mal überwiegend aus dem Bereich der Mieter ist es sehr schwierig jemanden zu finden, der da mitarbeitet.¹³⁰

Das ist zwar ein generelles Problem sicherlich, aber wenn Sie sagen, Sie suchen, irgendjemand finden, der sagt, er soll sich da mal beteiligen und so. Es gibt zwar viele Leute, die haben Ideen und so weiter und

128 Anastasia, Grone 1.

129 Irina, Leineberg 1.

130 Achim, Leineberg 2.

so fort und die sagen auch, was nicht gut läuft, aber so eine Bereitschaft zu sagen letztlich, das liegt vielleicht auch daran, dass man das Vereinsleben so nicht kennt, muss ich auch sagen, das findet eigentlich vom Grundsatz her nicht statt. (...) Also das gilt auch einen Sportverein: Also wenn einer ausscheidet, da sitzt du [Tag und Nacht] da und denkst: Wen können wir denn noch greifen? Wer könnte noch was übernehmen?¹³¹

Bei den Aktiven zeigt sich eine wechselwirkende Korrelation von Sozialkapital und Engagement. Wie gesagt, sind es einerseits jene mit großen Kontaktkreisen sowie guter Vernetzung und also überdurchschnittlichem Sozialkapital, die sich verstärkt beteiligen. Andererseits bieten die Engagements vielfältige Möglichkeiten, weitere Kontakte zu knüpfen, Bekanntschaften zu machen, Freundschaften aufzubauen. Auch daraus resultieren die Deutlichkeit und der Nachdruck, mit denen ausgeprägt Aktive die Gemeinschaft des Viertels betonen, den Zusammenhalt mindestens der Nachbarn, Freunde und Familienmitgliedern im sozialen Nahbereich loben und von ernsthaften Konflikten selbst in einem sozial, ethnisch und kulturell heterogenen Umfeld nichts mitbekommen haben wollen.

Hier gibt es aber auch viele Möglichkeiten Leute kennenzulernen. Also wir haben uns schon als Kinder engagiert. Es gibt ja hier dieses Nachbarschaftszentrum und vorher gab es ein Stadtteilzentrum, aber an einem anderen Ort. Und wir haben schon als kleine Kinder Bastelkurse geleitet oder Tanzkurse geleitet. Und hier gibt es auch ganz viele Kurse, wo man zusammentreten kann, wo man Leute kennenlernen kann.¹³²

Man hat einfach sehr viel hier miteinander verbracht, viel Zeit miteinander verbracht. Also als wir klein waren, wir waren auch mal zu dreißigst oder zu vierzigst draußen und haben gespielt und sind immer zu dem und dem nach Hause gegangen [unverständlich] Aber wir sind einfach alle zusammen aufgewachsen irgendwie. Wir sind jetzt ja die Generation so zwanzig bis dreißig und irgendwie halten wir alle zusammen. Vielleicht einfach auch, weil wir zusammen aufgewachsen sind wie eine Familie.¹³³

Schließlich sei noch ein Folgeeffekt der relativen sozialen Homogenität der ehrenamtlich Tätigen benannt. Mitglieder mancher minoritären Gruppe, sei es sozial, sei es ethnisch, fühlen sich im Kreise der Engagierten rasch ausgegrenzt oder trauen sich ob der perzipierten Geschlossenheit und „Verschworenheit“ des Kreises der Aktiven gar nicht erst, ihren Willen zum Engagement anzubieten. Einiges an Teilhabeenergien scheint dadurch verloren zu gehen, wie abschließend das nachfolgende Zitat verdeutlicht:

... ich hatte meine Schwiegermutter damals hier von der ehemaligen DDR hier übergeholt. Und ich wollte sie hier in den Altenkreis bringen hier in der Kirche. Wir kommen da rein, die Begrüßung war: „Ach du, was will die denn hier?“ Von den alteingesessenen Damen da, ne? Dann habe ich meine Schwiegermutter geschnappt und hab gesagt: „Mutter, hier sind wir verkehrt.“ Und dann bin ich auch hier aus der Kirche ausgetreten, das kann ich ruhig ehrlich sagen und bin jetzt oben auf dem Hagen in der Kirche und habe auch ein Ehrenamt.¹³⁴

131 Lothar, Holtenser Berg 1.

132 Anastasia, Grone 1.

133 Anastasia, Grone 1.

134 Brunhilde, Holtenser Berg 1

7. Wähler_innen und Nichtwähler_innen im Vergleich

Wenn man die Fokusgruppengespräche nach der Kategorie Wähler_in/Nichtwähler_in differenziert, fällt zunächst einmal auf, dass die Nichtwähler_innen unter den Ge-

sprächsteilnehmer_innen im Vergleich erheblich weniger oft das Wort ergreifen und ihre Beiträge kürzer sind als die Äußerungen derjenigen, die noch zur Wahl gehen.

Abbildung 9: Relative Häufigkeit der Äußerungen der Gesprächsteilnehmer_innen (in %)

Codierungen	Wahl/Nichtwahl = Wähler_in	Wahl/Nichtwahl = Nichtwähler_in
Migration	85,71	14,29
Probleme mit Migrant_innen	90,00	10,00
Migration als Chance	100,00	0,00
Politische Beurteilungskompetenz	100,00	0,00
Beurteilungskompetenz Negativ	70,00	30,00
Beurteilungskompetenz Positiv	85,71	14,29
Werte	50,00	50,00
Demokratie	56,25	43,75
Wahlen und Wählen	72,22	27,78
Landes-, Bundes-, Europapolitik	61,54	38,46
Bundespolitik Positives	66,67	33,33
Sicht auf Politiker_innen	63,16	36,84
Lokalpolitik	63,64	36,36
Lokalpolitik Gutes	80,00	20,00
Lokalpolitik Schlechtes	89,47	10,53
Mein Viertel im Vergleich	65,38	34,62
Engagement	70,00	30,00
Stadtviertel Vorteile und Gutes	76,47	23,53
Infrastruktur Vorteile	60,00	40,00
Nachbarschaft und soziales Umfeld Gutes	67,86	32,14
Wohnsituation Gutes	57,14	42,86
Stadtviertel Probleme	33,33	66,67
Stigmatisierung des Viertels	72,73	27,27
Infrastruktur Nachteile	70,00	30,00
Nachbarschaft und soziales Umfeld Probleme	70,00	30,00
Wohnsituation Probleme	57,14	42,86
Lebenssituation persönlich	80,00	20,00
Persönlich Stärken und Gutes	50,00	50,00
Persönlich Probleme	60,00	40,00
SUM	69,61	30,39
N (Teilnehmer_in)	25 (58,14 %)	18 (41,86 %)

Lesebeispiel: Gut 85 % der Äußerungen zum Thema „Migration“ in allen sechs Fokusgruppen sind von Gesprächsteilnehmer_innen getätigt worden, die angegeben haben, noch zu Wahlen zu gehen. Nur knapp 15 % der Äußerungen zum Komplex „Migration“ stammen von Gesprächsteilnehmer_innen, die sich als Nichtwähler_innen zu erkennen gegeben haben. Alle unterdurchschnittlichen Äußerungshäufigkeiten bei Nichtwähler_innen sind grau unterlegt.

Obwohl die Nichtwähler_innen im Gruppensample knapp 42 % der Teilnehmer_innen ausmachen, sind lediglich gut 30 % der Wortbeiträge von ihnen. Zudem sind die Äußerungen der meisten Nichtwähler_innen deutlich kürzer und ihre Gesamtredezeit geringer als die der Wähler_innen – sie äußern sich also weniger häufig und weniger umfangreich. Dieses Missverhältnis ist allerdings je nach Themenschwerpunkt ganz unterschiedlich ausgestaltet.

Unterschiedliches Selbstbewusstsein

Wie aus der Übersicht über die Äußerungen ersichtlich wird, gibt es verschiedene Themen, zu denen die Nichtwähler_innen im Sample besonders wenig sagen bzw. sich im Vergleich mit den Wähler_innen wenig zu Wort melden. Wenn das Gesprächsthema auf Demokratie, Wahlen oder etwa die Lokalpolitik kommt, so sprechen Nichtwähler_innen sehr viel weniger als es ihrem Anteil an der Gesamtgruppe entsprechen würde. Dies steigert sich gar noch, wenn die Rede auf die wahrgenommene eigene Beurteilungskompetenz gegenüber der Politik kommt. Nur gut 14 % der Redebeiträge hier stammen von Nichtwähler_innen (die knapp 42 % des Samples ausmachen), während mehr als 85 % der Wortmeldungen von Wähler_innen stammen. Während sich beim Oberthema Lokalpolitik die Verhältnisse noch kaum auseinander entwickelt haben, wird dies umso markanter, wenn nach konkreten Urteilen über die lokale Politikebene gefragt wird: Bei den Kategorien „Lokalpolitik Gutes“ und noch viel stärker beim Komplex „Lokalpolitik Schlechtes“ gibt es große quantitative Unterschiede zwischen Wähler_innen und Nichtwähler_innen, was die Gesprächsbeteiligung anbelangt. Interessant ist hierbei auch ein Vergleich der Sichtweisen des eigenen Stadtviertels – ein Thema, welches im Zentrum unseres Erkenntnisinteresses stand. Wenn nach den Vorteilen und positiven Aspekten des eigenen Stadtviertels gefragt wurde (Code „Stadtviertel Vorteile und Gutes“), machen die Wortmeldungen von Nichtwählern lediglich gut 23 % aus – während demgegenüber knapp 77 % der Beiträge von Wähler_innen stammen. Ist das Gespräch auf die negativen Aspekte des eigenen Stadtviertels gerichtet (Code „Stadtviertel Probleme“), dreht sich dieses Verhältnis um: Zwei Drittel der Äußerungen zu Problemen im eigenen Stadtviertel stam-

men von den Nichtwähler_innen, während die Wähler_innen im Gruppensample nur ein Drittel der Beiträge zu diesem Thema beitragen. Es zeigen sich also schon hier, in einer rein quantitativen Betrachtung der Wortmeldung zu verschiedenen Themen, Unterschiede und Differenzen in der Wahrnehmung des eigenen Lebensumfeldes sowie der Demokratie und Politik.

Blickt man anschließend auf die Gesprächsinhalte sowie unterschiedliche Deutungen und Konnotationen, dann schärft sich dieses Bild: Nichtwähler_innen betonen die Perspektivlosigkeiten und das Gefühl eines Ausgesetzt-Seins, welche durch die Charakterzüge des eigenen Stadtviertels und die Stigmatisierung seiner Bewohner_innen innerhalb der Umgebungsgesellschaft hervorgerufen werden, viel stärker und auf eine andere Art und Weise als dies die Wähler_innen innerhalb der Gruppe der Gesprächsteilnehmer_innen tun. Dass das Viertel für viele von ihnen auch eine Sackgasse des gesellschaftlichen Aufstiegs darstellt, dass ihnen Politik und Gesellschaft hier bisweilen entwürdigend und bevormundend begegnen, all das gilt ihnen als ausgemacht und wird zum Teil auch mit persönlichen Enttäuschungserfahrungen belegt. Auch die Wähler_innen aus Leineberg, Holtenser Berg und Grone-Süd blenden diese Entwicklungen nicht aus, allein die Sozial- und Arbeitslosenstatistik der Viertel unterstreicht diese Tatsachen ja bereits. Die Wähler_innen empfinden dieses Ausgesetzt-Sein allerdings im Gespräch nicht so sehr auf sich persönlich bezogen, sondern sie bedauern die Perspektivlosigkeit vieler Bewohner_innen des Stadtviertels, aber nicht ihrer selbst. Sie persönlich fühlen sich davon nicht stark beeinflusst. Es sind „die Anderen“, welche in dieser Weise unter Chancenlosigkeit bzw. fehlenden Perspektiven zu leiden haben. Nichtwähler_innen müssen demgegenüber gar nicht unbedingt den Eindruck haben, sie seien bereits selbst am Tiefpunkt einer sozialen Entwicklung angekommen. Sie fühlen sich aber den entsprechenden Gefahren, welche sich auch mit dem Stadtviertel verknüpfen, sehr viel mehr und direkter ausgesetzt.

Dem begegnen sie in Teilen mit einer Beschreibung des eigenen Stadtviertels, welche Widersprüchlichkeiten erkennen lässt. Auf der einen Seite verteidigen sie das Viertel und damit auch ihren eigenen Lebensweg vehement und schildern die Viertelgemeinschaft als eine im posi-

tiven Sinne zusammen gerückte Schicksalsgemeinschaft, in der man sich gegenseitig hilft und sich vertraut, auf das man auch stolz ist und wo man sich sicher fühlt. Auf der anderen Seite allerdings ist im Verlauf der Fokusgruppen-gespräche immer wieder deutlich geworden, wie stark sie gleichzeitig aufflackernde Konflikte, Anonymität und Unsicherheiten wahrnehmen, die sie durchaus als bedrohlich empfinden. Dass man sich nachts zum Teil nur ungern auf die Straße traue, dass es Diebstahl und Misstrauen gebe, unordentliche „Dreckecken“ in den Vierteln und bisweilen gar nächtliche Randalen, Drogenhandel und Polizeieinsätze. Während sie zunächst und im Gespräch die Stigmatisierung des eigenen Viertels reflexhaft als ungerechtfertigt zurückweisen, andere, vorgeblich problematischere Beispiele gegenüber stellen und den Viertelcharakter als von positivem Zusammenhalt beseelt schildern, wird an anderen Stellen ersichtlich, dass sie selbst unter Einschränkungen und Unsicherheiten leiden, welche ihrer Schilderung nach zwar nicht unbedingt von den Viertelbewohnern ausgehen, aber dennoch dort ihre negativen Auswirkungen entfalten. Wenn, wie etwa in Grone-Süd oder am Holtenser Berg mehrfach geschildert, „auswärtige“ Kriminelle, Drogenhändler o.ä. ihre Geschäfte tätigen oder es auch zu Streitereien, Sachbeschädigungen oder gar zu Gewalt kommt, dann mag dies zwar nicht in Verantwortung der Viertelbewohner_innen liegen. Eine einschüchternde Wirkung und gefühlte Bedrohung des eigenen Wohnumfeldes bringt eine solche Entwicklung für die Anwohner_innen aber dennoch mit sich.

Relative Zufriedenheit der Wähler_innen im Viertel

Schaut man auf die Äußerungen der Wähler_innen im Gruppensample, etwa zur Sicherheit im Viertel, so fällt auf, dass auch bei ihnen die Betonung des Positiven am Zusammenleben, das gegenseitige Vertrauen und die Zugehörigkeit zum eigenen Stadtviertel überwiegen. Allerdings spielt bei ihnen der geäußerte Kontrollverlust durch Entwicklungen, die sie nicht beeinflussen können (auswärtige Kriminelle oder unsichere Zonen innerhalb des Viertels etc.), viel weniger eine Rolle. Sie äußern zwar durchaus, dass es gefühlte Sicherheitseinschränkungen

gebe – geben aber ebenso selbstverständlich zu verstehen, dass sie damit umgehen können. Entweder, dass sie sich im Stadtviertel so heimisch und vertraut fühlen, dass sie jederzeit im Problemfall auf Hilfe und Unterstützung zählen oder aber, dass sie wissen, wie sie möglichen Gefahren aus dem Weg gehen. Etwa, indem sie bei Dunkelheit oder in den späteren Abend- und Nachtstunden bestimmte Orte oder Straßen meiden oder auf ein Taxi zurückgreifen. Zwar gibt es durchaus Ausnahmen von dieser Regel und auch einzelne Wähler_innen geben zu erkennen, dass sie die die Sicherheitssituation in ihrem Stadtviertel als bedrohlich empfinden. Der sichtbare Unterschied im Gespräch zwischen Wähler_innen und Nichtwähler_innen liegt aber in der Zuschreibung der eigenen Kontrollfähigkeit: Wähler_innen haben das Problem „im Griff“ und fühlen sich nicht in einer für sie unangenehmen Art und Weise exponiert.

Die Bildung von oftmals ethnisch definierten Parallelstrukturen innerhalb der Stadtviertel – etwa wenn sich „Russlanddeutsche“, „Araber“, „Türken“ oder „Albaner“ an Kontakten mit anderen Gruppen desinteressiert oder gar ablehnend zeigen – werden von Wähler_innen wie Nichtwähler_innen mit Sorge betrachtet. Die Klage, dass dieses den sozialen Zusammenhalt, welchen man als positives Fundament des Stadtviertels betrachtet, untergrabe, findet sich an vielen Stellen. Doch betreffen die Klagen nicht allein schwindenden Austausch zwischen Migrant_innen und Nichtmigrant_innen. Ein aus Köln zugewogener Bewohner von Grone-Süd etwa, Kalle, schildert in den Fokusgruppen seine Verwunderung darüber, wie sehr die Initiative stets ihm überlassen bleibt, wenn es darum geht, Kontakt zu seinen Mitmenschen aufzunehmen. Dann allerdings könne man durchaus Menschen kennen lernen und soziale Netze aufbauen. Dies werde allerdings durch die Abkapselung in ethnisch geschlossene Gruppen erheblich erschwert. Es ist aber zu betonen, dass diese Sorge und empfundene Bedrohlichkeit vor allem dort artikuliert wird, wo der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund vergleichsweise hoch ist – in Grone-Süd und dem Holtenser Berg.

Was die Wahrnehmung des zivilgesellschaftlichen Engagements innerhalb des Stadtviertels anbelangt, so gibt es ebenfalls sichtbare Unterschiede zwischen Wähler_innen

und Nichtwähler_innen in den Gesprächen. Nichtwähler_innen finden in der Tendenz, dass es zu wenig sichtbares Engagement in ihrem Viertel gebe, aber auch, dass kaum oder viel zu wenige Möglichkeiten dazu existierten. Sie beklagen, die Vereinswelt sei unterentwickelt und es gebe wenig Strukturen, die überhaupt Möglichkeiten böten, mitzumachen und etwas zu verändern. Anders die Wähler_innen: Sie betonen im Gespräch durchaus die vielfältigen Möglichkeiten zum Engagement und oftmals davon, dass sie sich auch selbst engagieren. Sie unterstreichen damit auch ihre im Vergleich ungleich größere Aktivität. Für sie scheint es selbstverständlich, Möglichkeiten des Engagements zu sehen und zu ergreifen. Dass es alles in allem zu wenig Engagement gebe und dass viele Menschen zu passiv und desinteressiert seien, beklagen auch sie. Nur: Dies gelte für „die Anderen“, die Inaktiven. Auch Wähler_innen äußern sich im Gespräch kritisch, es bestünde eine zu kleine Infrastruktur für sozialen Austausch und Begegnung außerhalb der privaten Räumlichkeiten oder aber der Öffentlichkeit – die Ladenzentren, Grünflächen oder Bürgersteige – stattfinden zu lassen. Besonders junge Gesprächsteilnehmer_innen oder aber bereits verrentete Teilnehmer_innen beklagen dies. Sie wünschten sich an vielen Stellen mehr „Angebote“. Insgesamt aber sind Wähler_innen sehr viel zufriedener mit den Möglichkeiten, sich selbst im Stadtviertel zu engagieren und machen auch immer wieder deutlich, dass sie diese Möglichkeiten viel stärker zu nutzen wissen, sei es im Sportverein, im Nachbarschaftszentrum, in der Kirchengemeinde.

Überhaupt sind die Wähler_innen in den Fokusgruppengesprächen bemerkenswert selbstbewusst und gelassen, was ihre eigenen Lebensperspektiven anbelangt und etwaige Bedrohungen oder Einschränkungen derselben. Sie sind in diesem Sinne die Ressourcenstarken, Selbstbewussten innerhalb ihrer Stadtviertel und sehen ihre eigenen Perspektiven durch das Leben in diesem Viertel – dessen grundsätzliche Stigmatisierung innerhalb der Umgebungsgesellschaft sie durchaus wahrnehmen und als problematisch rezipieren – nicht gefährdet. Die sozial

schwächeren Stadtviertel mögen für manche Menschen zu Perspektivlosigkeit und mangelnden Chancen führen – für sie selbst ist das nicht oder nur wenig der Fall.

Ähnliche Politiker_innen-Bilder

Dies findet sich auch sehr bildhaft mit Blick auf die Gesprächspassagen zu politischen Einstellungen und Hoffnungen in Bezug auf Politik und Demokratie zu sprechen kommt, in denen sich Wähler_innen und Nichtwähler_innen am deutlichsten unterscheiden. Wähler_innen zeigen größeres Selbstbewusstsein im Hinblick auf Politik, unterschiedliche Politikebenen und Wahlen, zudem haben sie mehr Vertrauen in das eigene politische Urteilsvermögen. Dies zeigt sich ganz manifest mit Bezug zu den vor Ort vorhandenen Möglichkeiten, selbst Einfluss zu nehmen und mitzusprechen. Dass man selbst etwas bewegen wolle und könne, dass man zu Ortsratssitzungen gehe, wenn einen etwas bewege, dass man sich selbst helfe – all dies sind Ansichten, welche Wähler_innen äußern.

„Ja, aber dabei ist es in der lokalen Politik anders als auf der Bundesebene. Weil hier zum Beispiel, wenn uns oder Ihnen oder ... etwas nicht gefällt, da kann man auch sozusagen zum Oberbürgermeister gehen und sagen: Tut uns leid, aber hier wollen wir das nicht haben. Zum Beispiel, ja? Also die 30 Kilometer, keine Ahnung, so Grenze wollen wir nicht. Oder wir wollen mehr 30-Kilometer-Zonen so. Also von daher: Ich kann verstehen irgendwie so, dass man denkt, auf der Bundesebene kann ich nichts beeinflussen. Aber auf der lokalen Ebene in der Stadt ...“¹³⁵

Nichtwähler_innen lassen ein solches Selbstbewusstsein sehr viel weniger erkennen. Es wird zugleich deutlich, dass gerade die Nichtwähler_innen an vielen Stellen große Wissenslücken haben, wo und an welcher Stelle und auf welche Art und Weise möglicher Einfluss und Mitsprache überhaupt ausgeübt werden können. Auch sind ihnen die verantwortlichen Lokalpolitiker_innen wenig

135 Daphne, Grone 1.

bekannt. Dies zeigt sich inhaltlich und anhand der Beobachtung, dass sich Nichtwähler_innen im Verhältnis zu Wähler_innen zur Lokalpolitik sehr viel weniger äußern als wenn es um die Landes-, Bundes- oder Europapolitik geht.

Dass man sich insgesamt und grundsätzlich eigentlich für Politik interessieren müsste haben Nichtwähler_innen aber entsprechend der eingangs erwähnten sozialen Erwünschtheit durchaus verinnerlicht und tragen dies im Gespräch auch mehr oder weniger pflichtschuldig vor. Nur wenige geben sich trotzig und fast stolz desinteressiert. Dass man sich „eigentlich schon interessiert“, ist dagegen an vielen Stellen der Tenor.

...und Wahlen sind ja auch wichtig, aber ich muss von mir sagen, ich gehe da auch nicht hin.¹³⁶

Nichtwähler_innen allerdings haben, dies wird in den Gesprächen deutlich, jedes Vertrauen darin verloren, dass Politik in der Lage ist, etwas für sie zum Guten zu verändern. Damit sind noch nicht einmal in erste Linie die Urteile über Politiker_innen als handelnde Charaktere gemeint. Sondern vielmehr die deutliche Tendenz, dass Politik unter den Nichtwähler_innen als grundsätzlich bevormundend und wenig hilfreich angesehen wird. Vor Ort, in ihrem Alltag, spielt Politik kaum eine Rolle, wird kaum wahrgenommen. Die führenden Köpfe der Parteien oder der Bundesregierung kennt man zwar, diese sind aber so weit entfernt, dass sie für den Einzelnen fast irrelevant werden.

Nichtwähler_innen fühlen sich, erstens, als Personen (und als Bewohner eines Stadtviertels) nicht als Objekte, an denen Politik interessiert sei und von denen sie in den Schwierigkeiten ihres Alltags Besserung erwarten könnten. Selbst wenn sich Parteien mit Politikprojekten dezidiert an die sozial Schwächeren richten, um hier einen besseren Schutz oder Absicherung zu erreichen, stößt dies unter den Nichtwählern tendenziell auf großes Misstrauen:

Das ist ja ein Witz mit dem Mindestlohn! Reicht ja hinten und vorne nicht. Für 8,50 Euro. Wenn ich für 8,50 Euro arbeiten gehen möchte, dann brauche ich auch keine Ausbildung, brauche ich keine Schule, da kann ich mit 16 alles hinschmeißen und arbeiten gehen. Kriege ich auch die 8,50 Euro.¹³⁷

Dies hat auch etwas damit zu tun, dass sie Politik und den handelnden Politiker_innen problematische Anreize und Wirkungen zuschreiben – auf lange wie auf kurze Sicht: Zunächst führe die periodische Fokussierung auf Wahlen und die damit von Stimmen abhängige regelmäßige Bestätigung oder Neuvergabe von Ämtern dazu, dass Politiker_innen in den Augen der Diskutant_innen dem Anreiz ausgesetzt seien, viel zu versprechen und es nach Wahlen nicht zu halten. Kaum ein Bild ist in sämtlichen Fokusgruppen so präsent wie das des Wahlkämpfers, der nur vor den Urnengängen im Viertel auftaucht und sich ansonsten desinteressiert zeigt.

Darüber hinaus führt zweitens aus Sicht der Nichtwähler in den Fokusgruppen auch erfolgreiche Viertelentwicklung durch die Politik zu negativen Folgen für seine Bewohner_innen. Nämlich dann, wenn Viertel attraktiver würden, mehr Mieter_innen dorthin ziehen wollten, Mieten ansteigen und ein Verdrängungswettbewerb beginne. Dies sind Ängste, die besonders in Grone-Süd geäußert wurden, wo die Eigentumsstruktur sehr viel stärker von privaten Eigentumsgesellschaften geprägt sind, im Gegensatz zum Leineberg und dem Holtenser Berg, wo Wohnungsgenossenschaften diesen Druck besser abfedern können. Für Nichtwähler_innen ist an vielen Stellen in den Gesprächen kaum eine glaubwürdige Möglichkeit vorstellbar, wie Politik ihren Alltag und ihre Lebensperspektiven positiv beeinflussen kann.

Desweiteren fehlt den Nichtwähler_innen aber drittens auch der Glaube, dass ihre persönliche Stimme überhaupt einen Unterschied oder eine Wirkung ausmacht bzw. einen Anreiz setzen könnte, dass sich Politiker_innen ihnen zuwenden. Von der Landes-, Bundes- und Europa-

¹³⁶ Georg, Leineberg 2.

¹³⁷ Georg, Leineberg 2.

ebene der repräsentativen Demokratie erwarten sie nicht viel. Diese spielt für sie in ihrem Alltagsleben kaum eine Rolle und wird als abgehoben empfunden, so dass auch wenige Erwartungen unerfüllt bleiben. Der Lokalpolitik aber werden durchaus Gestaltungsmöglichkeiten und -potenzial zugesprochen. Und umso größer ist letzten Endes die Enttäuschung, wenn diese nicht das realisieren, was von ihnen erwartet wird. Von Lokalpolitik und lokaler Verwaltung wird – bei Nichtwähler_innen sehr viel weniger konkret und greifbar, aber dennoch in den Gesprächen angesprochen – eine Erreichbarkeit und eine Offenheit sowie ein Verantwortungsbewusstsein für die eigenen Belange erwartet. Gleichzeitig sind vermeintliche Mausechelen und eine Stigmatisierung des eigenen Stadtviertels auch als Ergebnis von Lokalpolitik auf der Ortsebene viel konkreter spürbar. Die Kluft zwischen der Erwartung, dass sich die lokale Politik ganz dezidiert um die Belange der Stadtviertel kümmern sollte und sich auch durch Präsenz und eine intime Kenntnis lokaler Besonderheiten auszeichnen müsste, und der Wahrnehmung, dass den Gesprächsteilnehmer_innen die Stadtpolitik ebenso wie Landes-, Bundes- oder Europapolitik als weit entfernt und kaum vertrauenswürdig gilt, führt zu einer lokal viel größeren Enttäuschung.

Zudem bleibt bei vielen das Gefühl, dass Möglichkeiten der lokalen Einflussnahme innerhalb der Stadt Göttingen für die eigenen Stadtviertel bewusst unterdrückt werden. Zwei der drei beobachteten Stadtteile haben keinen eigenen Ortsrat und keine eigene institutionelle Vertretung in der Stadtpolitik Göttingens, sind als Stadtviertel also darauf angewiesen, dass sich Ortsräte benachbarter Stadtteile ihrer Anliegen annehmen oder aber dass Bewohner der drei Stadtviertel in Partei- oder Gremienstrukturen engagiert sind. Ein solches kommunalpolitisches Engagement lehnen die allermeisten Gesprächsteilnehmer_innen für sich aber ab, ob Wähler_innen oder Nichtwähler_innen. Es wird zwar auf dem Holtenser Berg beklagt, dass es „früher“ einen vor Ort wohnenden Stadtrats-Fraktionsvorsitzenden der Göttinger CDU gegeben habe, der die Belange des Viertels repräsentiert habe und der für die Bewohner_innen stets ansprechbar ge-

wesen sei. Etwas Vergleichbares gebe es aber eben heutzutage nicht mehr, man sei institutionell abgekoppelt. Und auch in Grone-Süd, über einen Unterausschuss im Ortsrat Grone im Prinzip vertreten¹³⁸, nehmen die Nichtwähler_innen diese Struktur nicht als mögliche und für sie realisierbare Vertretung und Repräsentation ihrer Interessen wahr. Auch hierbei zeigt sich, dass vielen in den Gesprächen nur eine Abbildung qua Zugehörigkeit – wenn jemand dem eigenen Viertel angehört bzw. der eigenen sozialen Gruppe – im Rahmen einer Repräsentation als Vertrauen bildend erscheint.

Hinzu kommt bei den Nichtwähler_innen der Eindruck, dass selbst auf der lokalen Politikebene Selektionsmechanismen wirken, die nur Angehörigen bestimmter sozialer Gruppen Durchsetzungsfähigkeit innerhalb von Parteien und Gremien zuteilen. Dass ihnen bereits die Klage über eine abgehobene Politikelite für die Lokalpolitik plausibel erscheint, verdeutlicht sich in der geäußerten Klage, dass auch Lokalpolitiker_innen zu Besuch „in die Viertel kommen“ – aber kaum je davon die Rede ist, dass einer der Viertelbewohner_innen in der Lokalpolitik selbst Verantwortung übernimmt.

Wenn man nach den Bildern fragt, welche die Gesprächsteilnehmer_innen von Politiker_innen haben, welche Charakterzüge sie ihnen zuschreiben, gibt es zunächst kaum Unterschiede zwischen Wähler_innen und Nichtwähler_innen zu beobachten. Politiker_innen gelten bei nahezu allen Teilnehmer_innen – wenn auch in unterschiedlichem Maße – als unehrlich, gleichgültig und abgekoppelt, als selbstverliebt, unglaubwürdig und nicht an der Alltagswirklichkeit der Menschen interessiert. Zugleich wird Politiker_innen bescheinigt, Meister der wortreichen Verkündung kommender Wohltaten zu sein. Auch werden in diesen Schilderungen wenige Unterschiede zwischen den politischen Ebenen gemacht. Politiker_innen auf der lokalen Ebene begegnen die Gesprächsteilnehmer_innen in den Diskussionen genauso misstrauisch wie den örtlichen Landtags- oder Bundestagsabgeordneten oder gar den Mitgliedern der Bundesregierung.

138 Zumal im Februar 2016 auch drei Bewohner_innen von Grone-Süd im Groner Ortsrat als Mitglieder vertreten waren.

Ein Unterschied zwischen Wähler_innen und Nichtwähler_innen im Hinblick auf ihre Einstellungen zur Politik und zu Wahlen aber lässt sich an ihrer Perspektive auf ihre eigene Rolle ausmachen. Auch den Wähler_innen etwa erscheint die Bundes- und Landesebene der deutschen repräsentativen Demokratie weit entfernt und wenig real. Demokratie sei dort oft nur eine Struktur, die „pro forma“ die Interessen der Bürger_innen vertrete, in der Realität aber an ihnen vorbei agiere. Typisch dafür sollen hier Zitate von Wähler_innen aus den Fokusgruppen stehen:

Viele Leute haben das Gefühl, es wird mit denen gemacht, verstehen Sie? Egal, was sie wählen. Und wenn sie ... wenn mit ihrem Geld dann auch noch gemacht wird und sie also tatsächlich zugucken, wie ihr Spargroschen weniger wert wird oder weniger wird, dann ist das so frustrierend, dass man sagt, ich möchte eigentlich in Ruhe gelassen werden. Egal, wen ich wähle, im Grunde genommen machen die eh, was sie wollen.¹³⁹

Wir dürfen eins nicht vergessen. Politik heißt quasi auf Deutsch übersetzt „jeder macht sich die Tasche voll“.¹⁴⁰

Und das, was unsere Politiker jetzt im Moment verursachen, was die machen, tun die quasi das, was wir alle nicht haben wollen: die Rechten nach oben drücken. Und das sehe ich, dass auf uns ganz gewaltig Probleme zukommen.¹⁴¹

Und kaum ist die politische Geschichte durch, der Oberbürgermeister gewählt, da hört man nichts mehr von, nichts mehr! Es ist einfach, es ist kein Geld da, es ist kein Interesse da, es ist nur Heuchelei...¹⁴²

Auf der lokalen Ebene aber fänden sich Menschen und Strukturen, die man zwar mit Vorsicht und misstrauisch

zu behandeln habe, die aber grundsätzlich ansprechbar seien. Und vor allem sehen sie für sich selbst die tatsächliche Möglichkeit, dieses im Bedarfsfall auch zu tun.

Ich halte es so, ich habe in diesem einen Jahr schon zwei oder drei Mal [meine Meinung kundgetan]... nehme ich mir Internet und schreibe dem Oberbürgermeister oder dem Vorzimmer oder was weiß ich. Oder zum Beispiel was zur Müllentsorgung habe ich hier auch schon Probleme der Stadtverwaltung mitgeteilt. Das mache ich übers Internet. [...] ...die Zeit nehme ich mir, schreibe eine Email [...] Und ansonsten weiß ich nicht, wo ich ansetzen soll, um jemand... also einen Kommunalpolitiker hier vor Ort irgendwie zu greifen. Was soll ich tun? Ich surfe im Internet: Wer ist zuständig für diese 30-Km/h-Zonen und so weiter. Habe ich auch gemacht. Das ist mein Forum, wo ich was machen kann. Ansonsten habe ich nur zur nächsten Kommunalwahl bis hin zur Bundestagswahl vier Jahre. Da kann ich jetzt im Moment nicht viel machen. So lange müsste ich warten, aber das will ich nicht. Also greife ich zu diesem Medium.¹⁴³

Dann, so die Schilderungen vieler der Wähler_innen in den Gesprächsrunden, gebe es die Möglichkeit, via Lokalpolitik durchaus das eigene Stadtviertel besser, schöner, attraktiver zu machen, auch den eigenen Alltag zu gestalten. Sie selbst nehmen ein solches Engagement für sich in Anspruch.

Dass viele Menschen dies nicht so empfinden und auch keine soziale Wahlnorm für sich akzeptieren, sehen die Wähler mit Bedauern, ebenso wie sie das fehlende Engagement der „Anderen“ im Viertel vermissen. Selbst Wähler_innen schreiben es aber auch zu einem großen Teil „den Politiker_innen“ zu, dass sich Menschen von der Demokratie abwenden oder gar Protestparteien anschließen:

139 Gerald, Grone 1.

140 Jupp, Holtenser Berg 2.

141 Jupp, Holtenser Berg 2.

142 Gerhard, Holtenser Berg 2.

143 Kalle, Grone 1.

*Und das, was unsere Politiker jetzt im Moment verursachen, was die machen, tun die quasi das, was wir alle nicht haben wollen: die Rechten nach oben drücken. Und das sehe ich, dass auf uns ganz gewaltig Probleme zukommen.*¹⁴⁴

Insgesamt herrscht gerade bei den Nichtwähler_innen die Klage vor, keinen Einfluss auf Entscheidungen, Richtungen, Zukunftsplanungen zu haben – ein Paradoxon, bedenkt man, dass sie sich vom niedrighwelligen Mechanismus der Beteiligung an Wahlen abgewandt haben. Wahlen aber stellen für sie kaum mehr einen Beteiligungsmechanismus dar. Besonders Nichtwähler_innen äußern daher oft einen nur sehr wenig greifbar ausformulierten Wunsch nach „mehr Basisdemokratie“, ohne dass dabei deutlich wird, was dies bedeute.

*Allein, dass man das Gefühl hat, man könnte mehr entscheiden. Alleine, dass man zusammenkommt. Kommen meinetwegen 1000 Leute vom Holtenser Berg in eine große Turnhalle und reden einfach mal zwei Stunden über ein Thema. Vielleicht reden auch nur manche. Aber dass man zumindest danach seine Hand heben kann und sagen kann, dafür oder dagegen. Das würde, glaube ich, ganz viel ändern.*¹⁴⁵

Es ist der nebulöse Wunsch danach, Formen zu etablieren, die Politik wieder in einen stabileren Kontakt mit ihren Lebenswirklichkeiten und Notwendigkeiten bringt, und die auf der anderen Seite die von ihnen wahrgenommenen Fehlanreize für Politiker_innen einhegt und kontrolliert, die verhindern, dass Politik ihnen bessere Alltagsbedingungen organisiert. Und es ist die Lokalebene, der sie dabei durchaus am meisten Hoffnungen zuschreiben.

144 Jupp, Holtenser Berg 2.

144 Kai, Holtenser Berg 2.

145 Kai, Holtenser Berg 2.

8. Zusammenfassung und Ausblick

Dem Holtenser Berg, dem Leineberg und Grone-Süd haftet innerhalb Göttingens ein negatives Image an, sie gelten als „Problemviertel“, als „soziale Brennpunkte“. In der Betrachtung der soziodemographischen Daten zeigte sich, dass die Stadtteile in der Tat einige der gemeinhin mit „sozialen Brennpunkten“ assoziierten Indikatoren auf sich vereinen, jedoch auch, dass zwischen den Vierteln deutliche Unterschiede bestehen. Insbesondere am Holtenser Berg und in Grone-Süd liegt etwa die Anzahl der Transferleistungsempfänger_innen deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Am Leineberg sind diese Indikatoren etwas schwächer ausgeprägt. Alle drei Stadtteile ragen innerhalb Göttingens jedoch insbesondere durch eine weit unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung heraus. Bei den letzten Bundestagswahlen etwa fanden hier nur noch zwischen knapp 60 % (Leineberg) und gut 40 % (Holtenser Berg) der Einwohner_innen den Weg an die Wahlurnen. Die Viertel können folglich als „Nichtwählerviertel“ bezeichnet werden, wenngleich die soziale und wirtschaftliche Situation in den Stadtteilen nicht an die Problemlage urbaner Brennpunkte in deutschen Metropolen heranreicht. In allen drei Stadtteilen führten wir jeweils zwei Gruppendiskussionen durch, die sich insgesamt aus 18 Nichtwähler_innen und 25 Wähler_innen zusammensetzen.

Dabei fiel auf, dass nicht nur gesellschaftlich-soziale Trennlinien die drei Viertel vom Rest der Stadt scheiden, sondern auch innerhalb der jeweiligen Viertel zahlreiche Spaltungen – sozial, kulturell, ethnisch, aber auch durchaus entlang der Einteilung in Wähler_innen und Nichtwähler_innen – existieren, die sich in unterschiedlichen Einstellungen, Sichtweisen, Hoffnungen und Sorgen artikulieren. Ein zentrales Thema, das in allen sechs Gruppendiskussionen einen beträchtlichen Raum der Redezeit einnahm, war die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation innerhalb des Stadtviertels. Überaus eindrücklich wurde in allen Gesprächsrunden beschrieben, wie ungerechtfertigt das als kränkend empfundene Negativimage des jeweiligen Stadtteiles sei. In

allen drei Stadtvierteln setzten die Gesprächsteilnehmer_innen zu langen Rechtsfertigungserzählungen an. Sie berichteten von der gut ausgebauten Infrastruktur, den Grünanlagen und der guten Busanbindung sowie der freundlichen Nachbarschaft. Ihr Viertel schilderten sie im positiven Sinne als Schicksalsgemeinschaft, in der man sich gegenseitig helfe und vertraue. Je länger die Gespräche jedoch währten, desto kritischer wurden die Urteile über das eigene Stadtviertel. Zunehmend wurde von sozialen Verwerfungen, einem fehlenden Zusammenhalt, Drogenhandel und Vandalismus berichtet und die positiven Urteile zu Beginn der Diskussionen dadurch teilweise revidiert.

Als ein übergreifendes Problem wurde sowohl von Wähler_innen wie auch von Nichtwähler_innen der Zusammenhalt in den Vierteln thematisiert, in dessen Kontext insbesondere das Thema Migration verhandelt wurde. Manche Gesprächsteilnehmer_innen, sowohl mit wie auch ohne Migrationshintergrund, beklagten segregierte Viertelstrukturen, „Parallelgesellschaften“ und ein folglich erodierendes Sozialgefüge. Geäußert wurde der Wunsch nach „mehr Durchmischung“, einem offeneren Austausch untereinander. Jedoch formulierten einige Gesprächsteilnehmer_innen den Eindruck, dass dies innerhalb der derzeitigen Viertelstrukturen nur schwer möglich sei, zumal zur sozialen Segmentierung noch eine räumliche Trennung der unterschiedlichen Ethnien entlang verschiedener Straßenzüge hinzukomme. Das Idealbild einer „echten Gemeinschaft“, eines tiefgehenden, belastbaren Zusammenhalts wurde dabei von der beschriebenen Realität als konterkariert beschrieben. Auffällig war: Je heterogener die Migrationspopulation, je kleinteiliger und diverser die Gruppenbildung von Bewohner_innen mit Migrationshintergrund, desto geringer der Eindruck einer intakten Gesamtgemeinschaft im Viertel, die Wahrnehmung der eigenen Einbindung in ein solches Gefüge und die Bereitschaft zu gemeinwohlorientierter Viertelmitarbeit. Wichtig bleibt dabei, zu unterstreichen, dass Zusammenhalt und „echte Gemeinschaft“ nicht als

ethnische Homogenisierung, sondern als Vertiefung belastbarer sozialer Kontakte interpretiert worden sind. Je heterogener aber in den Vierteln auch die Bewohner_innen mit Migrationshintergrund wahrgenommen worden sind, umso stärker sahen sich alle – diejenigen mit wie ohne Migrationshintergrund – einer Vereinzelung ausgesetzt.

Eine markante Differenz stellten wir im Rahmen unserer Fokusgruppengespräche auch in den Bewertungen der Wähler_innen und Nichtwähler_innen fest. Während die Wähler_innen etwa auf die gefühlte Sicherheitseinschränkung mit einer selbstbewussten Souveränität und Distanz reagierten, fühlten sich Wahlabsintente sehr viel stärker persönlich bedroht. Die Probleme des eigenen Viertels wurden von ihnen als wesentlich unmittelbarer, drängender, ja bisweilen unlösbar beschrieben, während diejenigen, die zur Wahl gehen, das deutliche Gefühl artikulierten, trotz der latenten Bedrohung weiterhin „alles im Griff“ zu haben. Ähnliche Tendenzen lassen sich mit Blick auf die Aussagen zum zivilgesellschaftlichen Engagement konstatieren: Nichtwähler_innen beklagten einen Mangel an Engagementmöglichkeiten und betonten, auch im Falle von Beteiligungsbereitschaft und Partizipation nichts verändern zu können, weil diejenigen, die das Sagen haben, ohnehin machen, was sie selbst wollen. Die Wähler hingegen wussten über die durchaus vorhandenen Teilnahmeangebote und -möglichkeiten Bescheid, äußerten sich positiver über die soziale Infrastruktur der Stadtteile und gaben an, die Angebote selbst regelmäßig zu nutzen. Dass sich allgemein wenig engagiert werde, beklagten auch sie, sogar vehement, nur galt diese Kritik vorwiegend für „die anderen“, die Passiven und Inaktiven. Grundsätzlich blickten die Wähler_innen, auch dieser Befund war in den Gruppendiskussionen eindrücklich, selbstbewusst und gelassen auf die eigene Lebensperspektive, die sie – obschon sie die Stigmatisierung ihres Viertels problematisch fanden – nicht als gefährdet erachteten.

Der Unterschied zwischen selbstbewussten und handlungssicheren Wähler_innen sowie deutlich unsicheren Nichtwähler_innen schlug sich in den Gesprächsrunden ebenfalls auf die Einstellungen und Hoffnungen in Bezug auf die Politik nieder. Zuständigkeiten und Handlungs-

optionen der Politik wurden von den Wähler_innen wahrgenommen und für die eigenen Anliegen auch nutzbar gemacht. Man schreckte etwa nicht davor zurück, bei lokalen Problemen Briefe oder Emails an den Oberbürgermeister zu schreiben, Sitzungen des Gemeinderates zu besuchen oder den örtlichen Stadtverordneten direkt anzusprechen. Dieses Selbstbewusstsein war bei den Nichtwähler_innen deutlich schwächer ausgeprägt. In den Gesprächen hielten sie sich, wenn das Thema auf die Politik kam, auffallend zurück, offenbarten gravierende Wissenslücken und sprachen mit großem Misstrauen über „die Politik“. Während die Wähler_innen der Politik manifeste Steuerungskompetenzen zuschrieben und von eigenen Erfahrungen berichteten, anhand derer sie gemerkt hätten, dass Politik und politisches Engagement etwas verändern können, fehlte diese positive Perspektive den Nichtwähler_innen zu weiten Teilen. In deren Alltagswelt und sozialem Nahbereich spielte Politik kaum eine Rolle, wurde als abgehoben und entfremdet wahrgenommen. Gerade die lokale Ebene der Politik war ihnen kaum präsent und wurde von ihnen auch nicht beachtet. Dieses Resultat unserer Studie steht durchaus im Widerspruch mit dem Antwortverhalten der Befragten in der bereits erwähnten FES-Studie von Manfred Güllner aus dem Jahr 2013, in der die Nichtwähler_innen ein prononciertes Interesse an Kommunalpolitik äußerten. Die aktuelle Untersuchung ergab, dass während die Wähler_innen das Gefühl äußerten, dass lokale Politik „noch ansprechbar“ sei und „wirklich etwas bewirken“ könne, wussten Nichtwähler_innen weder über die Partizipationsmöglichkeiten eingehend Bescheid, noch empfanden sie in den Gesprächen Kommunalpolitik als grundsätzlich nahbarer.

Dass Politik für die eigene Lebenswirklichkeit positive Veränderungen initiieren könne, glaubten die meisten Wahlabsintente nicht. Dass sie selbst Objekt und Adressat politischen Handelns sein könnten, schien für einen großen Teil der Nichtwähler_innen eine kaum nachvollziehbare Vorstellung. Vielmehr dominierte die Vorstellung des unehrlichen, narzisstischen Politikers, der lediglich auf sein Eigenwohl bedacht, den Sorgen und Nöten der „kleinen Leute“ gegenüber aber gleichgültig sei und sich lediglich zu Wahlkampfzeiten im Viertel blicken lasse. Dabei gilt einschränkend: Dieses klischeehafte Negativbild war in den Gesprächen grundsätzlich sowohl bei Nichtwäh-

ler_innen als auch bei Wähler_innen omnipräsent. Positive oder auch nur relativierende Gegendarstellungen wurden allenfalls in Halbsätzen artikuliert. Auch dass „die Politik“ generell insgesamt etwas weit Entferntes, Abstraktes, Viertelexternes sei, verband Wähler_innen und Nichtwähler_innen eher, als dass es sie trennte. Nur der gegenüber Lokalpolitiker_innen geäußerte Anspruch, kontaktier- und ansprechbar zu sein – gleichwohl wurde viel und oft betont, dass diese dem Anspruch in den seltensten Fälle genügen –, hob die lokale Politikebene hier etwas ab.

Auffällig war weiterhin, wie wenig die in Grone-Süd eingerichteten Möglichkeiten zum Engagement, zu Viertelgesprächen, -dialogen und -runden an der Tatsache ändern konnten, dass es auch hier, wie auf dem Leineberg und dem Holtenser Berg desgleichen, nur eine bestimmte Gruppe innerhalb des Viertels war, welcher die Partizipationsmöglichkeiten eine nachgerade selbstverständliche Gelegenheit boten, sich einzubringen. Dass den Nichtwähler_innen in der Tendenz die Möglichkeiten zum Engagement und zur Beteiligung in den Gruppengesprächen viel weniger bekannt waren und sie diese auch für ein eigenes Engagement viel weniger in Betracht zogen, macht eben auch deutlich, wie wenig intensivierete Partizipationsangebote allein an dieser Spaltung innerhalb der Gesamtgesellschaft und innerhalb der Teilgesellschaften der Stadtviertel verändern dürften.

Politisches, gar parteipolitisches Engagement per se galt (und gilt) vielen als kompromittierend. Umso wichtiger erscheint eine vorsichtige, vordergründig und jedenfalls zunächst unpolitische Ansprache, um Menschen aktiv zuerst zu Engagement bewegen und ihnen in der Folge vermitteln zu können, selbst etwas zu bewirken. Ein Beispiel hierfür sind sogenannte „Kümmererstrategien“, mit denen über langfristig angelegte, konkrete Hilfs- und Beratungsangebote Vertrauen in die Motive der Politik und später in die Möglichkeiten, mitzumachen aufgebaut werden kann. Selbstwirksamkeit ist eine Erfahrung, die gemacht zu haben Wähler_innen in viel größerem Umfang für sich reklamieren als Nichtwähler_innen. Sie scheint folglich ein lohnender Ansatzpunkt, um zukünftig die Wahlbeteiligung im Speziellen und politisches Engagement im Allgemeinen zu heben.

Zeitgleich wurde in den Gesprächen deutlich, dass die Lokalpolitik und lokale Präsenz von Demokratie und deren Repräsentanten die Grundlage der Anerkennung positiver politischer Gestaltungsfähigkeiten sind. Die Verbindung gezielten Handelns mit konkreten Ergebnissen gelingt hier plausibler, besitzt aber gerade dadurch auch das Potenzial für größere Enttäuschungen. Umso wichtiger wäre es beispielsweise, auf die verstärkte Einbindung von Menschen aus den Vierteln mit niedriger Wahlbeteiligung in die lokale Politik zu setzen. Wenn vertrauenswürdige Multiplikatoren vor Ort – noch einmal: über vordergründig unpolitische Formate – deutlicher machen können, welche Gestaltungs- oder Verbesserungsmöglichkeiten ein (politisches) Engagement mit sich bringen kann, mag auch eine Umkehrung des in der Forschung beschriebenen „Ansteckungseffekts“ der Nichtwahl denkbar werden. Hinweise darauf, dass engagierte, aus dem eigenen Viertel stammende, folglich im Alltag greifbare und gerade deshalb als authentisch wahrgenommene Persönlichkeiten ihre Erfahrungen in ihr soziales Umfeld zu vermitteln vermögen, fanden sich in Gesprächen jedenfalls in großer Zahl. Insofern können selbstbewusste und engagierte Bürger_innen im Viertel einen durchaus positiven Einfluss auf die Politikbilder in ihrer Nachbarschaft haben, wenn sie als Beispiele für eine Ansprechbarkeit und Vertrauenswürdigkeit von Politik und Engagement fungieren. Dies ist allerdings kein Automatismus: Genauso können sie den Nicht-Engagierten und Nicht-Interessierten eine soziale Spaltung vor Augen führen, die das Viertel selbst trennt in diejenigen, die ihre Interessen vertreten können und diejenigen, die ungehört bleiben.

Kurzum: „Gemeinwesenarbeit“ hatte in ihren Ursprüngen und hat bis heute einen genuin politischen Charakter. Menschen dafür zu stärken, dass sie sich für „ihre“ Interessen einsetzen; dass sie sich um das kümmern, was tagtäglich in ihrem Umfeld gemacht wird; dass sie sich beteiligen, ihre Ideen einbringen, an deren Umsetzung mitwirken und darüber Selbstvertrauen erwerben sowie einen Eindruck von Möglichkeiten (und Grenzen) der individuellen Selbstwirksamkeit gewinnen – diese Partizipation zu fördern, gelingt in der Praxis noch zu wenig. Gerade politische Parteien, die ein Interesse an steigender Beteiligung bei ihrer politischen Gestaltungsmacht legiti-

mierenden Wahlen haben, sollten sich an dieser Stelle stärker engagieren.

Freilich: Selbst dann wird es nicht einfach für Parteien, die modernen Unterschichten, die ja mit der proletarischen Arbeiterschaft seligen Angedenkens nicht (mehr) viel gemein hat, in großer Zahl zu gewinnen. Nicht zuletzt deshalb, weil sie in der Wahrnehmung der Bürger_innen – und zwar je höher in den Parteirängen und der Ämterhierarchie desto stärker – kaum noch Berührungspunkte mit diesen besitzen. Das klingt abgedroschen, wirkt altbekannt, ist dadurch aber nicht weniger richtig. Es ist schon bemerkenswert, wie wenig die von uns Befragten ihre Hoffnungen auf Parteien richten; so wurde beispielsweise der Name der Sozialdemokratischen Partei in den Gesprächen nicht einmal genannt, auch ihre prominenten Vertreter blieben meist unerwähnt, wie überhaupt Politikerpersonen kaum je Gegenstand der Diskussion waren.

In einem klugen Büchlein hat Alain Brossat kürzlich einige Hinweise darauf gegeben, worin die Gründe für die wechselseitige Fremdheit ebenso wie deren Tiefe zu suchen sind. Brossat sieht einen radikalen Gegensatz vor

allem zwischen der langjährigen Basis der Sozialdemokratie, – stabilisiert, strukturiert und organisiert durch große Kollektivverbände, repräsentiert von Gewerkschafts- und politischen Vertreter_innen und integriert durch Rituale sowie die Erinnerung an vergangene Kämpfe, Helden, Märtyrer – zwischen dieser traditionellen SPD-Klientel und den modernen Unterschichten, von Brossat „Plebs“ genannt. Diese Plebs ist „das absolut Andere“, sie ist „die Tochter der Gelegenheit“, hat „keine eigene Substanz“, löst sich ebenso spontan auf, wie sie sich dann wieder zusammensetzt und ist eine „Konkretisierung von Affekten“. Heute, so Brossat, gebe es folglich keine einheitliche Front mehr, entlang der geordnete Großgruppen, durch Parteien repräsentiert, zum politischen Kampf gegeneinander antreten. Stattdessen gewärtigten wir eine Vielzahl von verstreuten Bühnen der Konfrontation, von dezentralisierten Brennpunkten, von splitternden Widerständen, die mehr oder weniger flüchtig sind. Die Plebs bleiben daher „ungehört“.¹⁴⁶ Dies wiederum, das Nicht-Gehört-Werden, die gefühlte Entfernung politischer Entscheidungen vom eigenen Leben, ist uns in den Gesprächen eindrucksvoll entgegen geklungen.

146 Sämtliche Zitate in Alain Brossat, *Plebs Invicta*, Berlin 2012.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Göttinger Stadtviertel Grone, Holtenser Berg, Leineberg, Ostviertel	13
Abbildung 2: Einwohnerverteilung in Göttingen.....	15
Abbildung 3: Altersstruktur der Stadtteile	16
Abbildung 4: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und ausländischer Bevölkerung	17
Abbildung 5: Wahlbeteiligung in Göttingen-Gesamt, Holtenser Berg, Leineberg und Grone-Süd	18
Abbildung 6: Alter der Gesprächsteilnehmer_innen.....	21
Abbildung 7: Höchster erreichter Bildungsabschluss der Gesprächsteilnehmer_innen	22
Abbildung 8: Durchschnittliches monatliches Netto-Haushaltseinkommen der Teilnehmer_innen.....	23
Abbildung 9: Relative Häufigkeit der Äußerungen der Gesprächsteilnehmer_innen	46

- Aarts, Kees/Weßels, Bernhard: Wahlbeteiligung in Deutschland und bei europäischen Nachbarn, in: Falter, Jürgen W./ u. a. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden 2005.
- Bartkowiak, Jost: Rettet das Quartier! Von der Wohnungseigentumsanlage zum benachteiligten Stadtquartier. Arbeitshilfe zu Strategien der kommunalen Planungspraxis, Bonn 2008.
- Brossat, Alain: Plebs Invicta, Berlin 2012.
- Bürklin, Wilhelm: Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung, in: Starzacher, Karl/u. a. (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?, Köln 1992.
- Bytzek, Evelyn/Roßteutscher, Sigrid: Moderne Mythen und Fakten über das Wahlverhalten in Deutschland, in: dies. (Hrsg.): Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt a.M. 2011.
- Duwe, Kornelia/Gottschalk, Carola/Koerner, Marianne (Hrsg.): Göttingen ohne Gänseliesel. Texte und Bilder zur Stadtgeschichte, Gudensberg-Gleichen 1988.
- Feist, Ursula: Niedrige Wahlbeteiligung: Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?, in: Starzacher, Karl/u. a. (Hg.): Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?, Köln 1992.
- Güllner, Manfred: Nichtwähler in Deutschland, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2013.
- GÖSIS: Göttinger Statistisches Informationssystem, Referat Statistik und Wahlen, Göttingen 2015.
- Hohm, Hans-Jürgen: Urbane soziale Brennpunkte, Exklusion und soziale Hilfe, Opladen 2003.
- Lijphart, Arend: The Problem of Low and Unequal Voter Turnout – and What We Can Do about It, IHS Political Science Series No. 54, Wien 1998.
- Kleinhenz, Thomas: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Wiesbaden 1995.
- Kornhardt, Renate: Erfahrungen mit Lokalem Aktionsplan Göttingen-Grone, in: .EUNDC, 2003, URL: <http://eundc.de/pdf/62005.pdf#search=%27grone%27> [eingesehen am 03.03.2015].
- Jung, Matthias/u.a.: Wählerverhalten und Wahlergebnis: Angela Merkels Sieg in der Mitte, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2015.
- Nase, Henning: Deutschland wählt. Analysen und Prognosen zur Bundestagswahl, Berlin 2013.
- Neugebauer, Gero: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007.
- Neugebauer, Gero: Die Unterschicht und die Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 33–34/2008.
- Ohr, Dieter u.a.: Kognitive Mobilisierung oder nicht-kognitive De-Mobilisierung? Eine längsschnittliche Analyse der deutschen Wählerschaft für die Jahre 1976 bis 2005, in: Gabriel, Oscar W./u. a. (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2009.
- Rahlf, Katharina: Vom „Demonstrativbauvorhaben“ zum „Prügelhügel“. Eine (subjektive) Geschichte des Holtenser Bergs, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, H. 2–2015, S. 80–90.
- Roth, Dieter: Sinkende Wahlbeteiligung. Eher Normalisierung als Krisensymptom, in: Starzacher, Karl/u. a. (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer.
- Schäfer, Armin: Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 53, H. 2/2012, S. 240–264.
- Schäfer, Armin: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a.M. 2015.
- Schäfer, Armin: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger. Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: Bytzek, Evelyn/Roßteutscher, Sigrid (Hrsg.), Der unbekannte Wähler, Frankfurt a.M. 2011.
- Schumpeter, Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 1993.
- Westle, Bettina, u. a.: Düstere Zukunft: Es gibt wieder Wahlen, aber niemand geht hin?, in: Weßels, Bernhard/u. a. (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013.

Die Autor_innen

Maximilian Blaeser

lebt als Politikwissenschaftler in Göttingen. Nach dem Studium der Politikwissenschaft und der Soziologie arbeitet er derzeit am Göttinger Institut für Demokratieforschung. maximilian.blaeser@demokratie-goettingen.de

Dr. Felix Butzlaff

lebt als Politikwissenschaftler in Göttingen und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Nach dem Studium der Politikwissenschaft, VWL und Jura in Göttingen und Santiago de Chile hat er zu zeitgenössischen Bürgerprotesten in Deutschland promoviert. Er forscht zur Entwicklung der Demokratie und der Kritik an ihr sowie zur Geschichte und Entwicklung der Sozialdemokratie in Deutschland und Europa und ihrer sozialen und gesellschaftlichen Grundlagen. felix.butzlaff@demokratie-goettingen.de

Matthias Micus

ist akademischer Rat am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Nach dem Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Mittlere und Neue Geschichte hat er zum Thema der politischen Führung in der Bundesrepublik promoviert und arbeitet derzeit zu Themen der Parteienforschung, Phänomene politischer Führung sowie zur Vertrauenskrise der Politik. matthias.micus@demokratie-goettingen.de

Dr. Robert Pausch

ist Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er studiert Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Universität Göttingen und hat zur Pädophilie-Debatte bei den Grünen geforscht. Er forscht derzeit zur parlamentarischen Etablierung der AfD auf Landesebene. robert.pausch@demokratie-goettingen.de

Giannina Scalabrino

studiert an der Georg-August-Universität Göttingen im Masterstudiengang Politikwissenschaft. Neben dem Studium arbeitet sie am Göttinger Institut für Demokratieforschung. giannina@scalabrino.de



ISBN: 978-3-95861-494-9